

# Monatsbericht des BMF Juli 2010





Monatsbericht des BMF Juli 2010

## Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

### □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2010	14
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2010	
Termine, Publikationen	31
Analysen und Berichte	33
Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014	34
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009	55
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2009	70
Wachstumsaspekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Rahmen einer gestaltenden Finanzpolitik	77
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	
G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto, Kanada	
Statistiken und Dokumentationen	103
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	104
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	136

### **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

am 7. Juli hat das Bundeskabinett den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und den Finanzplan bis zum Jahr 2014 beschlossen. Der Entwurf sieht für das Jahr 2011 Ausgaben in Höhe von 307,4 Mrd. € und Einnahmen von 249,5 Mrd. € vor. Die Nettokreditaufnahme beläuft sich auf 57,5 Mrd. €. Gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan wird sie sowohl im Jahr 2011 als auch danach spürbar reduziert. Für das Jahr 2014 ist nach der neuen Planung eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 24,1 Mrd. € vorgesehen. Damit werden die neuen verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Rückführung der Staatsverschuldung erfüllt.

Grundlage der Konsolidierungspolitik ist das Zukunftspaket der Bundesregierung, auf das sich das Kabinett im Rahmen einer Klausurtagung Anfang Juni verständigt hatte. So führen beispielsweise der Abbau von Subventionen und eine ökologische Neujustierung im Jahr 2011 zu Steuermehreinnahmen in Höhe von 2,0 Mrd. €; durch Einsparungen im Verwaltungsbereich werden 2011 insgesamt 2,3 Mrd. € erwirtschaftet. Die Neuausrichtung von Sozialgesetzen führt im nächsten Jahr zu Entlastungen in Höhe von 5 Mrd. €. Im Ergebnis summieren sich die Konsolidierungsmaßnahmen auf 11,2 Mrd. € im Jahr 2011 und auf rund 82 Mrd. € über den gesamten Finanzplanungsraum bis zum Jahr 2014. Ungeachtet des Konsolidierungsdrucks wird in den Bereichen Bildung und Forschung nicht gespart, sondern sogar mehr Geld investiert. Bildung und Forschung sind die zentralen Säulen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Das Ziel der Bundesregierung, die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung in der Legislaturperiode um insgesamt 12 Mrd. € zu erhöhen, wird trotz der Sparanstrengungen nicht in Frage gestellt und ist im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und der Finanzplanung bis 2014 berücksichtigt.



Bundeshaushalt 2011 und Finanzplan bis 2014 leiten eine Trendwende in der Haushalts- und Finanzpolitik ein. Auf den Bundeshaushalt 2011 findet erstmals die neue verfassungsrechtliche Schuldenregel Anwendung. Sie schreibt vor, dass der Bund seine strukturelle Neuverschuldung bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf unter 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zurückführen muss. Ausgangspunkt für den Abbaupfad ist das strukturelle Defizit des laufenden Jahres. Während wir bei der Verabschiedung des Haushalts 2010 noch von einer Neuverschuldung in Höhe von 80,2 Mrd. € und einem strukturellen Defizit von rund 67 Mrd. € beziehungsweise 2,8 % des BIP ausgingen, hat sich die Ausgangslage deutlich verbessert. Gegenwärtig wird für das Jahr 2010 mit einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 65,2 Mrd. € gerechnet. Das strukturelle Defizit dürfte sich auf 53,2 Mrd. € beziehungsweise 2,2 % des BIP belaufen. Diese aktualisierte Einschätzung wurde dem Haushaltsentwurf 2011 und dem Finanzplan bis 2014 zugrunde gelegt.

Dass die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte jetzt die vordringliche Aufgabe der Politik in vielen Ländern ist, unterstreichen auch die Ergebnisse des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs vom 26. und 27. Juni in Toronto. Unter maßgeblicher deutscher Mitwirkung haben die führenden Industrie- und Schwellenländer ein klares Signal für einen "wachstumsfreundlichen Defizitabbau" gesetzt: Die entwickelten Industrieländer haben sich verpflichtet, ihre Haushaltsdefizite bis 2013 zu halbieren und

#### Editorial

die öffentlichen Schuldenstandquoten, also das Verhältnis aus Staatsverschuldung und BIP. bis 2016 mindestens zu stabilisieren. Damit wird das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gestärkt. Von großer Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung der Weltwirtschaft sind krisenfeste Finanzsysteme und ein entschlossenes Voranschreiten bei der Reform der internationalen Finanzmarktarchitektur. In diesem Zusammenhang wurden auf dem Toronto-Gipfel wichtige Schritte hin zum nächsten G20-Gipfel am 10./11. November 2010 in Seoul, Südkorea, gemacht. Dort sind dann die anstehenden und äußerst wichtigen Entscheidungen im Bereich der Finanzmarktregulierung entschlossen voranzutreiben.

Ein Blick zurück auf die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009 zeigt, wie bestimmend die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch für deren Entwicklung gewesen sind. Darüber hinaus haben die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Entlastung der Bürger und zur Überwindung der Rezession das Aufkommen gemindert. Nach endgültigen Ergebnissen betrugen die kassenmäßigen Steuereinnahmen für alle Ebenen zusammen genommen 524,0 Mrd. €. Das waren 37,2 Mrd. € oder 6,6 % weniger als im Vorjahr. Jetzt geht es darum, die staatlich gestützte Erholung in einen sich selbsttragenden Aufschwung münden zu lassen. Je besser dies gelingt, desto stärker werden sich auch die Steuereinnahmen wieder erholen.

Eine weitere Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt sich im Stand und in der Entwicklung der Steuerrückstände zum 31. Dezember 2009. Die Steuerrückstände stiegen zwar nur leicht um 0,4 Mrd. € auf 17,3 Mrd. € an. Auch die Rückstandsquote erhöhte sich nur moderat auf 3,96 % und bleibt somit auf einem historisch niedrigen Niveau. Erheblich angestiegen sind allerdings die Niederschlagungen mit einem Zuwachs von 30 % und die Erlasse (+ 96 %). Diese Steuerausfälle sind überwiegend auf

vermehrte Insolvenzfälle zurückzuführen. Hier wird der Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise sichtbar.

Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Jahr 2010 unter dem Niveau der vergangenen drei Jahre liegen. Auch die Steuerquote wird in diesem und im folgenden Jahr nochmals sinken. Hier zeigen sich deutlich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der gegensteuernden Maßnahmen der Bundesregierung. Die Struktur des Steueraufkommens zeigt, dass der Anteil der indirekten Steuern seit 2009 wieder über dem Anteil der direkten Steuern liegt. Deutschland hat im internationalen Vergleich nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD-Publikation "Revenue Statistics" weiterhin eine der niedrigsten Steuerquoten und eine nur knapp unter dem Durchschnittswert der EU-Staaten liegende Abgabenquote.

Das RWI Essen hat ein Forschungsgutachten zu den Wachstumsaspekten von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erstellt. Verkehrsinfrastrukturinvestitionen werden hierin sowohl in konjunkturals auch in wachstumspolitischer Hinsicht als ein wirksames staatliches Instrument erachtet. Durch öffentliche Verkehrsinfrastrukturinvestitionen werden so die Autoren – private Investitionen nicht verdrängt, sondern sogar angeregt. Allerdings werden die Beschäftigungseffekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen als sehr gering angesehen. Die RWI-Studie ist die erste umfassende Studie zu den Wachstumsund Beschäftigungswirkungen der Verkehrsinfrastruktur, die gesamtdeutsche Daten auswertet.

Dr. Hans Bernhard Beus Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2010	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2010	
Termine. Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

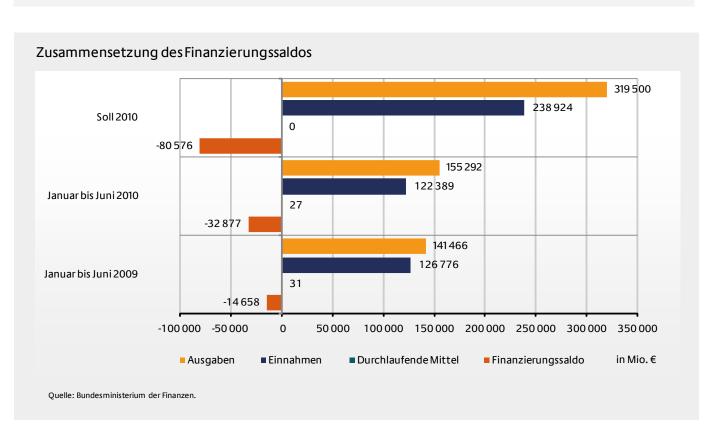
#### Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juni lagen mit 155,3 Mrd. € um 13,8 Mrd. € (+9,8%) über dem Vorjahresergebnis. Die Steigerung ist wie im bisherigen Jahresverlauf im Wesentlichen auf das vorzeitige Abrufen der Bundesbeteiligung an den Kosten der

#### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2010	Ist - Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Juni 2010
Ausgaben (Mrd. €)	319,5	155,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,3	9,8
Einnahmen (Mrd. €)	238,9	122,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,3	-3,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	211,9	104,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-7,0	-4,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-80,6	-32,9
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	4,5
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-80,2	-37,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

### Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis .	Juni 2010	Januar bis J	luni 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Allgemeine Dienste	53 357	54 219	25 873	16,7	26 003	18,4	-0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 646	6 000	2 841	1,8	3 065	2,2	-7,
Verteidigung	31 320	31 188	15 451	9,9	15 195	10,7	1,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6356	6 2 5 8	2 949	1,9	3 202	2,3	-7,
Finanzverwaltung	3 662	3 944	1 794	1,2	1 643	1,2	9,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 960	15 402	5 894	3,8	6 132	4,3	-3,
BAföG	1 324	1 382	771	0,5	752	0,5	2
Forschung und Entwicklung	8 701	9 1 2 4	2 942	1,9	3 096	2,2	-5,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	147 716	173 074	87 573	56,4	74 905	52,9	16,
Sozialversicherung	76 305	78 088	44 453	28,6	43 421	30,7	2,
Arbeitslosenversicherung	7 777	7 927	6 9 8 5	4,5	0	0,0	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	36 011	38 311	17947	11,6	17 540	12,4	2
darunter: Arbeitslosengeld II	22 374	23 900	11 495	7,4	11 192	7,9	2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 5 1 5	3 400	1 639	1,1	1 734	1,2	-5
Wohngeld	784	791	455	0,3	357	0,3	27
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 455	4 485	2 338	1,5	2 297	1,6	1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 071	1 908	1 072	0,7	1 160	0,8	-7
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 251	1 414	443	0,3	466	0,3	-4
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 808	2 034	713	0,5	602	0,4	18
Wohnungswesen	1 142	1 286	587	0,4	502	0,4	16
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 584	7 100	2 858	1,8	2 788	2,0	2
Regionale Förderungsmaßnahmen	966	684	221	0,1	284	0,2	-22
Kohlenbergbau	1 375	1 351	1319	0,8	1 3 7 5	1,0	-4
Gewährleistungen	601	2 050	382	0,2	261	0,2	46
Verkehrs und Nachrichtenwesen	12 426	12 351	4 495	2,9	4 626	3,3	-2
Straßen (ohne GVFG)	6 925	6335	2 005	1,3	2 117	1,5	-5
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	15 740	16 374	7 251	4,7	6 977	4,9	3
Bundeseisenbahnvermögen	5 3 3 3	5 3 3 0	2 399	1,5	2 434	1,7	-1
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4154	4328	1 551	1,0	1 645	1,2	-5
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 412	37 532	20 192	13,0	18 967	13,4	6
Zinsausgaben	38 099	36 751	19 729	12,7	18 247	12,9	8
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	155 292	100,0	141 466	100,0	9.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Arbeitsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit sowie den gestiegenen Bedarf für den Gesundheitsfonds zurückzuführen.

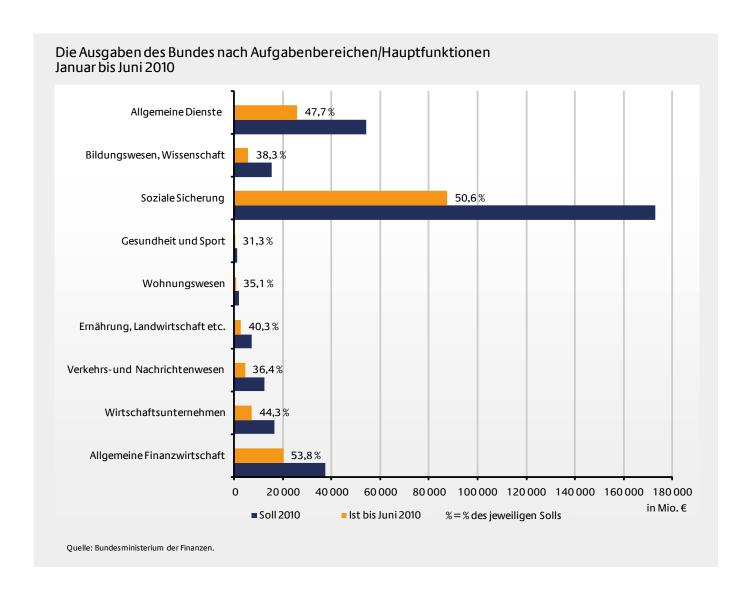
#### Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 122,4 Mrd. € bis einschließlich Juni um 4,3 Mrd. € (-3,5%) unter dem Ergebnis bis einschließlich Juni 2009. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um 4,4 Mrd. € zurück und beliefen sich auf 104,9 Mrd. € (-4,0%). Die Verwaltungseinnahmen erreichten mit 17.5 Mrd. € das Niveau des

Vergleichszeitraums bis einschließlich Juni 2009.

#### Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende Juni – 32,9 Mrd. €. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo nur bedingt ableiten. Die Erwartung, dass die geplante Nettokreditaufnahme um eine Größenordnung von 15 Mrd. € unterschritten werden kann, festigt sich, getragen durch die positive Entwicklung auf der Einnahmeseite, weiter.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

#### Sondervermögen ITF

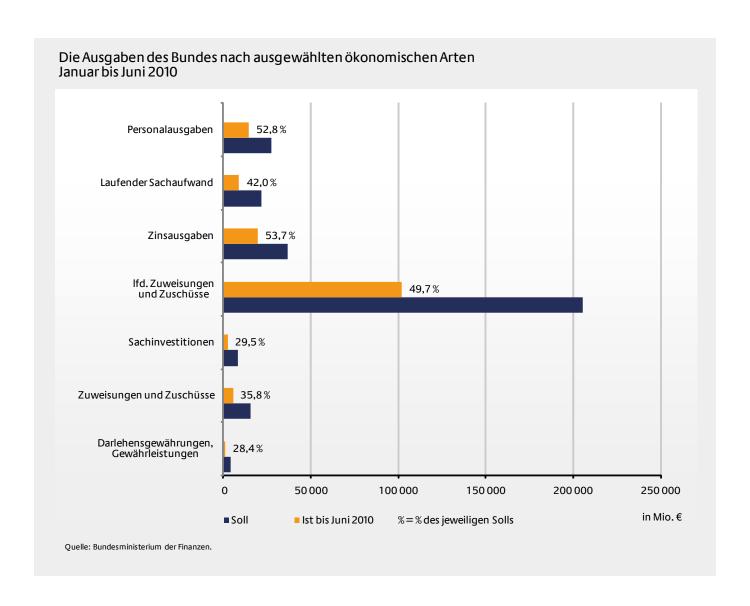
Ein wesentlicher Bestandteil des 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund stellt über dieses Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Bis einschließlich Juni 2010 sind bereits

#### Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund	
	2009	2010	Januar bis	Juni 2010	Januar bis .	luni 2009	ggü. Vorjahr	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%	
Konsumtive Ausgaben	265 150	291 723	145 573	93,7	131 014	92,6	11,	
Personalausgaben	27 939	27 704	14 634	9,4	14 516	10,3	0,	
Aktivbezüge	20 977	20 789	10 794	7,0	10724	7,6	0,	
Versorgung	6 9 6 2	6 9 1 5	3 840	2,5	3 792	2,7	1	
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	9 065	5,8	9 206	6,5	-1	
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	1 466	681	0,4	629	0,4	8	
Militärische Beschaffungen	10 281	10 469	4418	2,8	4416	3,1	0	
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	3 966	2,6	4161	2,9	-4	
Zinsausgaben	38 099	36 751	19 729	12,7	18 247	12,9	8	
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	101 961	65,7	88 821	62,8	14	
an Verwaltungen	14396	14503	6 472	4,2	6 683	4,7	-3	
an andere Bereiche	162 892	190 769	95 652	61,6	82 346	58,2	16	
darunter:								
Unternehmen	22 951	25 316	11 480	7,4	10777	7,6	6	
Renten, Unterstützungen u.a.	29 699	31 274	15 392	9,9	15 079	10,7	2	
Sozialversicherungen	105 130	128 365	66 370	42,7	54113	38,3	22	
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	184	0,1	223	0,2	-17	
Investive Ausgaben	27 103	28 293	9 719	6,3	10 452	7,4	-7	
Finanzierungshilfen	18 599	20 180	7 326	4,7	7 866	5,6	-6	
Zuweisungen und Zuschüsse	15 190	15 342	5 500	3,5	5 963	4,2	-7	
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 490	4028	1 144	0,7	1 074	0,8	6	
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	681	0,4	830	0,6	-18	
Sachinvestitionen	8 504	8 113	2 393	1,5	2 586	1,8	-7	
Baumaßnahmen	6 8 3 0	6 5 3 2	1 923	1,2	2 000	1,4	-3	
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	322	0,2	375	0,3	-14	
Grunderwerb	643	546	148	0,1	211	0,1	-29	
Globalansätze	0	- 516	0		0			
Ausgaben insgesamt	292 253	319 500	155 292	100,0	141 466	100,0	9	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

8,5 Mrd. € abgeflossen. Davon wurden rund 4,8 Mrd. € für die Umweltprämie, rund 2,4 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder und rund 1,0 Mrd. € für Investitionen des Bundes ausgezahlt. Aus dem Bundesbankgewinn hat der ITF eine Zuführung in Höhe von rund 0,6 Mrd. € zur Tilgung seiner Verbindlichkeiten erhalten.



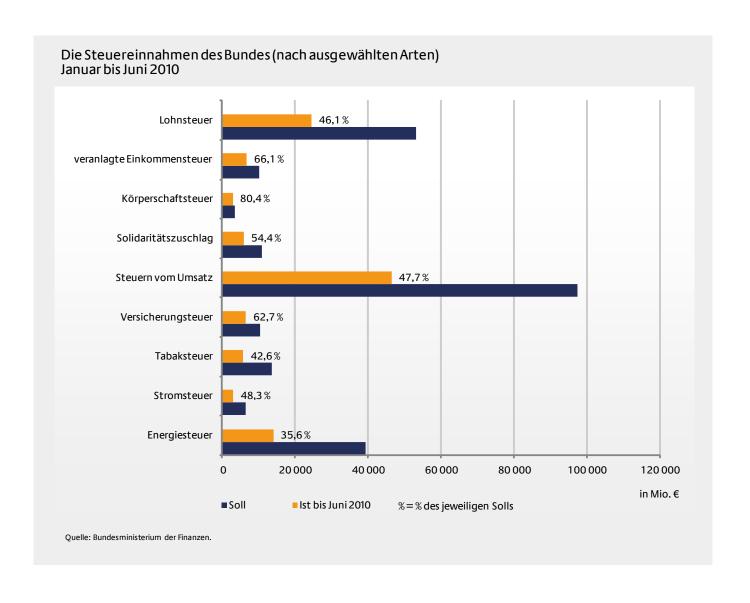
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderung
	2009	2010	Januar bis J	luni 2010	Januar bis J	Iuni 2009	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	227 835	211 887	104 934	85,7	109 323	86,2	-4,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	180 223	171 884	87 673	71,6	88 405	69,7	-0,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) <sup>1</sup>	83 779	73 391	40 953	33,5	41 498	32,7	-1,
davon:							
Lohnsteuer	57 248	53 083	24 490	20,0	25 933	20,5	-5,
veranlagte Einkommensteuer	11 233	10 179	6730	5,5	5 147	4,1	30,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 2 3 7	5 3 4 3	4 475	3,7	4 653	3,7	-3,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup>	5 475	5 060	2 3 6 7	1,9	3 394	2,7	-30,
Körperschaftsteuer	3 587	3 595	2 890	2,4	2 3 7 0	1,9	21,
Steuern vom Umsatz	95 400	97 274	46 385	37,9	46 588	36,7	-0,
Gewerbesteuerumlage	1 044	1 2 1 9	335	0,3	319	0,3	5,
Energiesteuer	39 822	39 400	14 041	11,5	14836	11,7	-5,
Tabaksteuer	13 366	13 590	5 789	4,7	5 925	4,7	-2,
Solidaritätszuschlag	11 927	10 950	5 955	4,9	6 2 4 8	4,9	-4,
Versicherungsteuer	10 548	10 450	6 556	5,4	6 501	5,1	0,
Stromsteuer	6 2 7 8	6350	3 068	2,5	3 129	2,5	-1,
Kraftfahrzeugsteuer	-	8 240	4 5 8 1	3,7	-	-	
Branntweinabgaben	2 103	2 082	965	0,8	1 073	0,8	-10,
Kaffeesteuer	997	1 010	500	0,4	488	0,4	2,
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13 462	-12 694	-6 348	-5,2	-6891	-5,4	-7,
BNE-Eigenmittel der EU	-14880	-22 030	-9 193	-7,5	-6 068	-4,8	51,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2 017	-1 930	-947	-0,8	-1 182	-0,9	-19,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 775	-6877	-3 438	-2,8	-3 388	-2,7	1,
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-8 992	-4 496	-3,7	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	29 907	27 037	17 455	14,3	17 454	13,8	0,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 457	4279	4 0 9 3	3,3	3 996	3,2	2,
Zinseinnahmen	574	395	154	0,1	310	0,2	-50,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	3 836	4 1 4 7	2 218	1,8	2 309	1,8	-3,
Einnahmen zusammen	257 742	238 924	122 389	100,0	126 776	100,0	-3,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2010

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2010

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) erhöhten sich im Juni 2010 im Vorjahresvergleich um + 2,4%. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) sanken um - 8,6%, insbesondere aufgrund der EU-Abführungen. Hier spielt die Vorjahresbasis eine Rolle, welche durch den Rückfluss von in Vorjahren zu viel gezahlten Beträgen in einer Größenordnung von 1,8 Mrd. € überhöht ist.

Für den kumulierten Zeitraum Januar bis Juni 2010 ergibt sich für die Steuereinnahmen insgesamt eine Veränderungsrate von - 0,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Steuereinnahmen des Bundes gingen im Zeitraum Januar bis Juni 2010 um - 4,1 % zurück¹.

Die gemeinschaftlichen Steuern übertrafen ihr Vorjahresniveau um + 3,8 %. Zu diesem positiven Ergebnis trugen vor allem die Körperschaftsteuer (+ 58,2 %), die veranlagte Einkommensteuer (+ 7,6 %) und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+ 40,3 %) bei. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer (- 3,5 %) und den Steuern vom Umsatz (- 1,1 %) war hingegen rückläufig.

Die auch in diesem Berichtsmonat extrem gegenläufigen Entwicklungen bei den Bundessteuern (+4,9%) und bei den Ländersteuern (-41,4%) sind letztmalig dem Wechsel der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer geschuldet, die zum 1. Juli 2009 auf den Bund übergegangen ist. Ohne diesen Wechsel hätten die Bundessteuern um -4,5% unter dem Vorjahresniveau gelegen und die Veränderungsrate für die Ländersteuern lediglich -1,1% betragen.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind im Berichtsmonat Juni 2010 um - 3,5 % gesunken. Die Kindergeldzahlungen, die aus dem Lohnsteueraufkommen erfolgen, sind nicht mehr von einer erhöhten Basis durch den Kinderbonus beeinträchtigt. Sie nahmen insgesamt um + 9,4 % zu. Das Aufkommen aus der Lohnsteuer brutto - also vor Abzug der aus dieser Steuer zu leistenden Zahlungen - musste Einbußen in Höhe von - 0,9 % hinnehmen.

Die veranlagte Einkommensteuer brutto verzeichnete einen Zuwachs um + 5,2 %. Die aus dieser Steuer zu leistenden Transfers zeigen ein unterschiedliches Bild: Während die Investitionszulagen (- 55,1 %) und die Eigenheimzulagen (- 76,2 %) deutlich zurückgingen, hat sich das Volumen der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG mit - 3,9 % nur mäßig verringert. Dies alles führt dazu, dass das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer insgesamt hingegen nur um + 7,6 % gestiegen ist.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag konnten Mehreinnahmen in Höhe von + 40,3 % erzielt werden, bedingt durch den erneut kräftigen Rückgang der Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern (-72,3 %). Vor Abzug dieser Erstattungen ist das Aufkommen um - 6,1% gesunken.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge reduzierten sich um - 39,7% in einer ähnlichen Größenordnung wie im Vormonat. Diese Entwicklung spiegelt das derzeitig noch immer niedrige Zinsniveau wider.

Die Körperschaftsteuer konnte ihr Vorjahresniveau um + 58,2% steigern von 2,4 Mrd. € auf jetzt 3,8 Mrd. €. Die Investitionszulagen gingen um - 11,8 % zurück. Während die Vorauszahlungen und

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn 1, Seite 15).

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2010

#### Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

	•			•		
2010	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2010	Veränderur ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € <sup>5</sup>	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 959	-3,5	60 701	-5,8	125 200	-7,4
veranlagte Einkommensteuer	8 569	7,6	15 836	30,8	26 450	0,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 030	40,3	8 950	-3,8	11 170	-10,5
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	454	-39,7	5 525	-30,0	9 962	-19,9
Körperschaftsteuer	3 788	58,2	5 781	21,9	7 020	-2,1
Steuern vom Umsatz	14 346	-1,1	87 234	0,8	179 900	1,6
Gewerbesteuerumlage	2	-56,1	810	3,2	2 789	8,5
erhöhte Gewerbesteuerumlage	2	-55,7	716	5,6	2 447	4,7
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	39 149	3,8	185 555	-0,5	364 938	-2,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 357	-7,8	14 041	-5,4	39 200	-1,6
Tabaksteuer	1 114	-4,5	5 789	-2,3	13 210	-1,2
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	116	-28,2	964	-10,1	2 040	-2,9
Versicherungsteuer	605	1,8	6 5 5 6	0,8	10 480	-0,6
Stromsteuer	587	-3,8	3 068	-2,0	6 150	-2,0
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) <sup>3</sup>	714	X	4581	Х	8 450	>
Solidaritätszuschlag	1 394	4,4	5 955	-4,7	11 150	-6,5
übrige Bundessteuern	110	-3,5	729	-0,9	1 466	-0,5
Bundessteuern insgesamt	7 997	4,9	41 683	8,4	92 146	3,2
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	352	-13,8	2 033	-18,0	4 175	-8,2
Grunderwerbsteuer	437	13,0	2 436	6,1	4850	-0,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	115	-3,1	707	-11,4	1410	-6,7
Biersteuer	64	-4,9	342	-3,5	720	-1,3
Sonstige Ländersteuern	20	29,6	214	0,3	340	2,8
Ländersteuern insgesamt	987	-41,3	5 732	-45,6	11 495	-29,8
EU-Eigenmittel						
Zölle	303	14,2	2 058	13,5	3 800	5,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	61	X	947	-19,9	2 2 1 0	9,6
BSP-Eigenmittel	639	X	9 193	51,5	19930	33,9
EU-Eigenmittel insgesamt	1 004	х	12 197	34,6	25 940	26,5
Bund <sup>4</sup>	23 467	-8,6	106 388	-4,1	216 366	-5,1
Länder <sup>4</sup>	20 695	4,0	102 552	-0,6	202 540	-2,2
EU	1 004	Х	12 197	34,6	25 940	26,5
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 270	-0,3	13 885	-1,9	27 534	-5,9
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	48 435	2,4	235 021	-0,9	472 380	-2,6

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,\</sup>text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$ 

 $<sup>^3\,\</sup>mathrm{Ab}\,\mathrm{dem}\,1$ . Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

 $<sup>^4</sup> Nach \ Erg\"{a}nzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).$ 

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2010.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2010

Nachzahlungen im Normalbereich lagen, fällt der starke Rückgang bei den Erstattungen auf. Er ist jedoch der Vorjahresbasis geschuldet, die eine hohe Erstattung in einem Einzelfall aufweist.

Die Steuern vom Umsatz unterschritten das Ergebnis des Vorjahresmonats um - 1,1%. Die Einfuhrumsatzsteuer stieg um + 34,5 %. Der Außenhandel hat also erneut weiter deutlich Fahrt aufgenommen. Da dieser Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht, sank das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer in diesem Monat mit - 8,8 % sehr stark.

Die reinen Bundessteuern verbuchten im Juni 2010 Mehreinnahmen von + 4,9 %. Dabei ist letztmalig der Vorjahresvergleich noch geprägt von der Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer zum 1. Juli 2009 (ohne diese hätte das Aufkommen das Vorjahresergebnis um - 4,5 % unterschritten). Die Energiesteuer weist insgesamt ein Minus von -7,8 % auf, wobei die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Heizöl (-44,4 %) und aus der Energiesteuer auf Erdgas (-39,6 %) gleichermaßen zurückgingen. Der Solidaritätszuschlag (+4,4 %) und die Stromsteuer (+1,8 %) weisen positive Änderungsraten auf, alle übrigen Bundessteuern unterschritten das Vorjahresniveau (z. B. Tabaksteuer -4,5 %).

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern ging um - 41,1% zurück. Ohne die Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer hätte der Rückgang lediglich - 1,1% betragen. Während die Grunderwerbsteuer (+ 13,0%) und die Feuerschutzsteuer (+ 31,4%) ihre Einnahmen verbessern konnten, musste die Erbschaftsteuer Minderungen von - 13,8% und die Biersteuer von - 4,9% hinnehmen. Auch die Rennwett- und Lotteriesteuer konnte das Vorjahresniveau mit - 3,1% nicht erreichen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Juni durchschnittlich 3,62% (Mai 3,56%).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe sank Ende Juni auf 2,56 % (Mai 2,67 %).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – erhöhten sich leicht von 0,70 % Ende Mai auf 0,77 % Ende Juni.

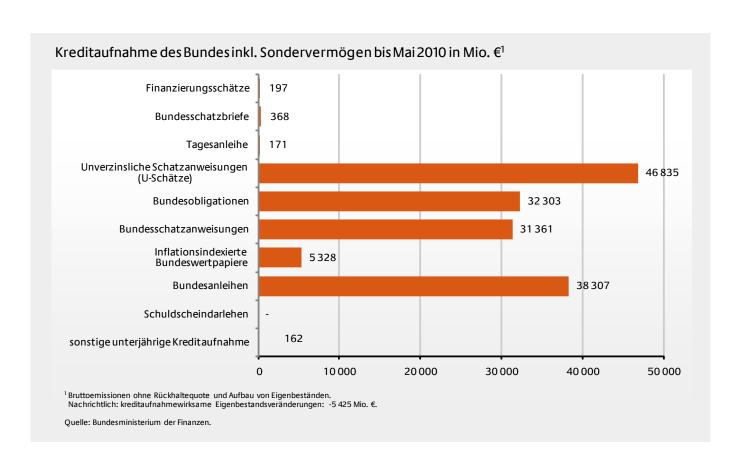
Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 8. Juli 2010 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % belassen.

Der Deutsche Aktienindex betrug zum 30. Juni auf 5 966 Punkte (Mai 5 964 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 sank von 2 610 Punkten im Mai auf 2 573 Punkte im Juni.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Mai 2010 bei - 0,2% nach - 0,2% im April und - 0,1% im März. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

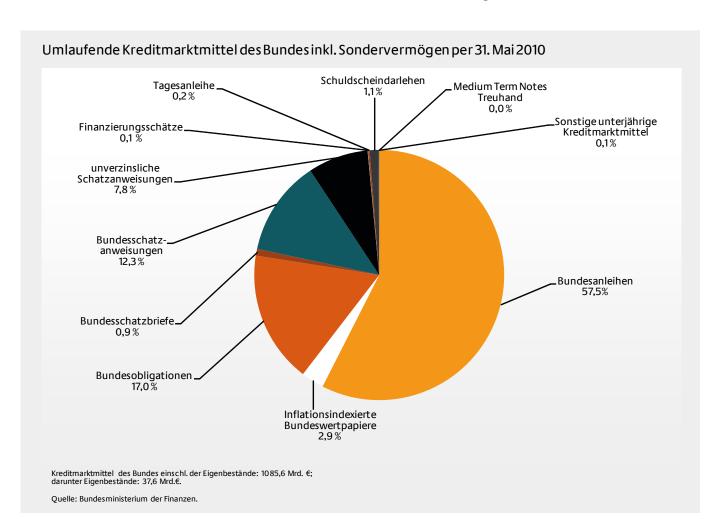
Zeitraum von März bis Mai 2010 lag wie schon im vorangegangenen Dreimonatszeitraum bei - 0,2 %. (Referenzwert 4,5 %).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im Mai 0,1% (nach 0,4% im Vormonat).

In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im Mai - 2,37 % (April - 0,72 %, März - 1,95 %).

#### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Bis einschließlich Mai 2010
betrug der Bruttokreditbedarf
von Bund und Sondervermögen
(Finanzmarktstabilisierungsfonds und
Investitions- und Tilgungsfonds) 155,03 Mrd. €.
Davon wurden 147 Mrd. € im Rahmen des
Emissionskalenders umgesetzt. Darüber
hinaus wurde am 13. Januar 2010 die 1,75 %ige
Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN
DE 0001030526, WKN 103052) um ein
Volumen von insgesamt 2,0 Mrd. € und am
10. März um ein Volumen von 1,0 Mrd. € im
Tenderverfahren aufgestockt. Weiterhin
wurde die 2,25 %ige Inflationsindexierte



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

#### Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in M	rd.€						
Anleihen	20,3	-	-	-	-								20,3
Bundesobligationen	-	-	-	17,0	-								17,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-								15,0
U-Schätze des Bundes	11,9	11,9	11,9	14,9	14,9								65,6
Bundesschatzbriefe	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0								0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0								0,3
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1								0,5
Fundierungsschuldverschreibungen	-	-	-	-	-								0,0
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-								0,0
Entschädigungsfonds	-	-	-	-	-								0,0
Schuldscheindarlehen	-	0,1	0,0	0,3	-								0,4
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,7	-	-								0,7
Sonstige Schulden gesamt	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0								-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,6	12,2	27,9	32,4	15,0								120,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

#### Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2010 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in M	lrd.€						
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,9	0,1	0,7	3,6	0,1								18,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Bundesobligation (ISIN DE 0001030518, WKN 103051) am 7. April um ein Volumen von 2,0 Mrd. € aufgestockt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 4,30 Mrd. €).

Die im Mai 2010 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010". Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich Mai 2010 die Tilgungen auf rund 120,19 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 18,55 Mrd. €.

Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 136,46 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 17,05 Mrd. € und des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 1,52 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001137279 WKN 113729	Aufstockung	7. April 2010	2 Jahre fällig 16. März 2012 Zinslaufbeginn 19. Februar 2010 erster Zinstermin 16. März 2011	6 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001030518 WKN 103051	Aufstockung	7. April 2010	5 Jahre fällig 15. April 2015 Zinslaufbeginn 15. April 2007 erster Zinstermin 27. April 2010	2 Mrd. €
Inflationsindexierte Bundesanleihe ISIN DE0001141570 WKN 114157	Neuemission	14. April 2010	5 Jahre fällig 10. April 2015 Zinslaufbeginn 10. April 2010 erster Zinstermin 10. April 2011	7 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001135366 WKN 113536	Aufstockung	21. April 2010	30 Jahre fällig 4. Juli 2040 erster Zinstermin 4. Juli 2009	3 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135408 WKN 113540	Neuemission	28. April 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	6 Mrd.€
Bundesobligation ISIN DE0001137305 WKN 113730	Neuemission	12. Mai 2010	2 Jahre fällig 15. Juni 2012 Zinslaufbeginn 14. Mai 2010 erster Zinstermin 15. Juni 2011	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135408 WKN 113540	Aufstockung	19. Mai 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141570 WKN 114157	Aufstockung	26. Mai 2010	4 Jahre fällig 10. April 2015 Zinslaufbeginn 10. April 2010 erster Zinstermin 10. Juli 2011	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001137305 WKN 113730	Aufstockung	9. Juni 2010	2 Jahre fällig 15. Juni 2012 Zinslaufbeginn 14. Mai 2010 erster Zinstermin 15. Juni 2011	ca.6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001135408 WKN 113540	Aufstockung	16. Juni 2010	10 Jahre fällig 4. Juli 2020 Zinslaufbeginn 30. April 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001137305 WKN 113730	Aufstockung	30. Juni 2010	2 Jahre fällig 15. Juni 2012 Zinslaufbeginn 14. Mai 2010 erster Zinstermin 15. Juni 2011	ca. 6 Mrd. €
		<u> </u>	2. Quartal 2010 insgesamt	ca. 61 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\ einschließlich\ Marktpflege quote.$ 

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2010 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115590 WKN 111559	Neuemission	12. April 2010	6 Monate fällig 13. Oktober 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115541 WKN 111554	Aufstockung	19. April 2010	9 Monate fällig 26. Januar 2011	2 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115608 WKN 111560	Neuemission	26. April 2010	12 Monate fällig 20. April 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115616 WKN 111561	Neuemission	10. Mai 2010	6 Monate fällig 10. November 2010	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115624 WKN 111562	Neuemission	17. Mai 2010	12 Monate fällig 18. Mai 2011	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115566 WKN 111556	Aufstockung	31. Mai 2010	9 Monate fällig 23. Februar 2011	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115632 WKN 111563	Neuemission	14. Juni 2010	6 Monate fällig 8. Dezember 2010	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011155582 WKN 111558	Aufstockung	21. Juni 2010	9 Monate fällig 30. März 2011	ca. 2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115640 WKN 111564	Neuemission	28. Juni 2010	12 Monate fällig 29. Juni 2011	ca. 4 Mrd. €
			2. Quartal 2010 insgesamt	ca. 33 Mrd. €

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die aktuellen Wirtschaftsdaten deuten auf eine deutliche Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 2. Quartal hin.
- Hierzu dürften sowohl Investitionen als auch Exporte beigetragen haben.
- Der private Konsum dürfte auch im 2. Quartal schwach gewesen sein.
- Auf dem Arbeitsmarkt setzte sich im Juni die Erholungstendenz fort.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf Erholungskurs. Die aktuellen Wirtschaftsdaten zeigen, dass die gesamtwirtschaftliche Aktivität im 2. Quartal 2010 wesentlich stärker zugenommen haben dürfte als im 1. Vierteljahr. Dies ist zum einen auf Nachholeffekte im Zusammenhang mit dem zu Jahresbeginn im Baubereich erfolgten witterungsbedingten Produktionsrückgang zurückzuführen. Zum anderen hat sich die Dynamik im industriellen Bereich merklich erhöht. Damit dürften vom Produzierenden Gewerbe deutlich positive Impulse auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im 2. Quartal ausgegangen sein. Die Ausweitung der Herstellung von Investitionsgütern sowie eine zunehmende Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe signalisieren, dass verwendungsseitig von den Investitionen positive Wachstumsimpulse ausgegangen seien dürften. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte jedoch – trotz der Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt und einer moderaten Preisentwicklung – auch im 2. Quartal schwach geblieben sein. Darauf deuten neben rückläufigen Einzelhandelsumsätzen auch nahezu stagnierende industrielle Inlandsumsätze mit Konsumgütern hin.

Angesichts des Aufwärtstrends der industriellen Nachfrage und der optimistischen Stimmung in den Unternehmen dürfte sich die wirtschaftliche Erholung im 2. Halbjahr festigen. Die jüngste positive Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei wichtigen Indikatoren (z. B. Produktion, Auftragseingang in der Industrie) das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht ist und die Produktionskapazitäten weiter unterausgelastet sind. So lag das BIP im 1. Quartal 2010 noch gut 5 % unter dem Höchststand von Anfang 2008.

Die Weltwirtschaft hat sich spürbar belebt. Besonders die Produktionsausweitung in den asiatischen Schwellenländern entfaltet eine große Dynamik. Hiervon profitiert die deutsche Wirtschaft aufgrund ihres auf Investitionsgüter spezialisierten Exportgütersortiments in besonderem Maße. Die zunehmenden außenwirtschaftlichen Impulse zeigen sich in einer deutlichen Aufwärtsentwicklung der nominalen Warenexporte. Diese nahmen im Mai gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Betrachtung spürbar zu. Damit konnte der Rückgang vom April mehr als aufgeholt werden. Kumuliert für den Zeitraum Januar bis Mai lag das nominale Ausfuhrergebnis deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau (Ursprungswerte + 16,1%). Dabei wurden Ausfuhren in Drittländer (+23,8%) erneut besonders stark ausgeweitet. Aber auch Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (EU) (+14,7%) sowie in den Euroraum (+ 10,2 %) verzeichneten ein deutliches Plus. Die Aussichten für einen weiteren Anstieg der Exporte sind gut. So

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zeigt sich eine große Nachfrage aus dem Ausland nach deutschen Industrieprodukten. Insbesondere die Auftragseingänge aus den Wirtschaftsgebieten außerhalb der EU haben im Zweimonatsdurchschnitt sehr stark zugelegt (saisonbereinigt + 10,7% April/ Mai gegenüber Februar/März). Darüber hinaus bewegen sich die Exporterwartungen gemäß ifo-Umfrage bereits wieder nahe den Höchstwerten des Jahres 2006. Hinzu kommt, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Prognose für das Wachstum des Welt-BIP und das Wachstum des Welthandelsvolumens zum dritten Mal in diesem Jahr angehoben hat.

Die nominalen Warenimporte stiegen im Mai stärker an als die Exporte (saisonbereinigt). Auch im Zweimonatsvergleich zeigt sich das gleiche Bild. Der Importwert hat bereits nahezu wieder Vorkrisenniveau erreicht. Zusammen mit den inländischen Auftragseingängen für Vorleistungsgüter, die ebenfalls nahe dem Vorkrisenniveau liegen, spricht dies für eine sich erholende Binnennachfrage. Darüber hinaus dürfte auch die starke Zunahme der Exporte - aufgrund des hohen Importgehalts der Exporte – die Importtätigkeit begünstigt haben. Der spürbare Anstieg der Einfuhren dürfte neben einer mengenmäßigen Zunahme der Importe auch auf einen Preiseffekt (angestiegene Importpreise) zurückzuführen sein.

Die zuletzt kräftige Belebung der Importtätigkeit spiegelt sich qualitativ auch in der Entwicklung der Steuern vom Umsatz wider. Gegenüber dem Vorjahresmonat stieg die Einfuhrumsatzsteuer im Juni 2010 um 34,5 %. Insgesamt wurde bei den Steuern vom Umsatz im Vorjahresvergleich jedoch noch ein Minus von 1,1 % verbucht, da die Umsatzsteuer im Inland – u. a. aufgrund der entsprechend höheren Vorsteuerabzüge – mit 8,8 % gegenüber Juni 2009 sehr stark zurückging.

Die Industrieindikatoren signalisieren, dass die Konjunktur in diesem Bereich im 2. Quartal kraftvoll angezogen hat. So wurde die Industrieproduktion im Zweimonatsdurchschnitt (saisonbereinigt,

gegenüber der Vorperiode) spürbar ausgeweitet. Dies war vor allem auf einen Anstieg der Produktion von Vorleistungsund Investitionsgütern zurückzuführen, während die Erzeugung von Konsumgütern nur leicht zunahm. Die günstige Entwicklung bei den Investitionsgütern zeigt sich u.a. in einem kräftigen Anziehen der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Im Zweimonatsdurchschnitt betrug der Anstieg saisonbereinigt 8,4% gegenüber der Vorperiode. Auch die Produktion im Maschinenbau zeigt eine deutliche Aufwärtsbewegung (+ 5,2%). Allerdings ist das Vorkrisenniveau noch längst nicht erreicht. Der Indexwert für die Herstellung von Maschinen liegt derzeit ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2005.

Der Umsatz in der Industrie wurde im Zweimonatsdurchschnitt ebenfalls spürbar gesteigert. Dabei war das Umsatzplus auf ausländischen Märkten wesentlich höher als im Inland. Im Ausland war der Umsatzanstieg bei Investitionsgütern und im Inland bei Vorleistungsgütern besonders ausgeprägt.

Der Auftragseingang in der Industrie nahm im Mai leicht ab (saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat), nach kräftigen Anstiegen in den beiden Monaten zuvor. Im aussagekräftigeren – weil weniger volatilen – Zweimonatsvergleich setzte sich der Aufwärtstrend jedoch klar fort. Hierbei waren Nachfrageimpulse aus dem Inland etwa genauso stark wie aus dem Ausland. Dabei sind die Auftragseingänge in allen drei Gütergruppen aufwärtsgerichtet. Bei der Inlandsnachfrage nach Vorleistungsgütern ist der Anstieg besonders steil.

Die insgesamt günstige Entwicklung der industriellen Nachfrage spricht für einen weiteren Aufwärtstrend der Industrieproduktion in den nächsten Monaten. Darauf deutet auch die Ausweitung der Herstellung von Vorleistungsgütern hin, die ebenfalls ein vorlaufender Indikator für die zukünftige Produktion ist. Laut ifo-Geschäftserwartungen im Verarbeitenden

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

### Finanz politisch wichtige Wirtschafts daten

	2	2009			Veränderung ir	n% gegenüb	er	
	Mrd.€	ggü. Vorj. in%	Vorpe	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	
Gesamtwirtschaft/Einkommen	bzw. Index	ggu. voij.iii%	3. Q.09	4.Q.09	1.Q.10	3. Q.09	4.Q.09	1.Q.10
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	104,8	-4,9	+0,7	+0,2	+0,2	-4,7	-1,5	+1,7
jeweilige Preise	2 409	-3,5	+1,5	+0,1	+0,6	-2,9	-0,3	+3,2
Einkommen								
Volkseinkommen	1 807	-4,2	+3,9	+0,7	+1,3	-3,1	-0,2	+5,6
Arbeitnehmerentgelte	1 223	-0,1	-0,1	-0,1	+1,2	-0,6	-0,9	+0,9
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	583	-11,8	+13,1	+2,4	+1,5	-7,5	+1,5	+15,2
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 561	+0,2	-0,5	+0,5	-0,5	-0,4	+0,7	+0,9
Bruttolöhne ugehälter	992	-0,4	+0,3	+0,2	+0,1	-0,8	-0,9	+0,9
Sparen der privaten Haushalte	180	+1,0	+1,7	+0,8	+0,6	+2,2	+0,6	+2,8
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	2	2009			Veränderung ir	n% gegenüb	er	
			Vorpe	eriode saison	bereinigt		Vorjahr	
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Apr10	Mai 10	Zweimonats- durchschnitt	Apr10	Mai 10	Zweimonats
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im	82	-4,0	+12,6		+29,0	-2,8		-5,9
Bauhauptgewerbe(Mrd.€)		-1,0	112,0	·	120,0		·	3,3
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	803	-18,4	-6,3	+9,2	+3,0	+18,8	+28,8	+23,7
Waren-Importe	667	-17,2	-7,2	+14,8	+5,0	+15,7	+34,3	+24,7
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden	94,3	-15,5	+1,2	+2,6	+4,3	+14,0	+12,4	+13,2
Gewerbe (Index 2005 = 100) <sup>1</sup> Industrie <sup>2</sup>	93,7	-17,3	+1,0	+3,4	+4,5	+15,1	+13,6	+14,3
Bauhauptgewerbe	108,2	-0,1	+2,5	-2,3	+12,3	+5,0	+4,4	+4,7
Umsätze im	100,2	0,1	12,3	2,3	112,3	13,0	, .	,.
Produzierenden Gewerbe <sup>1</sup>								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	92,9	-17,6	+1,3	+3,7	+4,7	+13,7	+13,4	+13,6
Inland	93,1	-14,4	-0,3	+2,4	+3,2	+6,9	+7,5	+7,2
Ausland	92,6	-21,0	+3,2	+5,0	+6,4	+22,6	+20,6	+21,6
Auftragseingang								
(Index 2005 = 100) <sup>1</sup>								
Industrie <sup>2</sup>	87,3	-21,5	+3,2	-0,5	+5,6	+30,2	+24,4	+27,3
Inland	88,6	-18,1	+2,9	-0,6	+5,4	+26,1	+19,9	+22,9
Ausland	86,1	-24,3	+3,5	-0,3	+5,7	+34,0	+28,6	+31,3
Bauhauptgewerbe	95,7	-6,9	-5,4		+3,0	+1,5		+7,0
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	96,8	-2,3	-0,5	+0,4	-0,5	-3,6	-2,4	-3,0
Handel mit Kfz	93,4	+0,4	+0,0	-3,7	+2,0	-11,8	-12,0	-11,9

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

#### Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2	2009			Veränderung in	Tsd. gegenül	ber	•
	Personen	:: N: :- 0/	Vorp	eriode saisonl	pereinigt		Vorjahr	
Arbeitsmarkt	Mio.	ggü. Vorj. in %	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Apr 10	Mai 10	Jun 10
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,42	+4,8	-68	-41	-21	-178	-217	-257
Erwerbstätige, Inland	40,27	-0,0	+41	+38	•	-14	+67	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,38	-0,3	+62			+118		
Preisindizes		2009	Veränderung in % gegenüber					
2005=100				Vorperiode		Vorjahr		
	Index	ggü. Vorj. in%	Apr 10	Mai 10	Jun 10	Apr10	Mai 10	Jun 10
Importpreise	100,5	-8,6	+2,0	+0,6		+7,9	+8,5	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	108,0	-4,2	+0,8	+0,3	•	+0,6	+0,9	
Verbraucherpreise	107,0	+0,4	-0,1	+0,1	+0,1	+1,0	+1,2	+0,9
			saison bereinigte Salden					
ifo-Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft	Nov 09	Dez 09	Jan 10	Feb 10	Mrz 10	Apr10	Mai 10	Jun 10
Klima	-12,8	-11,4	-8,8	-10,0	-4,2	+2,6	+2,4	+2,8
Geschäftslage	-24,8	-22,4	-20,7	-23,4	-14,3	-5,1	-4,9	-1,6
Geschäftserwartungen	+0,0	+0,3	+3,9	+4,3	+6,5	+10,6	+9,8	+7,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

 $Quellen: Statistisches \, Bundesamt, \, Deutsche \, Bundesbank, \, if o\text{-}Institut.$ 

Gewerbe gehen auch die Unternehmen von einer weiteren Verbesserung ihrer Geschäfte aus. Allerdings könnten die zuletzt weniger optimistischen Geschäftserwartungen ein etwas nachlassendes Tempo der industriellen Erholung signalisieren. Die neben dem Auslandsgeschäft auch günstige Entwicklung der Inlandsumsätze und -bestellungen, insbesondere für Vorleistungen, deutet darauf hin, dass auch die Binnenkonjunktur zunehmend von der weltwirtschaftlichen Erholung profitiert.

Die Bauproduktion verringerte sich im Mai zwar. Das Produktionsniveau ist jedoch immer noch vergleichsweise hoch. Nach dem witterungsbedingten Produktionseinbruch zum Jahresbeginn zeigte sich im März/April mit einer deutlichen Produktionsausweitung von rund 25 % eine Gegenreaktion.
Stützend dürften sich die staatlichen Fördermaßnahmen ausgewirkt haben. In den nächsten Monaten könnten die Impulse aus

den Fördermaßnahmen jedoch nachlassen.
Im Gegenzug könnten sich die gewerblichen
Bauinvestitionen wieder etwas beleben. Darauf
wiesen zumindest der deutliche Rückgang
der Baugenehmigungen für den öffentlichen
Bau sowie die spürbare Zunahme der
Baugenehmigungen im gewerblichen Bereich
hin.

Das Ausgabenverhalten der privaten Haushalte dürfte auch im 2. Quartal eher vorsichtig gewesen sein. Zwar entwickelten sich die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im Mai nach einem Rückgang im Vormonat wieder etwas günstiger. Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) bleiben jedoch leicht abwärtsgerichtet. Positiv zu vermerken ist allerdings der Aufwärtstrend der Umsätze bei Möbeln und Haushaltsgeräten. Hier könnten im vergangenen Jahr unterlassene Einkäufe – z. B. aufgrund eines Neuwagenkaufs (Inanspruchnahme der Umweltprämie) – nachgeholt worden sein. Im Gegensatz dazu

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

stellt sich derzeit, angesichts der rückläufigen Neuzulassungen privater Pkw, der Kfz-Handel ungünstig dar. Im weiteren Jahresverlauf ist eine Belebung des privaten Konsums zu erwarten. Dabei dürften von der auch im 2. Quartal anhaltenden Erholung auf dem Arbeitsmarkt und von den zusätzlichen Entlastungen der privaten Haushalte (Anhebung des Grundfreibetrages, Erhöhung Kindergeld beziehungsweise Kinderfreibetrag und Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge) seit Jahresbeginn positive Impulse auf den privaten Verbrauch ausgehen. Stützend wirkt auch eine moderate Preisentwicklung, die die Kaufkraft der privaten Haushalte begünstigt. Die Stimmungsindikatoren stellen sich jedoch uneinheitlich dar. Laut GfK-Umfrage hat die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte zuletzt leicht zugenommen, während die Einzelhändler (ifo-Umfrage) die Aussichten für die nächsten sechs Monate ungünstiger beurteilen.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Erholungstendenz auch im Juni fortgesetzt. Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) ist im Vergleich zum Vorjahr spürbar auf 3,15 Mio. Personen gesunken. Die entsprechende Arbeitslosenquote reduzierte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 7,5 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich im Juni gegenüber dem Vormonat erneut. Im Durchschnitt des 2. Quartals lag die Arbeitslosigkeit damit um 130 000 Personen unter dem Vorquartalsniveau. Gleichzeitig nahmen die Anzeigen für konjunkturell bedingte Kurzarbeit nach ersten Schätzungen im Juni weiter ab (um 25 000 bis 30 000 Personen). Dagegen waren noch im Februar 77 000 Neuanzeigen eingegangen. Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) erhöhte sich im Mai gegenüber April zum vierten Mal in Folge. Nach Ursprungswerten lag die Erwerbstätigenzahl mit 40,28 Mio. Personen erstmals seit Mai 2009 deutlich über dem entsprechenden Vorjahresstand.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse hat im April gegenüber dem Vormonat in saisonbereinigter Betrachtung erneut spürbar zugenommen.
Nach Ursprungswerten wurde das
Vorjahresniveau erheblich überschritten.
Anhaltend starker Beschäftigungsaufbau im Vorjahresvergleich zeigte sich bei
Arbeitnehmerüberlassungen und konsumnahen Dienstleistungsbranchen (z. B. Gesundheits- und Sozialwesen,
Erziehung und Unterricht). Die größten
Beschäftigungsverluste gab es weiterhin im Verarbeitenden Gewerbe, jedoch mit abnehmender Tendenz.

Infolge des seit Juli vergangenen Jahres anhaltenden Rückgangs der Arbeitslosigkeit ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl nur noch um 42 000 Personen von ihrem Tiefstand vom Oktober 2008 entfernt. Auch die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung unterschreiten ihren Höhepunkt vom Oktober 2008 nur noch leicht. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Verringerung der Kurzarbeit und die günstige Entwicklung der Indikatoren zur Arbeitskräftenachfrage sprechen dafür, dass - trotz nach wie vor bestehender Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten – insgesamt nicht mehr mit einer Verschlechterung der Situation auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen sein dürfte.

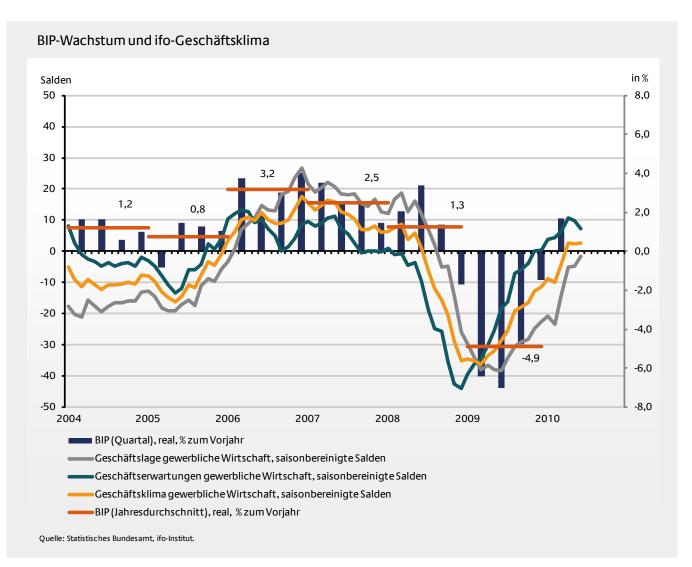
Der Verbraucherpreisindex (VPI) lag im Juni 0,9 % über dem entsprechenden Vorjahrjahresniveau. Die jährliche Teuerungsrate wird maßgeblich von Preiserhöhungen der Energieprodukte bestimmt. So stiegen die Preise für Mineralölprodukte um 11,4 % gegenüber dem Vorjahr an. Ohne Berücksichtigung der Mineralölprodukte hätte die Jahresteuerungsrate des VPI nur 0,4 % betragen. Rückläufige Preise für Gas und Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme wirkten dagegen inflationsdämpfend. Nahrungsmittel verteuerten sich merklich um 1,2 %.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Der Importpreisindex überschritt im Mai das Vorjahresniveau um 8,5 %. Dies ist die höchste Jahresteuerungsrate seit November 2000 (+ 10,6 %). Der Preisanstieg ist vor allem auf höhere Energiepreise zurückzuführen (+ 26,8 %). Dabei verteuerten sich die Importe von Rohöl (+ 40,7 %) und Mineralölerzeugnissen (+ 45,0 %) sehr stark. Dagegen lag das Preisniveau von Steinkohle deutlich unter dem des Vorjahres (- 14,9 %). Ohne Rohöl und Mineralölerzeugnisse stiegen die Importpreise um 5,5 % gegenüber dem Vorjahr an. Auch die Preise für nichtenergetische Rohstoffe zogen kräftig an.

Auch der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte war im Mai um 0,9% höher als vor einem Jahr. Der Anstieg wurde vor allem durch die Verteuerung von Erzeugerpreisen für Vorleistungsgüter (+4,7%) bestimmt. So lagen Preise für Metalle und Walzstahl erheblich über dem Vorjahresniveau. Nahrungsmittel (-0,7%) waren dagegen billiger als vor einem Jahr. Auch Erzeugerpreise für Energie wirkten insgesamt preisdämpfend, wenngleich die Preise für Mineralölerzeugnisse wesentlich über ihrem Vorjahresniveau lagen (+22,3%). Ohne Berücksichtigung von Energie waren die Erzeugerpreise um 1,8% höher als vor einem Jahr.

Nach einer Verbilligung der Preise für Rohöl auf dem Weltmarkt zu Beginn des Monats Juni



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

kam es im Verlauf der zweiten Monatshälfte zu einem leichten Preisanstieg. Die Verteuerung von Rohöl spiegelt in erster Linie eine gewisse Belebung der Weltwirtschaft wider. Die aufgrund der Verteuerung von Rohstoffen zunehmenden Import- und Erzeugerpreise könnten den Preisdruck auf die Verbraucherpreise erhöhen. Dem entgegen wirkt jedoch die sich nur allmählich erholende Binnennachfrage, insbesondere die Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte, die die Durchsetzung höherer Preise erschwert. So ist die Kerninflationsrate (Inflationsrate

ohne Berücksichtigung von Energie- und Nahrungsmittelpreisen) in den ersten fünf Monaten dieses Jahres im Durchschnitt um 0,8 % und damit wesentlich geringer als im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre angestiegen. Insgesamt dürfte die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe im weiteren Jahresverlauf in ruhigen Bahnen verlaufen. Davon gehen auch die nationalen und internationalen Institutionen in ihren Preisprognosen für dieses und nächstes Jahr aus.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2010

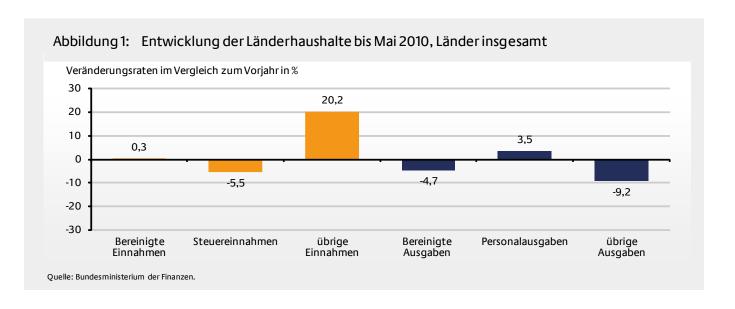
# Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2010

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich Mai 2010 vor.

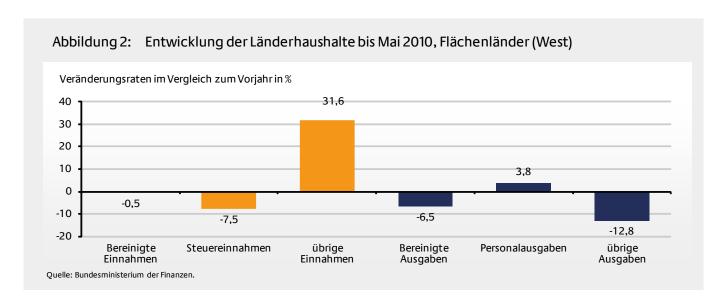
Die Entwicklung der Länderhaushalte stellt sich Ende Mai günstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen der Ländergesamtheit stiegen gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 %, während die Ausgaben um - 4,7 % zurückgingen. Die Steuereinnahmen der Ländergesamtheit sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 5,5 % geringer.

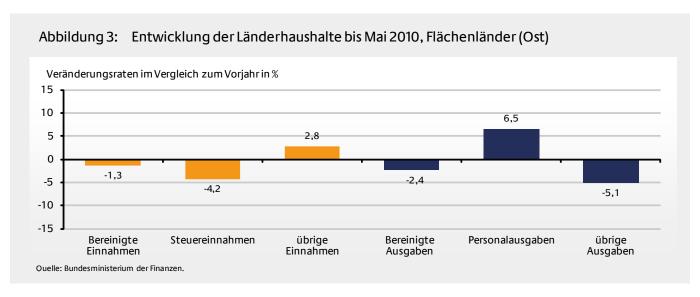
Bei den Stadtstaaten ist ein Zuwachs von 7,9 % zu verzeichnen, dagegen nahmen die Steuereinnahmen der ostdeutschen Flächenländer um 4,2 % und die der westdeutschen Flächenländer um 7,5 % ab. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug am Ende des Berichtszeitraums -10,8 Mrd. € und war damit um knapp 5,9 Mrd. € günstiger als der Vorjahreswert.

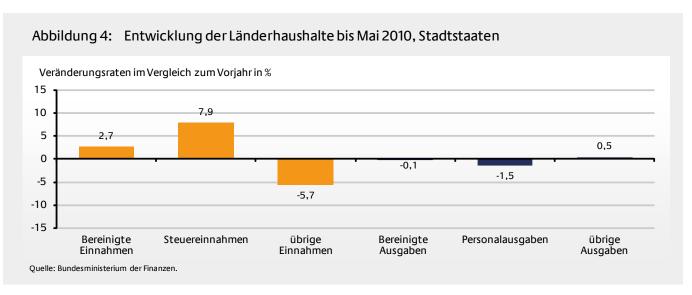
Die Einnahmen und Ausgaben der Länder bis Mai, die im Einzelnen in den nachfolgenden Tabellen aufgeführt sind, stellen sich insgesamt wie folgt dar:



Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2010







TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

30. September	1. Oktober 2010	Informeller ECOFIN in Brüssel

#### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2011

4. bis 6. Mai 2010	Steuerschätzung
bis 25. Juni 2010	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
2. Juli 2010	Zuleitung an Kabinett
7. Juli 2010	Kabinettbeschluss
13. August 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
14. bis 17. September 2010	1. Lesung Bundestag
24. September 2010	1. Beratung Bundesrat
27. September bis 10. November 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
Mitte Oktober	Stabilitätsrat
11. November 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
23. bis 26. November 2010	2./3. Lesung Bundestag
17. Dezember 2010	2. Beratung Bundesrat
Ende Dezember 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt
<del>-</del>	

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

#### Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikation neu herausgegeben:

- Innenansichten: Besteuerung von Alterseinkünften

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerrefer at @bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Jeweils 0,14 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

### □ Analysen und Berichte

# Analysen und Berichte

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014	34
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009	
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2009	70
Wachstumsaspekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Rahmen einer gestaltenden	
Finanzpolitik	77
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	
G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto, Kanada	98

#### Analysen und Berichte

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

# Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

### Solide Finanzen und Vorfahrt für Bildung und Forschung

1	Einleitung	35
2	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption	35
2.1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010 bis 2014	35
3	Finanzpolitische Ausgangslage	36
3.1	Günstige Entwicklung im Vollzug des Bundeshaushalts 2010	36
3.2	Dramatische Zuspitzung auf den Finanzmärkten erforderte entschlossenes und massives	
	Handeln	37
3.3	Deutsche Haushaltspolitik im internationalen Kontext	38
4	Verfassungsrechtliche Schuldenregel und Abbaupfad	38
5	Haushaltspolitik ist Zukunftspolitik	40
5.1	Nachhaltiges Wachstum durch solide Staatsfinanzen	40
5.2	Bildung und Forschung – zentrale Säulen für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands	43
6	Bundeshaushalt 2011 und Finanzplan bis 2014	44
6.1	Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern	44
6.2	Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern	45
7	Wesentliche Politikbereiche	46
7.1	Bildung und Forschung	46
7.2	Entwicklungszusammenarbeit	47
7.3	Innenpolitik	47
7.4	Verteidigung	48
7.5	Umwelt	48
7.6	Wirtschafts- und Technologieförderung	49
7.7	Verkehr und Wohnungswesen	50
7.8	Renten- und Krankenversicherung	50
7.9	Arbeitsmarkt	51
7.10	Familie	52
7.11	Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	52
8	Einnahmen	53
9	Personal und Verwaltung	53

- Mit dem Zukunftspaket vom 6. und 7. Juni 2010 hat die Bundesregierung einen großen Schritt zur nachhaltigen Konsolidierung des Bundeshaushalts getan.
- Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 sieht eine Neuverschuldung in Höhe von 57,5 Mrd. € vor. Gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan wird die Neuverschuldung in den Jahren 2011 bis 2013 insgesamt um 80 Mrd. € zurückgeführt.
- Bildung und Forschung sind die zentralen Säulen für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Daher hält die Bundesregierung an ihrer Zusage fest, die Ausgaben für Bildung und Forschung im Zeitraum 2010 bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. € zu erhöhen.

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

### 1 Einleitung

Das Bundeskabinett hat am 7. Juli 2010 den Entwurf für den Bundeshaushalt 2011 auf den Weg gebracht. Außerdem beschloss die Bundesregierung den mittelfristigen Finanzplan bis 2014. Ein Blick auf die Zahlen zeigt: Der Einstieg in den Abbau der historisch hohen Neuverschuldung ist geglückt, gleichzeitig werden die Ausgaben für Bildung und Forschung weiter erhöht.

### 2 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage und finanzpolitische Konzeption

#### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2010 bis 2014

Die deutsche Wirtschaft ist verhalten in das Jahr 2010 gestartet. Im 1. Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in preis-, kalenderund saisonbereinigter Betrachtung um 0,2% gegenüber dem Vorquartal an. Insgesamt kam es damit im Winterhalbjahr 2009/2010 im Vergleich zum vorangegangenen Sommerhalbjahr zu einer erheblichen Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität. Hierzu hat der ungewöhnlich harte und lange Winter maßgeblich beigetragen. Die geringe Wachstumsdynamik im Winterhalbjahr 2009/2010 zeigt, dass der konjunkturelle Erholungsprozess nach wie vor anfällig für Rückschläge ist. Nach zögerlichem Jahresauftakt wird sich die wirtschaftliche Erholung im weiteren Jahresverlauf jedoch fortsetzen. Darauf deuten sowohl eine spürbare konjunkturelle Belebung zum Ende des 1. Quartals als auch die vorlaufenden Konjunkturindikatoren hin.

Der Arbeitsmarkt hat sich bisher gegenüber dem krisenbedingten Konjunktureinbruch erfreulich robust gezeigt. Ungeachtet ungünstiger Witterungsbedingungen verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im 1. Quartal 2010, und auch im 2. Quartal setzte sich der Rückgang fort.

Wenngleich die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nach wie vor unterausgelastet sind, dürfte jedoch das Risiko abrupter Arbeitsmarktreaktionen im Zuge einer sich abzeichnenden Festigung der konjunkturellen Erholung weiter abnehmen.

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion für 2010 einen BIP-Anstieg von real 1,4%. Vor dem Hintergrund einer positiven Wachstumsrate im 1. Quartal und der zuletzt dynamischen Entwicklung in der Industrie könnte aus heutiger Sicht bei anhaltender konjunktureller Erholung der BIP-Anstieg höher ausfallen als in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung erwartet. Im Jahr 2011 dürfte das BIP-Wachstum real 1,6% betragen.

Die auf Investitionsgüter spezialisierte deutsche Exportwirtschaft dürfte zunehmend von einer weltwirtschaftlichen Belebung profitieren. Die konjunkturelle Erholung dürfte damit zunächst vor allem von der Außenwirtschaft getragen werden.

Im Baubereich werden sich im Jahr 2010 noch die Maßnahmen der Konjunkturprogramme positiv auswirken. Im nächsten Jahr dürften die Bauinvestitionen aufgrund des Auslaufens der Stützungsmaßnahmen dann weniger stark zunehmen als in diesem Jahr. Im Zuge der konjunkturellen Belebung wird im Jahresverlauf 2010 mit einer gewissen Erholung des privaten Konsums gerechnet. Diese Entwicklung wird durch die zusätzlichen Entlastungen der privaten Haushaltseinkommen seit Jahresbeginn begünstigt. Im nächsten Jahr dürften die privaten Konsumausgaben wieder wachstumsstützend wirken. Insgesamt werden die Wachstumskräfte der Binnennachfrage im nächsten Jahr deutlich stärker ausfallen als 2010.

Insgesamt bestehen derzeit Risiken und Chancen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung: Die nach wie vor festzustellende gesamtwirtschaftliche Unterauslastung und die damit einhergehende

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Kostenbelastung der Unternehmen stellen weiterhin gewisse Risiken für die weitere Arbeitsmarktentwicklung dar. Die erneute Verunsicherung an den Finanzmärkten könnte zu einer zurückhaltenderen Kreditvergabe der Banken sowie einer Verschärfung der Kreditkonditionen führen. Damit würde die Finanzierung von Investitionsprojekten durch die Unternehmen im ungünstigsten Fall erschwert.

Gleichzeitig bestehen auch Chancen für eine günstigere Konjunkturentwicklung. Von einer dynamischeren Entwicklung des Welthandels könnten die deutschen Exporteure angesichts ihres Gütersortiments und der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit in besonderem Maße profitieren. Hinsichtlich der privaten Konsumtätigkeit könnte das Vorsichtsmotiv im Falle einer noch günstigeren Arbeitsmarktentwicklung wieder stärker in den Hintergrund treten.

Für den mittelfristigen Projektionszeitraum (2010 bis 2014) wird erwartet, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt durchschnittlich um rund 1½% p. a. ansteigt. Es wird davon ausgegangen, dass die derzeit erhebliche negative Produktionslücke zum Ende des mittelfristigen Zeitraums geschlossen wird. Das heißt: Die deutsche Wirtschaft wird bis zum Jahr 2014 insgesamt wieder eine normale Auslastung ihrer Produktionskapazitäten erreicht haben. Für die Jahre 2012 bis 2014 ist dabei ein Wachstum von durchschnittlich rund 1¾% p. a. unterstellt.

### 3 Finanzpolitische Ausgangslage

# 3.1 Günstige Entwicklung im Vollzug des Bundeshaushalts 2010

Der Vollzug des Bundeshaushalts 2010 gestaltet sich erheblich günstiger, als dies noch im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zum Bundeshaushalt 2010 unterstellt werden konnte. Zum Abschluss der Beratungen des Bundeshaushalts 2010 wurde die veranschlagte Nettokreditaufnahme von ursprünglich erwarteten 86,1 Mrd. € auf 80,2 Mrd. € gesenkt – auf die damit aber immer noch mit weitem Abstand höchste Neuverschuldung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Zur Jahresmitte zeichnet sich gesichert ab, dass die Soll-Nettokreditaufnahme deutlich unterschritten werden wird.

So kann der Bund nach der MaiSteuerschätzung gegenüber dem
Soll des Haushaltsplans 2010 mit
Steuermehreinnahmen von 4,5 Mrd. €
rechnen. Ein wesentlicher Teil resultiert
aus höheren originären Steuereinnahmen,
ein Anteil in Höhe von 1,8 Mrd. € ist auf
geringere EU-Abführungen zurückzuführen.
Neben dem Steuerbereich kommt es auch
zu außerordentlichen Mehreinnahmen
aufgrund der Versteigerung der UMTSFrequenzen. Die Summe der Höchstgebote von
insgesamt 4,4 Mrd. € überstieg bei Weitem die
Erwartungen.

Auf der Ausgabenseite werden derzeit durch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt spürbare Entlastungen erwartet. Die Schätzungen für den Arbeitsmarkt lassen Minderausgaben in Höhe von mehr als 3 Mrd. € durchaus als realistisch erscheinen. Ferner trägt die weiterhin sehr günstige Zinsentwicklung im Bereich der kurzfristigen Kreditaufnahme zur Haushaltsentlastung bei. Auf dieser Grundlage werden Minderausgaben von rund 2 Mrd. € erwartet. Insbesondere wegen der maßvollen Nachfrage nach Gewährleistungen aus dem Deutschlandfonds ist für das Jahr 2010 mit deutlich weniger Schäden aus Gewährleistungen zu rechnen.

Die dargestellte Entwicklung gibt berechtigten Anlass zu der Erwartung, dass die tatsächliche Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt zum Jahresende das Soll um 15 Mrd. € unterschreiten wird. Dies ändert aber nichts daran, dass der Bund im laufenden Jahr neue Schulden in historisch einmaliger Höhe wird aufnehmen müssen. Es zeigt sich deutlich: Die jetzt eingeleitete und mit dem Regierungsentwurf zum Haushalt 2011

Internationale Finanzmarktkonferenz am 19./20. Mai 2010 in Berlin

und dem Finanzplan bis 2014 gefestigte Trendwende ist alternativlos.

# 3.2 Dramatische Zuspitzung auf den Finanzmärkten erforderte entschlossenes und massives Handeln

Eine nachhaltige und glaubwürdige Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck. Dies haben die vergangenen Monate allzu deutlich gezeigt.

So hat sich im Zuge der globalen Wirtschaftsund Finanzkrise die Situation der öffentlichen Finanzen in den EU-Mitgliedstaaten erheblich verschlechtert. Dies führte Anfang Mai an den Finanzmärkten weltweit, insbesondere aber in Europa, unversehens zu einer erneuten Verschärfung der Spannungen. In der Folge haben sich die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebietes zunächst zu Finanzhilfen durch abgestimmte bilaterale Kredite bereit erklärt, die unter Mandatierung der Europäischen Kommission zusammen mit Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu einem Hilfspaket zugunsten der Hellenischen Republik gebündelt wurden.

Mit dem am 8. Mai 2010 in Kraft getretenen Währungsunion-Finanzstabilisierungsgesetz schuf Deutschland die erforderliche nationale Voraussetzung, um der Hellenischen Republik rasch Hilfe leisten zu können. In der Folge konnte die erste Kredit-Tranche (14,5 Mrd. € von den Euroraumstaaten) zum 18. Mai 2010 gerade noch rechtzeitig ausgereicht werden, um eine Zahlungsunfähigkeit Griechenlands mit den zu erwartenden krisenhaften Auswirkungen auf die Finanzstabilität des Euroraums zu verhindern.

Am Ende der ersten Maiwoche 2010 spitzte sich die Lage auf den Finanzmärkten weiter deutlich zu; von Griechenland aus begann sich die Krise auf weitere Euro-Peripheriestaaten auszuweiten. Die Risikoaufschläge für portugiesische und spanische Staatsanleihen begannen rapide anzusteigen. Auch

europäische Banken begannen, wie in der Anfangsphase der Finanzkrise, sich gegenseitig kaum mehr Geld zu leihen. Insgesamt verdichteten sich dadurch innerhalb kürzester Zeit die Anzeichen einer akut bevorstehenden systemischen Krise – eine Einschätzung, welche auch von Vertretern des Financial Stability Board (FSB) sowie den Finanzministern und Notenbankgouverneuren der G7 in Telefonkonferenzen am 7. Mai 2010 geteilt wurde. Entschlossenes, rasches und massives Handeln war unabdingbar.

Am 9. Mai 2010 einigte sich der Rat der EU-Finanzminister (ECOFIN) auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Krisenbekämpfung. Dazu gehört ein neues Gemeinschaftsinstrument, das es erlaubt, Euro-Mitgliedstaaten finanziellen Beistand der Union zu gewähren. Die zu diesem Zweck begebenen Anleihen werden garantiert durch den EU-Haushalt und können bis zu 60 Mrd. € Euro umfassen. Eine Aktivierung ist nur unter strengen finanz- und wirtschaftspolitischen Auflagen im Rahmen eines gemeinsamen Programms von EU und IWF möglich.

Ergänzend dazu haben die Euro-Mitgliedstaaten die europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) geschaffen, eine Zweckgesellschaft mit Sitz in Luxemburg, die unter klar definierten Bedingungen ebenfalls Kredite an Euro-Mitgliedstaaten ausreichen kann, um deren Zahlungsfähigkeit zu sichern und damit die Finanzstabilität im Euroraum insgesamt zu schützen. Die Refinanzierung der EFSF erfolgt am Kapitalmarkt. Die Euro-Mitgliedstaaten stellen hierfür anteilige Garantien bereit (gemäß ihrem Anteil am EZB-Kapitalschlüssel).

Deutschland hat als erster Mitgliedstaat ein Gesetz verabschiedet, das die Bundesregierung zur Übernahme des deutschen Anteils an Gewährleistungen in Höhe von bis zu 123 Mrd. € ermächtigt. Dieses schnelle Handeln hat dazu beigetragen, die Märkte zu beruhigen.

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Wie auch die Erfahrungen aus der Anfangsphase der Finanzkrise 2008/2009 klar gezeigt haben, konnte nur entschlossenes und massives Handeln eine weitere Eskalation der Lage verhindern. In den nächsten Monaten wird es entscheidend darauf ankommen, dass die Staaten des Euro-Währungsgebiets - und darüber hinaus – einen überzeugenden Kurs zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einschlagen und die Wachstumskräfte durch Strukturreformen stärken. Deutschland kommt gerade bei der Haushaltskonsolidierung eine Vorbildfunktion innerhalb des Euroraums zu.¹ Eine stabile gemeinsame europäische Währung braucht eine verlässliche Basis. Für die Stabilität unserer Währung ebenso wie für die Gestaltung unserer Zukunft ist daher eine solide Finanzpolitik in allen Mitgliedstaaten der EU die zentrale Aufgabe.

# 3.3 Deutsche Haushaltspolitik im internationalen Kontext

Die G20-Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer hat unter maßgeblicher deutscher Mitwirkung bei ihrem Gipfel in Toronto, Kanada, am 26. und 27. Juni 2010 ein klares Signal zum Schuldenabbau gesetzt. Mit der Verpflichtung auf einen wachstumsfreundlich ausgestalteten Defizitabbau wird die Basis für ein nachhaltiges globales Wachstum in der Zukunft gelegt. Damit wird sichergestellt, dass das Vertrauen in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederhergestellt, zugleich aber die wirtschaftliche Entwicklung nicht gebremst wird. Die G20-Gruppe einigte sich in diesem Rahmen darauf, dass die großen Industrieländer ihre Haushaltsdefizite bis zum Jahr 2013 halbieren und ab dem Jahr 2016 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen sollen.

Auch zur Einhaltung der Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und

<sup>1</sup> Die Vorbildfunktion bestätigt auch eine empirische Studie des IWF: www.imf.org/external/pubs/ft/ scr/2010/cr1085.pdf (Box 6 auf S. 21) Wachstumspaktes ist eine klare
Konsolidierungsstrategie erforderlich.
Deutschland ist im Rahmen des
Defizitverfahrens aufgefordert, ab dem
Jahr 2011 das strukturelle Defizit um
durchschnittlich 0,5 % p. a. zurückzuführen
und ab dem Jahr 2013 wieder den MaastrichtReferenzwert von 3 % beim staatlichen Defizit
zu unterschreiten. Mit dem Regierungsentwurf
zum Haushalt 2011 und dem Finanzplan bis
zum Jahr 2014 schafft die Bundesregierung die
Voraussetzungen für die Einhaltung dieser
Vorgaben.

### 4 Verfassungsrechtliche Schuldenregel und Abbaupfad

Auf den Bundeshaushalt 2011 findet erstmals die neue verfassungsrechtliche Schuldenregel in Artikel 115 Grundgesetz Anwendung, die klare Vorgaben für eine Rückführung der strukturellen Kreditaufnahme des Bundes macht.

Bei voller Geltung der neuen verfassungsrechtlichen Schuldenregel ab dem Jahr 2016 ist eine strukturelle Neuverschuldung des Bundes nur noch in Höhe von maximal 0,35 % des BIP zulässig. Dieser Grundsatz des ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts gilt bezogen auf die um finanzielle Transaktionen bereinigten Einnahmen und Ausgaben. Der strukturell zulässige Verschuldungsspielraum von 0,35 % des BIP wird in konjunkturell schlechten Zeiten entsprechend den daraus folgenden Wirkungen auf den Bundeshaushalt erweitert und in guten Zeiten verringert.

Im Rahmen einer Übergangsregelung (Artikel 143d Absatz 1 GG) sind für den Bund noch bis einschließlich 2015 Abweichungen hinsichtlich des strukturellen Verschuldungsspielraums zugelassen. Nach § 9 des Gesetzes zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes findet die Schuldenregel für den Bund im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2015 daher mit der

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Maßgabe Anwendung, dass das strukturelle Defizit des Haushaltsjahres 2010 ab dem Jahr 2011 in gleichmäßigen Schritten bis zur vollen Einhaltung der maximal zulässigen strukturellen Verschuldung von 0,35 % des BIP im Jahr 2016 zurückgeführt wird. Dies trägt insbesondere dem Umstand Rechnung, dass angesichts der unausweichlichen Ausweitung der Staatsverschuldung im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ein Anpassungspfad bis zur vollständigen Einhaltung der Schuldenregel erforderlich ist.

Die dem Abbaupfad zugrunde gelegte strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundeshaushalts 2010 beträgt 53,2 Mrd. €. Es entspricht dem Sinn und Zweck der Schuldenregel, bei ihrer Berechnung zu berücksichtigen, dass aus heutiger Sicht gegenüber dem Haushaltssoll bereits Entlastungen in Höhe von 15 Mrd. € als gesichert angesehen werden können und damit - abweichend vom Haushaltssoll von 80,2 Mrd. € – nur noch von einer Nettokreditaufnahme von 65.2 Mrd. € auszugehen ist. Der Abbaupfad war entsprechend anzupassen, und die strukturelle Nettokreditaufnahme sinkt gegenüber dem Stand Haushaltssoll um 13,4 Mrd. €. Auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion 2010 wurde auch die Konjunkturkomponente aktualisiert. Im Einzelnen ergibt sich die Berechnung aus Tabelle 1.

Die strukturelle Nettokreditaufnahme in Höhe von 53,2 Mrd. € entspricht rund 2,2% des nominalen BIP. Bei linearer Ausgestaltung des Abbaupfades führt dieser ab dem Jahr 2011 – bis zur vollen Geltung der Schuldenregel im Jahr 2016 – zu jährlichen Abbauschritten in Höhe von rund 0,3% des BIP.

Mit diesem Abbaupfad ergibt sich für den Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2014 die in Tabelle 2 dargestellte nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme.

Die strukturelle Neuverschuldung des
Jahres 2010, die mit 53,2 Mrd. € den
Ausgangspunkt des Abbaupfades bildet, wird
im Finanzplanungszeitraum mehr als halbiert
und auf rund 25 Mrd. € zurückgeführt. Die
zulässige strukturelle Neuverschuldung wird
im Jahr 2016 nur noch rund 10 Mrd. € betragen.
Das bedeutet: Mit dem jetzt vorliegenden
Finanzplan hat der Bund beim bis zum Jahr
2016 notwendigen Abbau der strukturellen
Neuverschuldung rund zwei Drittel der
Wegstrecke hinter sich gebracht. Die
Bundesregierung setzt damit konsequent den
Abbaupfad aus der neuen Schuldenregel um.

Tabelle 1: Berechnung der strukturellen Nettokreditaufnahme 2010

Erwartete Nettokreditaufnahme	65 200 Mio. €
Zuzüglich Saldo finanzielle Transaktionen	29 Mio. €
Zuzüglich Konjunkturkomponente	-11 984 Mio. €
Strukturelle Nettokreditaufnahme	53 245 Mio. €
Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Stand: Frühjahrsprognose 2010)	2 407 Mrd. €
Strukturelle Nettokreditaufnahme 2010 in % des BIP als Ausgangswert für den Abbaupfad	2,21 %
Jährliche Abbauschritte ab dem Jahr 2011 bei gleichmäßiger Aufteilung der Abbauverpflichtung bis zu einer zulässigen strukturellen Nettokreditaufnahme von 0,35 % des BIP im Jahr 2016	0,31 %

Differenzen durch Rundung möglich.

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Tabelle 2: Berechnung der nach der Schuldenregel zulässigen Nettokreditaufnahme

	2011	2012	2013	2014
		in M	rd.€	
$Maximal\ zul\"{a}ssige\ strukturelle\ Nettokreditaufnahme\ in\ \%\ des\ BIP$	1,90	1,59	1,28	0,97
Nominales BIP des der Haushaltsaufstellung vorangegangenen Jahres (Stand: Frühjahrsprojektion 2010)	2 407	2 450	2510	2 583
Nach der Schuldenregel maximal zulässige strukturelle Nettokreditaufnahme	45,8	39,0	32,1	25,1
abzüglich Konjunkturkomponente	-5,5	-3,3	-1,3	0,4
abzüglich Saldo der finanziellen Transaktionen	-6,2	-0,9	1,8	0,6
Nach der Schuldenregel maximal zulässige Nettokreditaufnahme	57,5	43,1	31,6	24,1
Neue Nettokreditaufnahme	57,5	40,1	31,6	24,1

Rundungsdifferenzen möglich.

### 5 Haushaltspolitik ist Zukunftspolitik

## 5.1 Nachhaltiges Wachstum durch solide Staatsfinanzen

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und der Finanzplan bis zum Jahr 2014 stellen einen Wendepunkt in der Haushaltsund Finanzpolitik dar. Den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren, ist nach der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte ein Gebot der deutschen wie der europäischen Politik. Der Ausstieg aus den in der Krise ergriffenen umfangreichen konjunkturstützenden Maßnahmen ist alternativlos und muss nun vollzogen werden. Es geht jetzt darum, unsere Handlungsfähigkeit zu sichern und – mittel- und langfristig – solide und generationengerechte Staatsfinanzen zu erreichen. Die jüngsten Entwicklungen in Griechenland und anderen Euro-Ländern sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass öffentliche Verschuldung nicht ins Uferlose ausgedehnt werden kann und darf. Diese offensichtlichen Warnungen seitens der Politik zu ignorieren, wäre zumindest grob fahrlässig.

Auf der Kabinettsklausur am 6. und 7. Juni 2010 hat die Bundesregierung daher ein Konsolidierungspaket im Umfang von über 80 Mrd. € für die kommenden vier Jahre beschlossen. Es soll die Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität, von Freiheit und Verantwortung wiederherstellen und den Spielraum für die Gestaltung der Zukunft vergrößern.

Die Bundesregierung hat sich entschlossen, schwerpunktmäßig auf der Ausgabenseite zu konsolidieren. Im Jahr 2011 wird von den insgesamt 11,2 Mrd. € des zur Einhaltung der zulässigen Nettokreditaufnahme notwendigen Einsparvolumens mehr als die Hälfte – 5,9 Mrd. € – durch die Reduzierung auf der Ausgabenseite erbracht. Gleiches gilt auch für die Folgejahre, in denen jeweils mehr als die Hälfte des notwendigen Einsparvolumens auf der Ausgabenseite erbracht wird. Damit unterscheidet sich das von der Bundesregierung geschnürte Zukunftspaket fundamental von früheren Konsolidierungsbemühungen. Sparen auf der Ausgabenseite birgt deutlich bessere Wachstumsaussichten als Konsolidieren über die Einnahmenseite, z.B. über Steuererhöhungen. Bei der Konsolidierung auf der Ausgabenseite wurde der Sinn sozialer Leistungen dort hinterfragt, wo sie weder zum Schutz vor existenziellen sozialen Bedrohungen nötig sind noch soziale Aufstiegschancen eröffnen. Die maßvollen Einschnitte stellen keine

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Überforderung dar: Die Bundesregierung hat sich auf Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsanreize für Erwerbslose und zum Abbau von Ineffizienzen konzentriert, hingegen auf Leistungseinschränkungen bei Rentnerinnen und Rentnern verzichtet. Im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik werden sogenannte Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umgewandelt und der Rentenversicherungsbeitragssatz für Empfänger des Arbeitslosengelds II (ALG II) abgeschafft.

Mit den vereinbarten behutsamen Anpassungen beim Elterngeld soll dessen zukünftige Finanzierung gesichert werden, schließlich ist das Elterngeld ein "Erfolgsmodell". Die Unterstützung der Erwerbstätigen mit unteren und mittleren Einkommen bleibt vollkommen unangetastet; die geringere Lohnersatzrate für diejenigen mit höheren Einkommen wird nur mäßig spürbar sein. Darüber hinaus wird das Elterngeld künftig auf das ALG II angerechnet. Das ist gerecht, weil dieser Empfängerkreis schon durch das ALG II selbst und dessen Zusatzleistungen abgesichert ist. Hierdurch wird mehr Gerechtigkeit im Verhältnis zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich geschaffen.

Zugleich wurden wachstumshemmende Steuererhöhungen vermieden. Der Abbau von Subventionen, der konkret im Bereich der Energiebesteuerung umgesetzt wird, stärkt zudem die Allokationsfunktion des Marktes, denn hierdurch werden Wettbewerbsverzerrungen abgebaut. Daneben wird im Rahmen eines Gesamtenergie-Konzeptes in einem ersten Schritt ein Beitrag der Kernenergiewirtschaft eingeführt. Die Kernenergiewirtschaft ist im Vergleich zu anderen Energieproduzenten vom CO<sub>2</sub>-Emissionshandel nicht betroffen. Daraus resultieren für die Betreiber ganz erhebliche Zusatzgewinne. Zudem wird der Bund allein durch die Stilllegung und den Rückbau von kerntechnischen Anlagen – einschließlich voraussichtlicher Kosten für die Endlagerung von Atommüll -

erheblich belastet. Diese Lasten dürfen nicht allein durch die Allgemeinheit getragen werden, sondern die Verursacher müssen ebenfalls einen angemessenen Finanzierungsbeitrag leisten. Durch die Beteiligung der Kernenergiewirtschaft an den Sanierungskosten sowie die Reduktion der Windfall-Profits können jährlich 2,3 Mrd. € an zusätzlichen Einnahmen für den Bundeshaushalt generiert werden.

Die Bundesregierung setzt sich – über die Bankenabgabe hinaus – weiterhin für eine internationale Finanzmarktsteuer ein.
Nachdem im Rahmen der G20 kein Konsens zu erreichen war, wird sie sich für eine europäische Lösung stark machen. Hierfür stehen die Chancen nicht schlecht, da sich auch einige andere Mitgliedstaaten für Finanzmarktsteuern ausgesprochen haben. Die genaue Ausgestaltung einer solchen Steuer muss noch geprüft werden. Aber sicher ist: Es wird dafür gesorgt, dass auch der Finanzsektor einen substanziellen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten wird.

Um auch im Flugverkehr zu verstärkten Anreizen für umweltgerechtes Verhalten zu kommen, wird eine nationale ökologische Luftverkehrsabgabe für alle Passagiere erhoben, die von einem inländischen Flughafen abfliegen. Die ab 2012 erfolgende Einbeziehung des Luftverkehrs in den  ${\rm CO_2}$ -Emissionshandel wird berücksichtigt.

Auch die öffentliche Verwaltung leistet ihren Beitrag zur Konsolidierung: Die Verwaltungsausgaben des Bundes und Ausgaben in disponiblen Bereichen werden mittelfristig jedes Jahr pauschal um bis zu rund 4 Mrd. € reduziert. Durch den Verzicht auf die Wiederauflebung des Weihnachtsgeldes für Beamte ab dem Jahr 2011 werden die Bezüge gegenüber dem geltenden Recht um rund 2,5 % abgesenkt. Darüber hinaus wird die pauschale Stelleneinsparung mit einer erhöhten Quote von 1,5 % fortgeführt. Damit wird die grundsätzliche Funktionsfähigkeit der Verwaltung nicht infrage gestellt. Die Ressorts werden den damit einhergehenden

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Personalabbau durch Prioritätensetzung und Aufgabenkritik flankieren.

Im Besonderen wird das Bundesministerium der Verteidigung im Rahmen der derzeitigen Reformüberlegungen die Optimierung der Strukturen der Bundeswehr prüfen. In diese Überlegungen sind auch die Organisation und Zusammensetzung der Streitkräfte einschließlich des Personalumfangs der verschiedenen Statusgruppen einbezogen. Vor diesem Hintergrund wurde der Bundesminister der Verteidigung in Zusammenarbeit mit der Strukturkommission der Bundeswehr beauftragt, bis Anfang September 2010 aufzuzeigen, welche Folgen eine deutliche Reduzierung der

Streitkräfte um bis zu 40 000 Berufs- und Zeitsoldaten für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands, die Einsatz- und Bündnisfähigkeit, Fragen der Beschaffung, die Strukturen und den Gesamtumfang der Bundeswehr sowie die Wehrform und deren Ausgestaltung hätte. Darüber hinaus wird die Kommission beauftragt, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie durch eine bessere Arbeitsteilung im Bündnis Einsparpotentiale gewonnen werden können.

Die durch diese Spar- und Konsolidierungsanstrengungen gewonnenen finanziellen Spielräume sollen vor allem in die Bereiche Bildung und Forschung fließen:

#### Eckpunkte der Konsolidierungsbeschlüsse aus der Kabinettklausur am 6./7. Juni 2010

#### Mehreinnahmen durch Subventionsabbau und ökologische Neujustierung

- Abschaffung von Mitnahmeeffekten bei Energiesteuervergünstigungen (1,0 Mrd. € im Jahr 2011 und 1,5 Mrd. € für 2012 ff).
- Einführung einer ökologischen Luftverkehrsabgabe für alle Passagiere, die von einem inländischen Flughafen abfliegen. (1 Mrd. € p. a.).

#### **Beteiligung von Unternehmen**

- Einführung einer angemessenen Beteiligung der Kernenergiewirtschaft an den Sanierungskosten der Schachtanlage Asse II sowie Reduktion der Windfall-Profits aus dem Kostenvorteil der Einpreisung der CO<sub>3</sub>-Zertifikate (zusätzliche Einnahmen 2,3 Mrd. € p. a.).
- Vollständige Zuführung der Einnahmen aus der Bahndividende an den Bundeshaushalt ab 2011 in Höhe von 500 Mio. €.
- Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzmarktkrise (ab 2012: 2 Mrd. €)
- Reduzierung von Verlusten und Erzielung von zusätzlichen Einnahmen für den Fiskus im Insolvenzverfahren (ab 2011: 0,5 Mrd. €)

#### Ausgabenreduzierung durch

Stärkung von Beschäftigungsanreizen und Neujustierung von Sozialleistungen

Umwandlung von Pflichtleistungen bei der Arbeitsmarktförderung in **Ermessensleistungen** und **Straffung bei den Programmen** und Förderinstrumenten für junge Menschen zur

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit sowie sonstige **Effizienzverbesserungen** führen zu umfangreichen Entlastungen bei der Bundesagentur für Arbeit sowie im Bundeshaushalt (aufsteigend auf rund 5 Mrd. € bis 2014).

Abschaffung des befristeten Zuschlags beim Übergang von ALG I zu ALG II (ab 2011: 200 Mio. €).

Wegfall des **Zuschusses an die Rentenversicherung (RV) für ALG II**-Empfänger (ab 2011: 1,8 Mrd. €) sowie Wegfall einigungsbedingter Leistungen an die RV (ab 2011: 0,3 Mrd. €

Moderate Absenkung der Lohnersatzrate bei **Elterngeld**beziehern mit einem anzurechnenden Nettoeinkommen von über 1240 € im Monat von 67% auf 65% bei unverändertem Höchstbetrag beim Elterngeld von maximal 1800 € im Monat sowie Anrechnung des Elterngeldes für die Bezieher von Arbeitslosengeld II (ab 2011 insgesamt circa 600 Mio. €).

Abschaffung des **Heizkostenzuschusses** (ab 2011: 100 Mio. €) aufgrund mittlerweile gesunkener Energiekosten.

Anpassung der Bundeswehr an neue Anforderungen

Der Bundesminister der Verteidigung ist in Zusammenarbeit mit der **Strukturkommission** der Bundeswehr beauftragt, bis Anfang September 2010 aufzuzeigen, welche Folgen eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40 000 Berufs- und Zeitsoldaten für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands hätte (circa 4 Mrd. € in den Jahren 2013/14).

Einsparvorgaben für die Verwaltung

Die **flexiblen und disponiblen Ausgaben** des Bundeshaushalts werden mittelfristig pauschal um 3,9 Mrd. € p. a. reduziert. Dies betrifft auch Programmausgaben.

Darunter ist die Aussetzung der geplanten Erhöhung des Weihnachtsgeldes für Beamte im Jahr 2011 um weitere fünf Jahre, dies entspricht einer Absenkung der Beamtenbezüge gegenüber dem geltenden Recht um 2,5 % (500 Mio. € p. a.).

**Pauschale Stelleneinsparung:** Bis zum Jahr 2014 sollen mehr als 10 000 Stellen dauerhaft abgebaut werden.

Sonstiges: Verschiebung des Baubeginns des Berliner Stadtschlosses auf das Jahr 2014;
 Zinsersparnis durch Reduktion der NKA.

#### 5.2 Bildung und Forschung – zentrale Säulen für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands

Bildung und Forschung sind die zentralen Säulen für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und bilden die Grundlagen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Daher hat sich die christlich-liberale Koalition zu Beginn ihrer Regierungsarbeit darauf verständigt, die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung in den Jahren 2010 bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. € zu erhöhen. Ungeachtet der Sparanstrengungen wird dieses Ziel nicht infrage gestellt und findet in den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und die Finanzplanung bis 2014 Eingang. Es ist eine Aufteilung der Mittel auf

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Bildung und Forschung von jeweils 6 Mrd. € vorgegeben.

Im Bildungsbereich sollen Maßnahmen ergriffen werden, mit denen mehr Chancengerechtigkeit am Start, Durchlässigkeit und faire Aufstiegschancen für alle möglich werden. Im Regierungsentwurf 2011 und in der Finanzplanung bis 2014 werden vorrangig die Maßnahmen umgesetzt, die bereits eine gesetzliche Grundlage haben beziehungsweise im Gesetzgebungsverfahren so weit fortgeschritten sind, dass eine Finanzierung im Bundeshaushalt 2011 und danach unabweisbar ist. Dies gilt u.a. für die BAföG-Novelle, das nationale Stipendienprogramm sowie die Fortführung des Hochschulpaktes. Zudem werden als allgemeine Vorsorge für die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zu den bildungsbezogenen Bedarfen für Kinder mit ALG-II-Bezug ab dem Jahr 2011 Mittel in Höhe von 480 Mio. € p. a. in den Einzelplan 60 eingestellt.

Zudem hat sich die Bundesregierung auf die Verteilung der zusätzlichen Forschungsmittel in Höhe von 6 Mrd. € für den Bundeshaushalt 2011 und die Finanzplanung bis 2014 verständigt. Diese zusätzlichen Mittel sind auskömmlich, um neben der Verstärkung bereits bestehender Programme auch alle zukünftigen neuen Schwerpunktsetzungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich zu finanzieren. Damit wird im Übrigen auch dem Ziel Rechnung getragen, die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland auf 3 % des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Eine erste Rate in Höhe von 409 Mio. € wurde im Bundeshaushalt 2010 im Rahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung bereits umgesetzt.

# 6 Bundeshaushalt 2011 und Finanzplan bis 2014

# 6.1 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und der Finanzplan bis 2014 sehen die in Tabelle 3 aufgeführten Eckwerte vor.

Durch die Umsetzung des Zukunftspaketes gelingt es, nicht nur die Ausgaben im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt

Tabelle 3: Eckwerte zum Bundeshaushalt 2011 und Finanzplan bis 2014

	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplan	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
			in M	rd.€		
Ausgaben	292,3	319,5	307,4	301,0	301,5	301,1
Veränderung ggü. Vorjahr in %	+3,5	+9,3	-3,8	-2,1	+0,2	-0,1
jahresdurchschnittliche Veränderung 2010 bis 2014 in $\%$			-1,5			
Einnahmen						
Steuereinnahmen	227,8	211,9	221,8	232,8	241,8	250,3
Sonstige Einnahmen	30,2	27,4	28,1	28,1	28,1	26,7
davon Einnahmen aus Kapitalvermögen (u. a. Privatisierung)	2,2	2,3	2,6	3,3	3,3	0,2
Nettokreditaufnahme	34,1	80,2	57,5	40,1	31,6	24,1
nachrichtlich: Investitionen (ohne Darlehen an die BA)	27,1	28,3	27,3	26,9	26,4	26,0

Differenzen durch Rundung möglich.

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

2011 deutlich zurückzuführen, sondern auch über den gesamten Finanzplanungszeitraum einen spürbaren Rückgang der Ausgaben zu dokumentieren. Im Vergleich zum Bundeshaushalt 2010 sinken die Ausgaben im Entwurf der Bundesregierung um 3,8 %. Gleichwohl liegen die Ausgaben immer noch auf einem höheren Niveau als vor der Wirtschafts- und Währungskrise. Dies zeigt: Die Bundesregierung setzt auf eine maßvolle Reduzierung der Ausgaben, um so die sich langsam abzeichnende konjunkturelle Erholung nicht zu behindern. Hinter dem Ausgabenrückgang verbergen sich zum einen die konkreten Sparanstrengungen, aber zugleich auch die Mehrausgaben insbesondere für Bildung sowie Forschung und Entwicklung.

Ausgehend vom bisherigen Finanzplan, der für das Jahr 2011 noch eine Neuverschuldung in Höhe von 76,6 Mrd. € vorsah, wird der Bundeshaushalt durch Steuermindereinnahmen (insbesondere durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz) in Höhe von 4,6 Mrd. € sowie durch Mehrausgaben in Höhe von 1,9 Mrd. € für zusätzliche Mittel für Bildung und Forschung belastet. Dem stehen Entlastungen im Regierungsentwurf in Höhe von 10,4 Mrd. € durch überwiegend konjunkturelle Entlastungen des Arbeitsmarktes sowie Entlastungen in Höhe von 11,2 Mrd. € durch das von der Bundesregierung beschlossene Zukunftspaket gegenüber. Hinzu treten weitere Entlastungen in Höhe von 4 Mrd. €, u. a. durch einen Rückgang der Zinsausgaben. Die Nettokreditaufnahme wird im Regierungsentwurf 2011 eine Höhe von 57,5 Mrd. € erreichen.

Durch die Umsetzung der zur Einhaltung der neuen Schuldenregel erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen wird die Neuverschuldung am Ende des Finanzplanungszeitraumes rund 24,1 Mrd. € betragen und kann somit mehr als halbiert werden. Gleichwohl besteht für die Jahre ab 2014 weiterer Handlungsbedarf. Der Finanzplan enthält mit Blick auf die neue Schuldenregel eine Globale Minderausgabe

im Jahr 2014 in Höhe von 4,8 Mrd. €, die im nächsten Jahr aufgelöst werden muss. Für die Jahre 2015 und 2016 müssen im Rahmen der Hauhaltsaufstellung der nächsten Jahre weitere strukturelle Schritte unternommen werden, um bis 2016 die strukturelle Neuverschuldung auf 0,35 % des BIP – also unter 10 Mrd. € – abzusenken.

Die Investitionen sinken im Regierungsentwurf 2011 im Vergleich zum Bundeshaushalt 2010 um circa 1,0 Mrd. €. Hintergrund hierfür ist das Auslaufen zusätzlicher Investitionsmaßnahmen aus dem Maßnahmenpaket "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" der Bundesregierung (Konjunkturpaket I). Ungeachtet der umfangreichen Sparbemühungen bleiben die Investitionen unangetastet und werden auf hohem Niveau auch im Finanzplanungszeitraum fortgeschrieben. Damit soll ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass weiterhin wachstumsfördernde Maßnahmen im Mittelpunkt der Politik der Bundesregierung stehen.

Auf der Einnahmenseite bilden sich nicht nur die durch die günstigere wirtschaftliche Entwicklung steigenden Steuereinnahmen ab, sondern auch die Einnahmeverbesserung aus den im Zukunftspaket beschlossenen Maßnahmen.

# 6.2 Entwicklung wesentlicher finanz- und wirtschaftspolitischer Kennziffern

Insgesamt spiegeln sich die umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen auch in der Entwicklung ausgewählter volks- und finanzwirtschaftlicher Kennziffern wider:

So sinkt die Ausgabenquote (das Verhältnis der Ausgaben des Bundes zum BIP), die sich noch im Soll des Jahres 2010 auf 13,0 % beläuft, auf Basis des Regierungsentwurfs für das Jahr 2011 auf 12,2 %. Zum Ende des Finanzplanungszeitraums stabilisiert sich

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

die Ausgabenquote auf dem Niveau von rund 11%.

- Im Regierungsentwurf zum
  Bundeshaushalt 2011 wird der sogenannte
  Primärsaldo (der Saldo aus Einnahmen
  ohne Nettokreditaufnahme und den
  Ausgaben ohne Zinsen) 21,4 Mrd. €
  betragen und kann im Vergleich zum
  Soll 2010 mehr als halbiert werden. Im
  Finanzplanungszeitraum wird sich das
  Primärdefizit aufgrund der umfangreichen
  Konsolidierungsmaßnahmen in einen
  Primärüberschuss in Höhe von 9,0 Mrd. €
  im Jahr 2013 und 24,0 Mrd. € im Jahr 2014
  wandeln.
- Die Kreditfinanzierungsquote (der Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben) liegt im Soll 2010 auf dem historisch hohen Niveau von 25,1%. Mit dem Regierungsentwurf 2011 wird dieser Wert deutlich unterschritten und erreicht nur noch 18,7%. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums sinkt die Kreditfinanzierungsquote weiter auf 8%.
- Angesichts der Entlastungen des Bundeshaushalts gegenüber dem Soll dürfte auch das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit niedriger ausfallen als noch in der April-Maastricht-Notifikation mit 5 ½ % des BIP geschätzt, sofern es auf den übrigen staatlichen Ebenen (Länder, Gemeinden, Sozialversicherung) zu keiner wesentlichen Verschlechterung gegenüber der bisherigen Schätzung kommt. Gleichwohl wird das Defizit aufgrund der Folgewirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise nochmals deutlich gegenüber dem Vorjahr (3,1% des BIP) auf den voraussichtlich höchsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung ansteigen.
- Infolgedessen kommt es auch zu einer nochmaligen Zunahme der Schuldenstandsquote. Die Schuldenstandsquote wurde zur Maastricht-Notifikation für dieses Jahr auf 79% nach 73,1% im Vorjahr geschätzt.

#### 7 Wesentliche Politikbereiche

#### 7.1 Bildung und Forschung

Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP wurde beschlossen, die Ausgaben für Bildung und Forschung in den Jahren 2010 bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. € zu erhöhen. Die zusätzlichen Mittel für Forschung und Entwicklung in Höhe von 6 Mrd. € werden vorrangig für innovations- und wachstumsfördernde Maßnahmen eingesetzt, die zu mehr Beschäftigung in Deutschland führen können.

Dabei will die Bundesregierung die Kontinuität des Gesamtansatzes der Hightech-Strategie bewahren, aber auch neue Akzente setzen. Deutschland soll zum Vorreiter bei auf Wissenschaft und Technik beruhenden Lösungen zu globalen Herausforderungen auf den Feldern Klima/Energie, Gesundheit/Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation werden. Hierzu werden Zukunftsprojekte identifiziert, die schrittweise umgesetzt werden sollen.

Ferner setzt die Bundesregierung auf die Forschung durch institutionelle Zuwendungsempfänger und schafft die finanziellen Voraussetzungen, um für die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Leibniz-Gemeinschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft einen 5 %igen Aufwuchs der Mittel zu gewährleisten. Insbesondere werden die Übernahme des Forschungszentrums Dresden-Rossendorf als neues Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft sowie die Gründung "Deutscher Zentren der Gesundheitsforschung" finanziell unterlegt. Ziel ist, eine weltweit beachtete Forschungsinfrastruktur auszubauen und bei der Bekämpfung der großen Volkskrankheiten jeweils die Kompetenz der besten deutschen Forschungsinstitute zusammenzuführen.

Die zusätzlichen Mittel für Bildung in Höhe von 6 Mrd. € werden überwiegend für die

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher sowie für den Ausbau der Hochschulbildung verwendet: Um die demografischen Verluste zu kompensieren, müssen künftig mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integriert und mehr Fachkräfte ausgebildet werden. Besonderes Augenmerk kommt dabei der wachsenden Gruppe von Kindern und Jugendlichen zu, die derzeit bei allen Vergleichsuntersuchungen deutlich niedrigere Leistungen erbringen.

Ferner wird auch der erfolgreiche Hochschulpakt fortgesetzt, um ein ausreichendes Angebot an Studienplätzen zu gewährleisten. Darüber hinaus ist mit den Ländern ein Qualitätspakt Lehre vereinbart worden, mit dem in der Breite der Hochschullandschaft Maßnahmen zur Personalgewinnung, Personalqualifizierung und Weiterentwicklung der Lehrqualität gefördert werden sollen. Zudem wird das BAföG erneut angehoben, und es werden mehr Stipendien angeboten, die unabhängig von der sozialen Herkunft vergeben werden. Dadurch soll die Zahl der Studierenden erhöht werden.

#### 7.2 Entwicklungszusammenarbeit

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit erhebliche finanzielle Steigerungen beschlossen, die sich überwiegend im Einzelplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), aber auch in den Etats anderer Ressorts wiederfinden. Dieses hohe Niveau wird trotz der enormen haushalterischen Belastungen durch die Wirtschafts- und Finanzkrise auch im Jahr 2011 beibehalten.

Das BMZ erhält zusätzlich zu den Ansätzen des um die Einsparungen im flexibilisierten und disponiblen Bereich bereinigten Finanzplans im Jahr 2011 Mittel in Höhe von 249,9 Mio. €, die in den Jahren 2012 bis 2014 kompensiert werden. Diese zusätzlichen Mittel dienen der Finanzierung bereits getroffener Zusagen [Stichworte: L'Aquila, Klimaschutzabkommen,

Afghanistan, einschließlich der deutschen Zusage auf dem G8-Gipfel 2010 in Kanada zu Mütter-/Kindgesundheit in Höhe von 80 Mio. € p. a. für den Zeitraum 2011 bis 2015 (insgesamt 400 Mio. €)]. Insgesamt wird so der Sollansatz des Jahres 2010 in Höhe von 6 070 Mio. € im Jahr 2011 fortgeschrieben. Hinzu treten 3 Mio. € aus dem 12 Mrd. €-Programm für Bildung und Forschung. In den Finanzplanjahren 2012 bis 2014 kommen dem BMZ hieraus insgesamt weitere 22 Mio. € für Forschung zugute. Die Einsparungen in Folge der vorgesehenen Zusammenlegung von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH (GTZ), der Internationalen Weiterbildungs und Entwicklungs gGmbH (InWEnt) und der Deutschen Entwicklungsdienst GmbH (DED) verbleiben im Einzelplan 23.

Die Bundesregierung bekennt sich weiterhin zu ihren internationalen entwicklungspolitischen Verpflichtungen. Gleichwohl wird mit einer voraussichtlichen ODA(Official Develpment Assistence)-Quote von circa 0,40 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) im Jahr 2010 das erste Zwischenziel des EU-ODA-Plans von 0,51% (für 2010) nicht erreicht. Zur Erreichung des von der Bundesregierung auch auf dem G8-Gipfel in Gleneagles für das Jahr 2015 bestätigten weiteren ODA-Zieles von 0,7 % des BNE sind die in der Finanzplanung ab dem Jahr 2012 vorgesehenen allgemeinen Haushaltsmittel nicht ausreichend. Vielmehr müssen über innovative Finanzierungsinstrumente zusätzliche Einnahmequellen für die Entwicklungszusammenarbeit erschlossen werden. Eine innovative Finanzierungsquelle besteht im Emissionshandel, von dem die Bundesregierung seit dem Jahr 2008 einen Teil der Einnahmen für die Entwicklungszusammenarbeit und damit für die ODA-Quote einsetzt.

#### 7.3 Innenpolitik

Für den Einzelplan des Bundesministeriums des Innern sind Ausgaben in Höhe von rund

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

5 387 Mio. € im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 vorgesehen.

Hiervon entfällt mit rund 3,7 Mrd. € wiederum der überwiegende Teil auf den Bereich der Inneren Sicherheit. Auch angesichts der notwendigen Haushaltskonsolidierung wird die Finanzierung dieses Bereichs auf hohem Niveau fortgeführt. Neben den Mitteln für die Bundespolizei in Höhe von rund 2,4 Mrd. € und das Bundeskriminalamt in Höhe von rund 393 Mio. €, stehen u. a. auch Mittel in Höhe von rund 107 Mio. € für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sowie für das Technische Hilfswerk in Höhe von rund 176 Mio. € zur Verfügung, die damit ihre Aufgaben weiterhin auf hohem Niveau fortsetzen können. Bei weiteren Sparanstrengungen, zu denen auch der Bereich der Innenpolitik seinen Beitrag leisten muss, wird eine noch stärkere Priorisierung der Verwendung der Mittel unausweichlich sein.

Aufgrund des erwarteten höheren Zuspruchs und der Ausweitung der Integrationskurse für spezielle Zielgruppen, wie z. B.

Jugendkurse, sind für die Durchführung von Integrationskursen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusätzlich 44 Mio. € aus dem 12 Mrd. €-Programm für Bildung und Forschung vorgesehen. Der Integrationskurs bildet das Kernstück der staatlichen Maßnahme zur Förderung der Integration im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit. Im Finanzplanungszeitraum ist eine Verstetigung des Aufwuchses auf jährlich 50 Mio. € vorgesehen.

#### 7.4 Verteidigung

Die deutschen Streitkräfte müssen sowohl zur Landes- und Bündnisverteidigung bereit sein als auch – eingebunden in die internationale Staatengemeinschaft – zur Lösung von internationalen Konflikten beitragen und in Krisenfällen Hilfe leisten können. Der Verteidigungshaushalt liegt im Haushaltsjahr 2011 mit rund 31,5 Mrd. € um rund 0,4 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres.

Wesentliche Erhöhungen (0,8 Mrd. €) im Einzelplan ergeben sich zum einen aus der im Jahr 2011 beginnenden Überführung der Bundeswehrliegenschaften im Wehrbereich Nord in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Zudem werden die Titelansätze für internationale Einsätze um rund 0,2 Mrd. € erhöht. Hierdurch wird sichergestellt, dass eine optimale Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsätzen finanziert werden kann. Da auch der Verteidigungshaushalt im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag zu den erforderlichen Einsparungen im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 zu erbringen hat, werden Globale Minderausgaben veranschlagt. Nach den Entscheidungen über die strukturellen Veränderungen bei der Bundeswehr kann konkretisiert werden, wie diese Globalen Minderausgaben erbracht werden. Wie in den Vorjahren kann die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem Vermögen bis zu einer Höhe von rund 520 Mio. € verstärkt werden.

#### 7.5 Umwelt

Umwelt-, Klima- und Naturschutz, nachhaltiges Wachstum, Energieeffizienz und Innovation sind wichtige Ziele der Umweltpolitik. Im Einzelplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sind hierfür insgesamt 1640 Mio. € veranschlagt. Darüber hinaus sind für die Querschnittsaufgabe Umweltschutz weitere Ausgaben in anderen Einzelplänen enthalten. Im Saldo steigen die Ausgaben des BMU im Jahr 2011 gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan um 28 Mio. € an. Hervorzuheben sind dabei folgende Veränderungen:

Im Bereich der Endlagerung radioaktiver Abfälle besteht für den Ausbau des Endlagers Konrad ein Mehrbedarf in Höhe von 59 Mio. €, der durch die Nutzer refinanziert wird. Nach Ablauf des Moratoriums, die Erkundung

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

des Salzstocks Gorleben für bis zu zehn Jahre zu unterbrechen, beabsichtigt die Bundesregierung nunmehr, die Arbeiten zur Erkundung einer Eignung als Endlager ergebnisoffen wiederaufzunehmen. Hierfür werden zusätzlich 26 Mio. € benötigt, die ebenfalls von den Nutzern refinanziert werden.

Aufbauend auf der im Jahr 2007 beschlossenen nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt werden in den Jahren 2011 bis 2014 jährlich 15 Mio. € für ein neues Bundesprogramm "Biologische Vielfalt" bereitgestellt, um mit konkreten Förderschwerpunkten die Artenvielfalt und bedrohte Lebensräume zu erhalten.

Im Rahmen des 12-Mrd.-€-Programms für Forschung und Bildung werden in den Jahren 2011 bis 2013 zusätzlich insgesamt 129 Mio. € für die Umweltforschung bereitgestellt. Im Bundeshaushalt 2010 erhielt das BMU hierfür bereits einen Aufwuchs in Höhe von 10 Mio. €.

Beim größten Titel des BMU-Haushalts "Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien" – darin enthalten sind das Marktanreizprogramm sowie die Programme der Nationalen Klimaschutzinitiative – wurde der Ansatz gegenüber dem Finanzplan abgesenkt. Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 stehen nunmehr 380 Mio. € zur Verfügung, im Jahr 2012 sind es 350 Mio. € und in den beiden Folgejahren jeweils 340 Mio. €. Der bislang geltende Finanzplan sah hier jährliche Ansätze in Höhe von 467 Mio.€ vor. Das BMU bereitet unverzüglich eine strukturelle Reform der Förderrichtlinie vor, um den Fördermittelbedarf an die neue Finanzplanung anzupassen.

Die Einnahmen des Einzelplans sinken gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan um 831 Mio. €: Die Maßnahmen beim Endlager Konrad und dem Erkundungsbergwerk Gorleben führen im Jahr 2011 – aufgrund der Refinanzierung durch die Nutzer – zu Mehreinnahmen von insgesamt 85 Mio. €.

Darüber hinaus ist die bereits mit dem Haushalt 2010 erfolgte Verlagerung der Erlöse aus dem Handel mit  $\mathrm{CO_2}$ -Emissionszertifikaten in den Einzelplan 60 zu berücksichtigen.

# 7.6 Wirtschafts- und Technologieförderung

Ein Schwerpunkt des Wirtschaftsetats ist weiterhin der Bereich Forschung und Entwicklung. Gegenüber der bisher geltenden Finanzplanung werden die dafür vorgesehenen Mittel im Jahr 2011 um 182 Mio. € aufgestockt. Im Zeitraum 2011 bis 2014 sind es insgesamt mehr als 1,5 Mrd. €. Diese kommen vor allem dem innovativen Mittelstand zugute; insbesondere die Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) werden deutlich verstärkt. Damit bleibt das ZIM auch nach dem Auslaufen der Konjunkturprogramme eines der wichtigsten Instrumente der Innovationsförderung: Im Jahr 2011 stehen 390 Mio. € und in den Folgejahren jeweils über 500 Mio. € zur Verfügung. Einen neuen Schwerpunkt bildet die Förderung der Elektromobilität. Daneben profitieren auch andere FuE-Bereiche, so etwa die Raumfahrtforschung. Insgesamt stehen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im kommenden Jahr FuE-Mittel in einer Größenordnung von über 2,4 Mrd. € zur Verfügung.

Vorhaben, die im Koalitionsvertrag als vordringlich vereinbart und bereits 2010 gestartet worden sind, werden fortgesetzt. Dazu zählen die Informationsoffensive Existenzgründung (jährlich 5 Mio. € bis 2013) und der Kreditmediator (5 Mio. € im Jahr 2011). Außerdem wird die im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens zum Bundeshaushalt 2010 beschlossene Förderung von Vorhaben zur Leistungssteigerung der Gesundheitswirtschaft bis 2013 mit jährlich 3 Mio. € verstetigt.

An der Konsolidierung der Bundesfinanzen beteiligt sich der Wirtschaftsetat im Jahr 2011 mit rund 56 Mio. €. Dieser Betrag wächst bis 2014 auf insgesamt 397 Mio. € auf. Davon

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

entfallen insgesamt rund 266 Mio. € auf die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Andererseits wird die GRW durch zu erwartende Rückeinnahmen in Höhe von jährlich etwa 50 Mio. € verstärkt. Im Übrigen wird aufgrund der Entwicklung des Weltmarktpreises für Steinkohle ein Minderbedarf bei den Steinkohlehilfen in einer Größenordnung von jährlich 200 Mio. € gegenüber dem bislang geltenden Finanzplan erwartet.

#### 7.7 Verkehr und Wohnungswesen

Der Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) ist der größte Investitionshaushalt des Bundes. Von den Gesamtausgaben des Einzelplans 12 in Höhe von rund 25,0 Mrd. € entfallen rund 13,5 Mrd. € (rund 54%) auf Investitionsausgaben.

Die Bundesregierung führt – ungeachtet des hohen Konsolidierungsbeitrags des Einzelplans – die Verkehrsinvestitionen auf hohem Niveau fort. Für Ersatzinvestitionen und Aus- und Neubauten bei Straßen, Schienenwegen und Wasserstraßen sowie für den Kombinierten Verkehr stehen im Verkehrshaushalt Investitionsmittel in Höhe von rund 9,8 Mrd. € zur Verfügung und damit mehr als in den Jahren vor Beginn der Finanz- und Konjunkturkrise. Zusätzlich zu den Investitionsmitteln im Bundeshaushalt können die noch verfügbaren Mittel aus dem Investitions- und Tilgungsfonds eingesetzt werden, sofern die Projekte bis Ende 2010 begonnen werden. Zu den Verkehrsinvestitionen tragen auch die Einnahmen aus der Lkw-Maut bei, die zugleich teilweise auch für Ausgleichsmaßnahmen an das Güterverkehrsgewerbe eingesetzt werden. Ab 2011 soll die Lkw-Maut auf vierstreifige Bundesstraßen ausgedehnt werden, um unerwünschte Ausweichverkehre zu vermeiden. Dazu werden derzeit noch die rechtlichen und technischen Umsetzungsvoraussetzungen geprüft.

Zur Einhaltung der Schuldenregel des Grundgesetzes war es unumgänglich, größere Einsparungen im Einzelplan vorzunehmen. Ungeachtet der signifikanten Sparvorgaben können das  ${\rm CO}_2$ -Gebäudesanierungsprogramm und die Städtebauförderung fortgeführt werden, die jeweiligen Programmmittel mussten jedoch gegenüber der bisherigen Finanzplanung um die Hälfte reduziert werden.

#### 7.8 Renten- und Krankenversicherung

Im Jahr 2011 erhält die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zur pauschalen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben einen Bundeszuschuss in Höhe von 13,3 Mrd. €. Darüber hinaus hat das Bundeskabinett beschlossen, im Hinblick auf die angespannte Finanzsituation in der GKV einen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von 2 Mrd. € bereitzustellen, der zur Stabilität der Beiträge beitragen soll. Insgesamt werden somit für diesen Zweig der Sozialversicherung 15,3 Mrd. € zur Verfügung gestellt.

Sofern die Mittel des Gesundheitsfonds nicht ausreichen, um alle Zuweisungen an die Krankenkassen zu erfüllen, leistet der Bund darüber hinaus ein nicht zu verzinsendes, im Haushaltsjahr zurückzuzahlendes Darlehen. Hierfür ist im Haushaltsgesetz 2011 ein Ermächtigungsrahmen von 2 Mrd. € vorgesehen.

Die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung machen mit rund 80,1 Mrd. € wie in den vergangenen Jahren den mit Abstand größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt aus. Vor 25 Jahren lag der Anteil an den Bundesausgaben noch bei 13,0 %, seitdem hat er sich verdoppelt und beträgt im Regierungsentwurf 2011 rund 26,1 %. In diesem Zeitraum haben sich die Ausgaben des Bundes für die Rentenversicherung nominal fast verfünffacht, die Ausgaben der Rentenversicherung haben sich fast verdreifacht.

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Das Bundeskabinett hat ab 2010 den künftigen Wegfall der Erstattung von einigungsbedingten Leistungen an die Rentenversicherung beschlossen. Hieraus ergibt sich im Jahr 2011 eine Entlastung des Bundeshaushalts von rund 0,3 Mrd. €, die in den kommenden Jahren sukzessive abnimmt.

#### 7.9 Arbeitsmarkt

Im Jahr 2011 entfallen rund 14,6 Mrd. € auf die Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit (BA), darunter 8 Mrd. € für die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Aufkommen eines Umsatzsteuerpunktes) und rund 6,6 Mrd. € für die im Jahresverlauf an die BA als Liquiditätshilfen geleisteten Bundesdarlehen. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung wächst bis zum Jahr 2014 um jährlich rund 0,2 Mrd. €. Ein weiteres Darlehen an die BA ist nach jetziger Einschätzung nur noch im Jahr 2012 erforderlich (rund 2,2 Mrd. €). Ab 2013 wird aufgrund der vom Kabinett beschlossenen Sparmaßnahmen davon ausgegangen, dass die BA voraussichtlich wieder einen Überschuss erwirtschaften kann (2013: 0,6 Mrd. €, 2014: 2,4 Mrd. €), sodass mit der Rückzahlung der gestundeten Darlehen begonnen werden kann.

Der Haushalt der BA wird im Jahr 2011 weiterhin durch hohe Ausgaben für Arbeitslosengeld I und konjunkturelles Kurzarbeitergeld (einschließlich der Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen) belastet. Zum 1. Januar wird der Beitragssatz zur Arbeitsförderung moderat von 2,8 % auf 3,0 % steigen.

Das Zukunftspaket der Bundesregierung vom 7. Juni 2010 sieht vor, die Ausgaben der BA im Jahr 2011 um 1,5 Mrd. €, um 2,5 Mrd. € im Jahr 2012 und in den Jahren 2013 und 2014 um jeweils 3 Mrd. € zu senken. Die beschlossene Absenkung des Verwaltungs- und Eingliederungsbudgets SGB II auf 9,5 Mrd. € (2011), 8,5 Mrd. € (2012), 8 Mrd. € (2013) und 8 Mrd. € (2014) hat zur Folge, dass der von der Bundesagentur für Arbeit an den Bund zu

leistende Eingliederungsbeitrag ebenfalls sinkt.

Aufgrund der gegenüber dem Jahr 2009 erheblich verbesserten konjunkturellen Entwicklung kann für die Jahre 2010 und 2011 von Ausgabensenkungen für die Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgegangen werden. Im Jahr 2010 werden im Bundeshaushalt nur noch rund 26 Mrd. € für passive Leistungen (ALG II sowie Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft) erwartet. Durch die Abschaffung der Beitragszahlung des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung für Zeiten des Bezugs von ALG II, die Anrechenbarkeit des Elterngeldes auf ALG II sowie die Streichung des befristeten Zuschlags nach Bezug von Arbeitslosengeld werden die Ausgaben im Jahr 2011 bei rund 24,3 Mrd. € liegen. Eine Anpassung der monatlichen Regelleistung erfolgt dieses Jahr nicht, da der aktuelle Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung unverändert bleibt.

Das Gesamtbudget für die Eingliederungsund Verwaltungsausgaben wird aufgrund des günstigen Verlaufs der konjunkturellen Entwicklung und eines verstärkt auf das Kernziel der Vermittlung in Arbeit konzentrierten Einsatzes der Mittel abgesenkt: auf 9,5 Mrd. € im Jahr 2011, auf 8,5 Mrd. € für 2012 und in den Jahren 2013 und 2014 auf 8 Mrd. €.

Im Rahmen des Zukunftspakets hat die Bundesregierung neben den obengenannten Maßnahmen auch weitere Effizienzverbesserungen beschlossen, die zu Einsparungen in Höhe von 1,5 Mrd. € für das Jahr 2013 und 3 Mrd. € für das Jahr 2014 führen werden. Diese Beträge wurden für die jeweiligen Haushaltsjahre zunächst von dem Ansatz für das ALG II in Abzug gebracht.

Die Einsparungen sind zum einen in der Reform der Arbeitsmarktinstrumente begründet. Diese sollen präziser auf das Ziel der Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet werden. Darüber hinaus wird die

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Steuerung der gemeinsamen Einrichtungen und zugelassenen kommunalen Träger mit der Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab dem Jahr 2011 verbessert. Die sich hieraus ergebenden Effizienzsteigerungen sind wegen der erforderlichen organisatorischen Umstellung in den Jahren 2011 und 2012 zunächst in eher geringem Umfang zu erwarten. Auch die Neuregelung der Erwerbstätigenfreibeträge hat das Ziel, die gesetzlichen Regelungen effektiver zu gestalten. Die Summe der Maßnahmen soll dazu beitragen, das oben genannte Sparziel zu erreichen.

#### 7.10 Familie

Ein wichtiger Teil der Bundesleistungen für Familien bildet sich im Etat des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ab. Als Beitrag auf dem Weg zu mittel- und langfristig tragfähigen Finanzen wird jedoch ein Beitrag in Höhe von 595 Mio. € jährlich insbesondere durch die Anrechnung des Elterngeldes bei Beziehern von ALG II, die Absenkung der Lohnersatzrate beim Elterngeld von 67% auf 65% und die Straffung der Einkommensberechnung erbracht. Dies wurde mit dem Zukunftspaket der Bundesregierung beschlossen. Dies führt im Einzelplan des BMFSFJ zu Einsparungen in Höhe von 155 Mio. € gegenüber dem Soll 2010 beim Elterngeld. Der Ansatz des Elterngeldes beträgt somit 4 325 Mio. € im Jahr 2011. Die Anrechnung des Elterngeldes beim ALG II bildet sich in Höhe von 440 Mio. € im Einzelplan des BMAS ab. Ferner wird bei den disponiblen Ausgaben ein Beitrag zur Konsolidierung erbracht. Der Einzelplan des BMFSFJ enthält im Regierungsentwurf im Jahr 2011 insgesamt 6 437 Mio. € und sinkt gegenüber dem bisherigen Finanzplan um rund 83 Mio. €.

Bei den übrigen gesetzlichen Leistungen wird ein Mehrbedarf im Zusammenhang mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz beim Unterhaltsvorschuss und beim Kindergeld berücksichtigt (50 Mio. € beziehungsweise 5 Mio. € mehr gegenüber Finanzplan).

Weiter werden die übrigen gesetzlichen
Leistungen an die veränderten Bedarfe
angepasst. So erhöht sich 2011 der Ansatz
für den Kinderzuschlag um 10 Mio. €,
die Verwaltungskostenerstattung an die
Bundesagentur für Arbeit für den Vollzug des
Bundeskindergeldgesetzes um 9,5 Mio. € und
die Zuweisung an die Contergan-Stiftung um
1,1 Mio. € gegenüber Finanzplan.

Ferner wird die Umgestaltung des Zivildienstes im Wehrrechtsänderungsgesetz berücksichtigt. Durch die Verkürzung des Zivildienstes von neun auf sechs Monate entstehen Einsparungen. Unabhängig davon wird 2011 mit einer höheren Zahl von Zivildienstleistenden gerechnet, die zu Mehraufwand führt. Damit weiterhin insbesondere soziale Dienste erbracht werden können, wird als zusätzliche Maßnahme des Wehrrechtsänderungsgesetzes ein freiwilliger Zivildienst von drei bis sechs Monaten Dauer geschaffen. Dieser wird im Regierungsentwurf 2011 mit 75 Mio. € ausgestattet. Mit dem gleichen Ziel werden 30 Mio. € von Kapitel 1704 (bisherige Maßnahmen nach § 14 c Zivildienstgesetz) nach Kapitel 1702 zur Erhaltung und Stärkung von Freiwilligendiensten umgesetzt. Insgesamt beträgt der Ansatz von Kapitel 1704 jetzt 567 Mio. €.

Zudem werden im Rahmen der Qualifizierungsinitiative in den Jahren 2011 bis 2013 insgesamt 331 Mio. € für die frühkindliche Bildung sowie für Bildungsmaßnahmen benachteiligter Schülerinnen und Schüler vorgesehen.

# 7.11 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der Regierungsentwurf 2011 sieht für den Etat des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Ausgaben in Höhe von insgesamt 5 482 Mio. € vor. Damit leistet auch das BMELV einen erforderlichen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts.

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Bis zum Jahr 2014 reduziert sich der Etat weiter auf dann rund 5 123 Mio. €. Die wesentlichen Einsparungen erfolgen bei der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK), durch den Verzicht auf die Zinsverbilligung von Krediten zur Liquiditätssicherung im Jahr 2011 sowie bei Einsparungen in den Verwaltungshaushalten.

Bei den gesetzlichen Maßnahmen der landwirtschaftlichen Sozialpolitik wird es in den kommenden Jahren aus einer Reihe von Gründen, insbesondere der demografischen Entwicklung, einen geringeren Bedarf an Bundesmitteln im Vergleich zu der bisherigen Einschätzung geben. Auch der Kern des Sonderprogramms für die Landwirtschaft, das Grünlandmilchprogramm, bleibt unverändert bestehen. Verbraucherschutz sowie Forschung und Entwicklung werden als Schwerpunkte fortgeführt.

Parallel zu den Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Besteuerung des Agrardiesels ist beabsichtigt, die Betriebe der Forst- und Landwirtschaft zusätzlich zu unterstützen, indem die Einschränkungen bei der Agrardiesel-Steuervergütung durch den Selbstbehalt von 350 € und die Obergrenze von 10 000 Liter je Betrieb gestrichen werden.

#### 8 Einnahmen

Neben den Steuerrechtsänderungen prägt die in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung das Ergebnis der Steuerschätzung. Für den gesamten mittelfristigen Schätzzeitraum wird eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung erwartet, die deutsche Wirtschaft wird voraussichtlich bis zum Jahr 2014 wieder zu einer konjunkturellen Normallage zurückgekehrt sein. Die Bundesregierung geht in ihrer Frühjahrsprojektion für das nominale BIP von einem Zuwachs von +1,8 % im Jahr 2010 aus, gefolgt von +2,4 % im Jahr 2011, und

prognostiziert für die Mittelfrist bis 2014 eine stärkere Zunahme von jährlich +2,9%.

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" erwartet vor diesem Hintergrund für das Jahr 2011 Steuereinnahmen in Höhe von 515,0 Mrd. €, davon entfallen auf den Bund 217,3 Mrd. €. Für die Folgejahre werden Aufkommenssteigerungen von 539,8 Mrd. € im Jahr 2012 (Bund: 225,9 Mrd. €) über 561,3 Mrd. € im Jahr 2013 (Bund: 234,8 Mrd. €) auf 581,5 Mrd. € im Jahr 2014 (Bund: 243,4 Mrd. €) vorausgesagt.

Ab dem Jahr 2011 werden die durch die Wirtschaftskrise und die zu ihrer Bewältigung ergriffenen steuerlichen Maßnahmen gesunkenen Steuereinnahmen insgesamt zwar wieder von Jahr zu Jahr ansteigen. Die Steuereinnahmen des Bundes werden aber voraussichtlich erst 2014 wieder das Niveau des Jahres 2008 erreichen.

### 9 Personal und Verwaltung

Der Stellenbestand des Bundes im zivilen Bereich wird zum Ende des Jahres 2010 (= Soll 2011) ohne Ersatz(plan)stellen und unter Einbeziehung der Stelleneinsparungen aus dem Haushaltsgesetz 2010 (diese werden erst im parlamentarischen Verfahren rechnerisch berücksichtigt) rund 256 000 Planstellen und Stellen betragen (Soll Haushalt 2010: rund 259 500 Stellen). Verglichen mit der Bevölkerungszahl ergibt sich für 2011 ein Verhältnis 1: 321 (eine Stelle beim Bund je 321 Einwohner). Im Jahre 1991 betrug dieses Verhältnis noch 1: 213.

Aufgrund von Aufgabenveränderungen in den Ressorts wurde auch im Entwurf des Bundeshaushalts 2011 die Neubewilligung von Planstellen und Stellen notwendig (insgesamt 1172 Planstellen und Stellen). Diese neuen Stellen sind jedoch mehr als kompensiert worden. So sind insgesamt im Bundeshaushalt 1475 Stellen weggefallen und rund 300 neue kw-Vermerke ausgebracht worden. Auf diese

Entwurf des Bundeshaushalts 2011 und des Finanzplans 2010 bis 2014

Weise ist es auch ohne die Berücksichtigung der Stelleneinsparung gelungen, den Personalbestand um rund 300 Planstellen und Stellen zu reduzieren.

Die Personalausgabenquote – der Anteil der Personalausgaben am Bundeshaushalt – beträgt 9 % im Regierungsentwurf 2011. Im Jahr 1991 betrug sie 12,1 %.

Ungeachtet dieser rückläufigen Entwicklung muss an der Fortführung der seit 1993 durchgeführten pauschalen haushaltsgesetzlichen Stelleneinsparung festgehalten werden. Dabei ist eine erneute Anhebung der Quote von 1% im Jahr 2010 auf 1,5 % für 2011 unverzichtbar. Hintergrund ist die neue grundgesetzliche Schuldenregel, die einen adäquaten Konsolidierungsbeitrag der Verwaltung erfordert. Dazu gehört, dass der Mehrbedarf aus der Tarif- und Besoldungsrunde 2010 (zumindest teilweise) durch weiteren Stellenabbau auszugleichen ist. Die grundsätzliche Funktionsfähigkeit der Verwaltung wird hierdurch nicht in Frage gestellt. Regierung und Verwaltung bleiben aufgefordert, dies durch Prioritätensetzung sicherzustellen. Damit wirkt die pauschale Einsparverpflichtung zugleich als fortwährender Anreiz zur Aufgaben- und Organisationskritik.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

# Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

## Auswirkungen der Krise und der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung

1	Überblick über das Gesamtergebnis	55
1.1	Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten	55
1.2	Entwicklung der Verteilung der Steuereinnahmen	56
1.3	Steuereinnahmen und Steuerschätzung	57
2	Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten	58
2.1	Steuern vom Umsatz	61
2.2	Lohnsteuer	63
2.3	Veranlagte Einkommensteuer	64
2.4	Körperschaftsteuer	65
2.5	Gewerbesteuer	66
2.6	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Abgeltungsteuer auf Zins- und	
	Veräußerungserträge	67
2.7	Solidaritätszuschlag	68
2.8	Energiesteuer	68
2.9		68
3	Fazit	69

- Die Steuereinnahmen sind 2009 insgesamt um 6,6 % gesunken.
- Die Wirtschaftskrise schlug insbesondere auf das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern und der Einfuhrumsatzsteuer durch.
- Maßnahmen zur Entlastung der Bürger und zur Überwindung der Rezession haben zusätzlich aufkommensmindernd gewirkt.

### 1 Überblick über das Gesamtergebnis

# 1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen nach Steuerarten

Die Steuereinnahmen betrugen im Jahr 2009 nach endgültigen Ergebnissen insgesamt 524,0 Mrd. €. Sie lagen damit - 6,6% beziehungsweise - 37,2 Mrd. € unter dem Niveau des Vorjahres. In der Tabelle 1 sind die Steuereinnahmen nach Ertragshoheit gegliedert und in ihrer Veränderung gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Der Rückgang von - 25,8 Mrd. € bei den gemeinschaftlichen Steuern war vor allem zurückzuführen auf die Einbußen bei den gewinnabhängigen Steuern. Lediglich die Steuern vom Umsatz konnten knapp das Vorjahresergebnis behaupten (+ 0,6 %). Die Lohnsteuer verzeichnete ein Minus von - 4,7 %, nicht zuletzt aufgrund der höheren Leistungen bei Kindergeld und Altersvorsorgezulage. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (- 54,8 %), aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (- 24,7 %) und aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (- 7,6 %) nahmen deutlich ab, weil die Unternehmens- und

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

Tabelle 1: Steuereinnahmen nach Ertragshoheit

		altsjahr lio. €	Änderung ggü. Vorjahr		
	2009	2008	in Mio. €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern <sup>1</sup>	370 676	396 472	-25 796	-6,5	
Bundessteuern	89 318	86302	3 016	3,5	
Ländersteuern	16375	21 937	-5 562	-25,4	
Gemeindesteuern <sup>2</sup>	44 028	52 468	-8 440	-16,1	
Zölle	3 604	4 002	- 399	-10,0	
Steuereinnahmen insgesamt	524 001	561 182	-37 181	-6,6	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Einschließlich Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

Vermögenseinkommen krisenbedingt zurückgingen. Wenn die veranlagte Einkommensteuer sich um - 19,1% verringerte, so lag das allerdings nicht nur am dämpfenden Einfluss verminderter Gewinne, sondern insbesondere auch an der Wiedereinführung der Pendlerpauschale und den daraus resultierenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer für die Jahre 2007 und 2008.

Bei den Bundessteuern erhöhten sich die Einnahmen aus der Energiesteuer (+1,5%), der Versicherungsteuer (+ 0,7 %) und der Stromsteuer (+0,3%). Dem standen jedoch Aufkommensverluste bei der Tabaksteuer (-1,5%) und beim Solidaritätszuschlag (-9,3%) gegenüber. Insgesamt übertrafen die Bundessteuern das Vorjahresniveau um + 3,5 %. Allerdings war dieser Zuwachs eine Konsequenz der zum 1. Juli 2009 erfolgten Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer, deren Einnahmen seither dem Bund und nicht mehr den Ländern zustehen. Ohne die Zuflüsse aus dieser neuen Quelle - denen eine Kompensationszahlung an die Länder gegenübersteht - wären die Bundessteuern hinter ihrem Vorjahresniveau zurückgeblieben (-0,9%).

Bei den Ländersteuern (- 25,4 %) schlägt sich der Wegfall der Ertragshoheit für die Kraftfahrzeugsteuer spiegelbildlich nieder. Bei einer Bereinigung um diesen Effekt wäre der Rückgang weniger ausgeprägt gewesen (-8,5%). Unter den reinen Ländersteuern weisen die Grunderwerbsteuer (-15,2%) und die Erbschaftsteuer (-4,6%) die höchsten Einbußen auf.

Der Rückgang bei den Gemeindesteuern um - 10,0 % war ausschließlich durch den drastischen Einbruch bei der Gewerbesteuer verursacht, die die Auswirkungen der Finanzund Wirtschaftskrise mit am deutlichsten zu spüren bekam.

## 1.2 Entwicklung der Verteilung der Steuereinnahmen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2009 auf Bund, Länder, Gemeinden und EU sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind der Tabelle 2 zu entnehmen.

Die Gemeinden und die EU hatten mit jeweils - 11,2% den größten Verlust an Steuereinnahmen zu verzeichnen. Dies ist bei den Gemeindesteuern nicht allein dem Rückgang bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer geschuldet, sondern auch der Tatsache, dass sich durch die Einbußen bei den gemeinschaftlichen Steuern auch der Gemeindeanteil am Aufkommen dieser Steuern deutlich verringerte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen

		altsjahr io.€	Änderung ggü. Vorjahr		
	2009	2008	in Mio. €	in%	
Bund 1	227 996	239 180	-11 184	-4,7	
Länder <sup>1</sup>	207 119	221 921	-14803	-6,7	
Gemeinden	68 386	77 000	-8 614	-11,2	
EU	20 50 1	23 081	-2 580	-11,2	
Steuereinnahmen insgesamt	524 001	561 182	-37 181	-6,6	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Die Mindereinnahmen addieren sich für alle Ebenen zusammengenommen wieder zu dem bereits in Tabelle 1 ausgewiesenen Rückgang um - 6,6 %.

# 1.3 Steuereinnahmen und Steuerschätzung

In Tabelle 3 werden die Einnahmeergebnisse, untergliedert nach Ebenen, den Schätzergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" gegenübergestellt.

Blickt man auf die Steuereinnahmen insgesamt, so lag schon der Ansatz der Steuerschätzung vom Mai 2009 recht nahe beim späteren Ist. Gemessen an den tatsächlich im gesamten Jahr erzielten Einnahmen bewegt sich der Schätzfehler in einer Größenordnung von einem halben Prozentpunkt. Dass es durch ein Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft zu einem erheblichen

Rückgang auch der Steuereinnahmen kommen würde, zeichnete sich als Folge der Wirtschaftskrise wie auch der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung bereits zu diesem Zeitpunkt recht deutlich ab. Die neuerliche Absenkung des Schätzansatzes im November 2009 führte dann zu einem fast punktgenauen Resultat.

Die Schätzabweichungen sind sehr ungleichmäßig auf die Gebietskörperschaften verteilt. So wurde in der Steuerschätzung vom Mai das Aufkommen der Länder und Gemeinden sowie der EU erheblich überschätzt. Während in der November-Schätzung das Ist-Ergebnis für die Länder fast getroffen wurde, lag der Ansatz für die Gemeindesteuern und auch für die EU immer noch zu hoch. Bei den Steuereinnahmen des Bundes kam es sowohl im Mai als auch im November jeweils zu einer Unterschätzung des tatsächlich im Jahr 2009 erzielten Ergebnisses. Insbesondere die geringer als erwartet

Tabelle 3: Gegenüberstellung von Steuerschätzung und Ist-Ergebnissen

	Schätzung		Ist-Ergebnis	Differenz ggi	ü. Schätzung
			in Mio. €		
	Mai 09 Nov 09 2009			Mai 09	Nov 09
Bund <sup>1</sup>	225 463	226 989	227 996	2 533	1 007
Länder <sup>1</sup>	208 981	207017	207 119	-1 862	102
Gemeinden	70 285	69 286	68 386	-1 899	- 900
EU	22 320	20 760	20 501	-1 819	- 259
Steuereinnahmen insgesamt	527 049	524 052	524 001	-3 048	-51

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

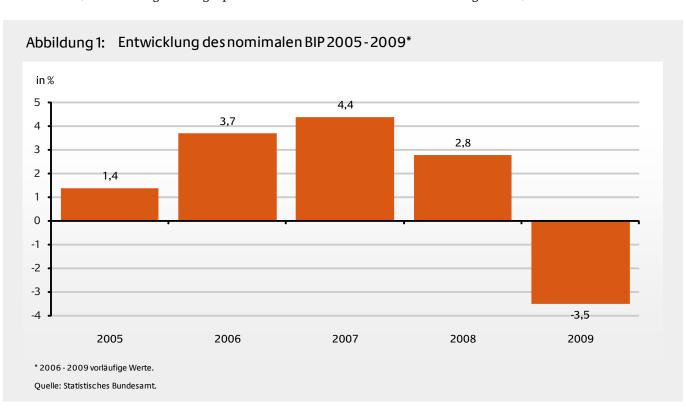
ausgefallenen EU-Abführungen unterstützten das für den Bund positive Resultat.

### 2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten

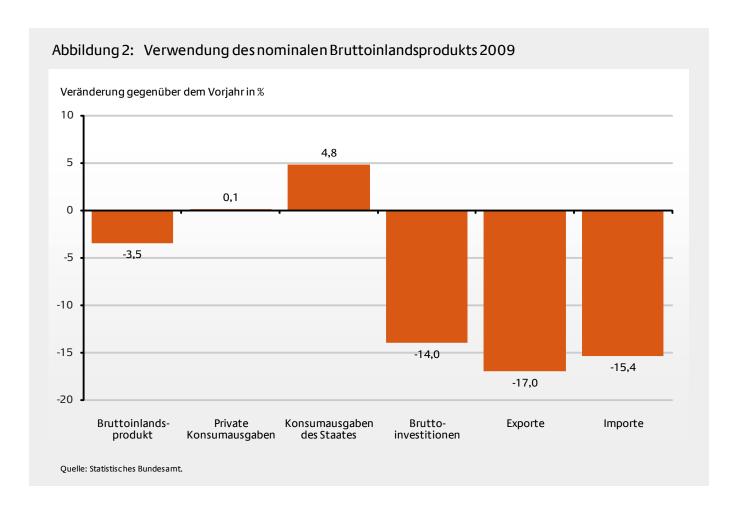
Die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch in Deutschland entscheidend geprägt. Mit - 3,5 % war der Rückgang des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Stand Mai 2010) so stark wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland (siehe Abbildung 1). Dabei fand der wirtschaftliche Einbruch hauptsächlich im Winterhalbjahr 2008/2009 statt. Gegenmaßnahmen wurden alsbald ergriffen. Für die im Jahr 2009 beobachtete Entwicklung der Steuereinnahmen haben deshalb sowohl die Krise selbst als auch Änderungen des Steuerrechts, die auf ihre Überwindung zielten, eine wichtige Rolle gespielt.

Noch weiter hin zu den Ursachen für die tatsächliche Entwicklung der Steuereinnahmen führt ein Blick auf die Verwendungsseite des BIP und dessen üblicherweise in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ausgewiesene Komponenten (Abbildung 2). Beim Außenhandel (Exporten wie Importen) und auch bei den Bruttoinvestitionen waren 2009 drastische Rückgänge zu verzeichnen. Ein merklicher positiver Impuls ging von den Konsumausgaben des Staates aus, bei den privaten Konsumausgaben wurde das Niveau des Vorjahres annähernd gehalten. Aus der vergleichsweise günstigen Entwicklung der Konsumausgaben ergab sich eine stabilisierende Wirkung insbesondere für die Einnahmen aus der Umsatzsteuer.

Schließlich spielt die Verteilungsseite der VGR, also die Entwicklung bei den Arbeitnehmerentgelten einerseits und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen andererseits, eine wichtige Rolle für die Steuereinnahmen. Dabei sind es die Bruttolöhne und -gehälter, auf die sich der



Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

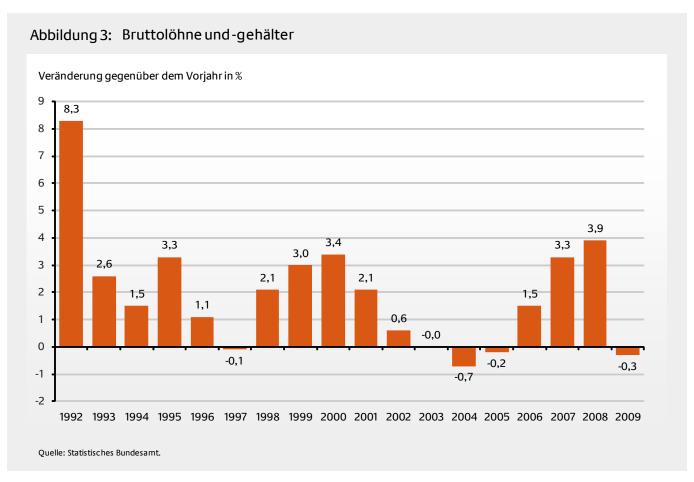


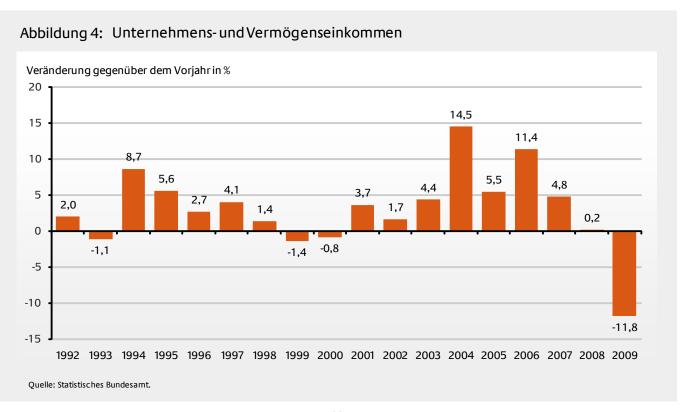
Blick bei der Suche nach den Ursachen für die Aufkommensentwicklung vor allem der Lohnsteuer richtet (Abbildung 3). Der vom Statistischen Bundesamt für den Berichtszeitraum ermittelte Rückgang um - 0,3% war der erste seit dem Jahr 2005.

Bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen (Abbildung 4) hat es mit - 11,8 % einen wesentlich stärkeren Einbruch gegeben. Für die Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern konnte das nicht ohne Folgen bleiben. Angesichts der Schwere der Rezession kam der Rückschlag nicht überraschend: In einer Krise geben die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen üblicherweise deutlich nach, während die Arbeitseinkommen vergleichsweise stabil bleiben.

Diese gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge bilden den Hintergrund für die folgende Analyse wichtiger Einzelsteuern. Dabei wird zunächst auf die Entwicklungen bei Umsatzsteuer und Lohnsteuer, den mit Abstand aufkommensstärksten Steuern, näher eingegangen. Ein Blick auf die veranlagte Einkommensteuer schließt sich an. Mit der Betrachtung der Einbußen, die insbesondere bei der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer hinzunehmen waren, verschiebt sich der Fokus noch weiter hin zu den Auswirkungen der Krise auf die gewinnabhängigen Steuern. Im Nachgang zur Analyse seiner Bemessungsgrundlagen wird der Rückgang beim Solidaritätszuschlag thematisiert. Als große Bundessteuern finden darüber hinaus die Energiesteuer und die Tabaksteuer Beachtung.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009





Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

#### 2.1 Steuern vom Umsatz

Gemessen an den Rückgängen, die bei den meisten anderen Steuern im ersten Jahr nach dem Ausbruch der Krise zu verzeichnen waren, ist die Entwicklung der Steuern vom Umsatz, deren Kassenaufkommen im Jahr 2009 das Vorjahresniveau um + 0,6 % bei einem Volumen von 177,0 Mrd. € übertraf, als robust einzustufen. Für deren stärkere Resistenz gegenüber den Einflüssen einer insgesamt schlechten Konjunktur dürfte nicht zuletzt die Stabilität des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte verantwortlich gewesen sein, das nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2009 trotz des gesamtwirtschaftlichen Einbruchs leicht über dem des Vorjahres lag. Dass es nicht zu einem Sinken des verfügbaren Einkommens kam, ist außer auf steuerliche Entlastungen für die privaten Haushalte unter anderem auch auf einen deutlichen Anstieg der monetären Sozialleistungen zurückzuführen, zu denen nicht zuletzt Lohnersatzleistungen für Arbeitslose sowie das Kurzarbeiter- und Konkursausfallgeld gehören. Zudem ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit angesichts der Schärfe des Produktionseinbruchs vergleichsweise moderat ausgefallen.

Da sich die Sparquote der privaten Haushalte ungeachtet der mit der Krise verbundenen Unsicherheiten kaum erhöhte, wurde ein Rückgang der privaten Konsumausgaben, der sich auf die Steuern vom Umsatz negativ ausgewirkt hätte, vermieden. Stützend wirkten auch die privaten Kraftfahrzeugkäufe, die vor allem durch die sogenannte Abwrackprämie kräftig zunahmen. Die Ausgaben für viele andere Verwendungszwecke gingen allerdings zeitgleich zurück. Per Saldo änderte sich an der Höhe der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Vergleich zum Vorjahr (siehe Abbildung 2) nur wenig.

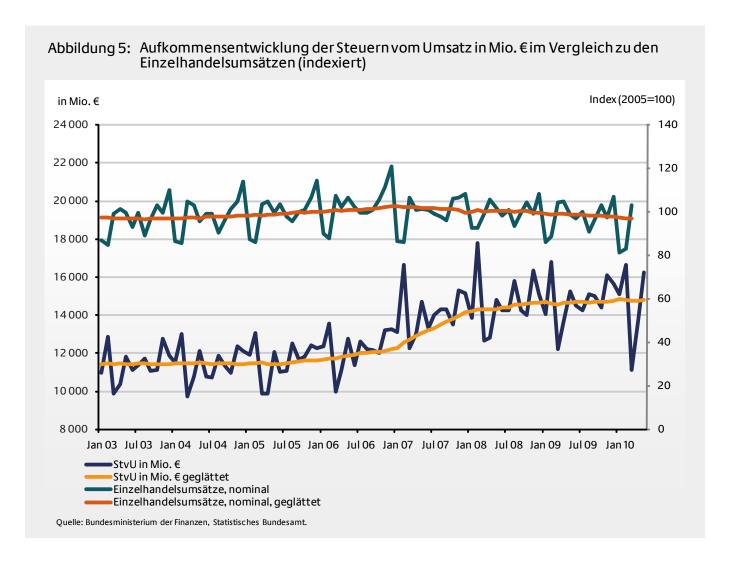
Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kommt man beim Blick auf die Einzelhandelsumsätze, die zwar nur einen gewissen Ausschnitt des privaten Verbrauchs abbilden, dafür aber anders als die Ergebnisse der VGR auch in Form von Monatsdaten zur Verfügung stehen. Das lässt einen genaueren Vergleich mit dem kassenmäßigen Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz (siehe Abbildung 5) zu.

Werden jährlich wiederkehrende Schwankungen (wie sie sich bei den Einzelhandelsumsätzen zum Beispiel aus dem Weihnachtsgeschäft ergeben) aus den Zeitreihen herausgefiltert, werden trendmäßige beziehungsweise konjunkturelle Entwicklungstendenzen besser erkennbar. Das ist hier über das gleichzeitige Eintragen von Zwölfmonatsdurchschnitten bei den Messziffern für den Einzelhandelsumsatz in jeweiligen Preisen (jeweils einschließlich der Verkäufe von Kraftfahrzeugen) wie auch bei den Steuern vom Umsatz geschehen. Danach lässt sich bei den Einzelhandelsumsätzen weder nach oben noch nach unten eine sonderlich starke Bewegung ausmachen. Ein Hochpunkt wird an der Jahreswende 2006/2007 erkennbar, als es im Zuge der Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer (von 16 % auf 19 %) zu einem merklichen Vorziehen entsprechend belasteter Käufe kam, denen seither eher eine Bewegung nach unten folgt.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Einzelhandelsumsätze vom Statistischen Bundesamt ohne die Mehrwertsteuer ausgewiesen werden. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um drei Prozentpunkte schlägt sich deshalb in der Entwicklung der monatlichen Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz in einem über das gesamte Jahr 2007 sich hinziehenden Anstieg nieder, lässt die Datenreihe der Einzelhandelsumsätze für sich genommen aber unbeeinflusst.

Insbesondere im vergangenen Jahr scheint die Entwicklungstendenz bei den Steuern vom Umsatz günstiger zu sein, als sich allein aus den Einzelhandelsumsätzen ablesen lässt. Das spricht dafür, dass andere Bestandteile des privaten Verbrauchs oder andere Komponenten der Inlandsnachfrage, von denen ebenfalls Einflüsse auf die Steuern

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009



vom Umsatz ausgehen, zuletzt eine stärkere Dynamik entfalteten.

Die Steuern vom Umsatz setzen sich zusammen aus der Umsatzsteuer und der Einfuhrumsatzsteuer. Die Umsatzsteuer wird auf inländische Umsätze erhoben. während die Einfuhrumsatzsteuer für Importe aus Nicht-EU-Staaten abgeführt werden muss. Die Entwicklung der beiden Komponenten der Steuern vom Umsatz wies im Jahresverlauf 2009 eine stark gegenläufige Tendenz auf (Tabelle 4). Der Zuwachs der Umsatzsteuer belief sich auf + 8,5 %, während die Einfuhrumsatzsteuer Einbußen in Höhe von - 22,4% hinnehmen musste. Dabei steht der Rückschlag bei der Einfuhrumsatzsteuer mit den Folgen der Krise in einem direkten Zusammenhang: Er ist sowohl auf niedrigere

Einfuhrpreise (gerade bei den großteils aus Drittstaaten importierten Rohstoffen) als auch auf geringere Einfuhrmengen aufgrund der schwachen inländischen Produktionstätigkeit zurückzuführen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse für die Umsatzsteuer ist zu beachten, dass Einbußen bei der Einfuhrumsatzsteuer weniger Vorsteueranrechnungen im Inland zur Folge haben und daher tendenziell das Umsatzsteueraufkommen erhöhen. Rückschlüsse auf die hinter der Mehrwertsteuer stehende relevante Endnachfrage sind nur möglich, wenn Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer zusammen betrachtet werden.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

Tabelle 4: Steuern vom Umsatz

	2009	2008	Veränderung ggü. Vorjahr
	in M	lio.€	in%
Umsatzsteuer	141 907	130 789	+8,5
Einfuhrumsatzsteuer	35 084	45 200	-22,4
Steuern vom Umsatz	176 991	175 989	+0,6

#### 2.2 Lohnsteuer

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer sanken im Kalenderjahr 2009 um - 6,7 Mrd. € beziehungsweise - 4,7%. Dieser Rückgang lässt sich allein aus der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter nicht erklären, denn diese hatten ungeachtet des massiven Einbruchs der gesamtwirtschaftlichen Produktion ihr Vorjahresniveau nur knapp verfehlt (-0,3%). Tatsächlich wirken auf das Kassenaufkommen regelmäßig auch andere Faktoren ein: So werden aus dem Lohnsteueraufkommen das Kindergeld, das seit 1996 als Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, und die Zulagen im Rahmen der Altersvorsorge ("Riester-Förderung") gezahlt. Die Kindergeldleistungen wurden im Berichtszeitraum deutlich erhöht. Zudem wurde eine Einmalzahlung ("Kinderbonus") in Höhe von 100 € pro Kind gewährt. Die Kindergeldausgaben stiegen um + 10,0 % (vergleiche Tabelle 5). Dadurch wurden den Familien in Zeiten der Krise mit dem Ziel der Stützung des privaten Konsums mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Das Niveau der Altersvorsorgezulage hat sich fast verdoppelt (+77,7%), weil sich im Jahr 2009 die letzte Erhöhungsstufe auswirkte und die

Nachfrage nach "Riester-Produkten" nach wie vor groß war.

Die Auszahlungen für die Altersvorsorgezulage, die 2003 erstmalig für im Jahr 2002 geleistete Beitragszahlungen gewährt wurde, haben sich in den vergangenen Jahren sehr dynamisch entwickelt. Während sie im Jahr 2003 lediglich 72,5 Mio. € betrugen, wurde im Jahr 2009 bereits ein Betrag von 2 383 Mio. € ausgezahlt.

Die Dynamik der vergangenen Jahre war geprägt durch die allmähliche Anhebung der Zulagesätze, die sich im Falle der Grundzulage auf zuletzt 154 € und im Falle der Kinderzulage je Kind auf zuletzt 185 € erhöhten. Die daraus resultierende zunehmende Attraktivität der privaten Altersvorsorge ließ die Zahl der abgeschlossenen Verträge stark anwachsen. Sie hat sich seit Einführung der Riester-Rente annähernd vervierfacht (vergleiche Tabelle 6).

Die Entwicklung des Bruttoaufkommens spiegelt Effekte wider, die teils auf die Folgen der Rezession selbst, teils auf Rechtsänderungen zurückgeführt werden können, mit denen im Jahr 2009 Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur umgesetzt

Tabelle 5: Lohnsteueraufkommen

	2009	2008	Veränderung ggü. Vorjahr
Lohnsteuer	in M	lio.€	in%
Bruttoaufkommen	174 429	176 760	-1,3
Kindergeld	-36 880	-33 523	+10,0
Altersvorsorgezulage	-2 383	-1 342	+77,7
Kassenaufkommen	135 165	141 895	-4,7

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

Tabelle 6: Entwicklung der zulagenberechtigten Verträge

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Anzahl in Mio.	3,37	3,92	4,19	5,63	8,05	10,76	12,15	13,25
Änd. ggü. Vorjahr in %		16,4	6,8	34,4	43,0	33,6	12,9	9,1

wurden. Dazu gehörte neben Veränderungen im Einkommensteuertarif auch die verlängerte Zahlung von Kurzarbeitergeld, die auf ein Halten der Arbeitskräfte in den Betrieben hinwirkte und damit in vielen Fällen einen vollständigen Lohnsteuerausfall vermied.

Wenn man von den üblichen jahreszeitlichen Schwankungen absieht, lassen sich der Rückgang im Bruttolohnsteueraufkommen wie auch die erreichte Stabilisierung der Beschäftigung aus den entsprechenden monatlichen Zeitreihen klar erkennen (siehe Abbildung 6). Als Indikator für die lohnsteuerrelevante Beschäftigung wurde hier die Zahl der Beitragszahler in der Arbeitslosenversicherung gewählt.

### 2.3 Veranlagte Einkommensteuer

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer gingen im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um - 6,3 Mrd. € beziehungsweise - 19,1% zurück. Die Steuereinnahmen brutto, d. h. vor Abzug der aus dieser Steuerart zu zahlenden Abzugsbeträge (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG,

Abbildung 6: Lohnsteueraufkommen (brutto) im Vergleich zur Anzahl der Beschäftigten in Mio.€ Beschäftigte in Tsd. 24000 22 000 20 000 18 000 16000 14000 12 000 10 000 8 000 Beschäftigte in Tsd. - Beschäftigte in Tsd. geglättet LSt in Mio. € geglättet Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bundesanstalt für Arbeit

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

Eigenheimzulage und Investitionszulage), verringerten ihr Niveau um - 2,7 Mrd. € beziehungsweise - 5,0 %. Im Vorjahr war beim Bruttoaufkommen mit + 7,6 % noch ein deutlicher Zuwachs verzeichnet worden.

Einen großen Anteil an den Einbußen des Kassenaufkommens hatten die um + 36,2% gestiegenen Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG. Hier spiegelt sich die Wiedereinführung der Pendlerpauschale infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts wider, die in den ersten Monaten des Jahres zu zusätzlichen Erstattungen für die beiden Vorjahre führte. Bei der Eigenheimzulage kam es zu einer Verminderung der Leistungen, da hier jeweils ein Förderjahrgang wegfällt, ohne dass ein weiterer hinzukommt (- 20,6 %). Die Investitionszulagen sanken um - 18,7 %.

Anhand von Daten über die Zahlungsstruktur kann man das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer in seine Komponenten Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen zerlegen. Die einzelnen Komponenten sind nach den Veranlagungszeiträumen untergliedert, für welche die Zahlungen erfolgten. Um eventuelle Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Aufkommen aufzuzeigen,

bietet es sich an, die Zahlungen aufgrund von Betriebsprüfungen (Veranlagungszeiträume 2006 und früher) herauszunehmen.

Während die Nachzahlungen und Erstattungen aufgrund von Veranlagungsergebnissen vergangenheitsbezogen sind, stellen die Vorauszahlungen einen Indikator für die Entwicklung der Gewinneinkünfte im laufenden Jahr dar. Aus der Entwicklung der Vorauszahlungen im Jahresverlauf 2009 lässt sich ein eindeutig negativer Trend erkennen (siehe Tabelle 8). Im März lassen sich noch leichte Zuwächse ausweisen. Im Juni gibt es schon einen leichten Rückgang, der sich im Dezember auf bis zu - 9% verstärkt. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zeigen sich mit Verzögerung, dafür zum Jahresende aber umso deutlicher.

#### 2.4 Körperschaftsteuer

Bei der Körperschaftsteuer kam es beim Bruttoaufkommen - wie Tabelle 9 zeigt im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr zu einer Reduktion um gut die Hälfte. Da sich gleichzeitig die aus dieser Steuerart zu zahlenden Investitionszulagen um + 25,5 % erhöhten, verringerten sich im

Tabelle 7: Veranlagte Einkommensteuer

	2009	2008	Veränderung ggü. Vorjahr
Veranlagte Einkommensteuer	in M	lio.€	in%
Bruttoaufkommen	50 486	53 153	-5,0
Erstattungen gem. § 46 EStG	-18 692	-13 723	36,2
Investitionszulage	-392	- 482	-18,7
Eigenheimzulage	-4971	-6 264	-20,6
Kassenaufkommen	26 430	32 685	-19,1

Tabelle 8: Vorauszahlungen zur veranlagten Einkommensteuer 2009 für die Zeiträume 2009 bis 2007

Vorauszahlungstermin	März	Juni	September	Dezember	
Änd. ggü. Vorjahreszeitraum in %	2,8	-2,8	-7,2	-9,0	

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

Vorjahresvergleich die Kasseneinnahmen stärker als das Bruttoaufkommen.

Grenzt man die Daten der Zahlungsstruktur für die Körperschaftsteuer in der gleichen Weise wie für die veranlagte Einkommensteuer ab, zeigt sich für die Vorauszahlungen im Jahr 2009 ein bemerkenswerter Einbruch um - 27,2 % Hier sind deutlich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu erkennen.

An allen Vorauszahlungsterminen sind starke Einbrüche zu verzeichnen, wobei das Maximum zum dritten Vorauszahlungstermin (September) mit 37,7% erreicht wurde (siehe Tabelle 10). Auffallend ist, dass sich im Vergleich zur veranlagten Einkommensteuer die Wirtschaftskrise schneller und sehr viel heftiger im Körperschaftsteueraufkommen widerspiegelte. Den ersten starken Einbruch gab es bereits im 4. Quartal 2008 mit - 25,4%.

#### 2.5 Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer verzeichneten im Kalenderjahr 2009 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise - nach fünf Rekordjahren in Folge - einen drastischen Einbruch, der bereits im 4. Quartal 2008 begann. Die Gewerbesteuer sank 2009 um - 8,5 Mrd. € beziehungsweise - 20,6 % auf ein Niveau von 32,6 Mrd. €, das mit + 0,5 Mrd. € nur knapp über dem Ergebnis des Jahres 2005 liegt (siehe Abbildung 7).

Wie bei der Körperschaftsteuer kam es auch bei der Gewerbesteuer in allen Quartalen zu starken Einbrüchen, wobei das Maximum im 3. Quartal mit einem Rückgang von - 33,9 % erreicht wurde (siehe Tabelle 11).

Tabelle 9: Körperschaftsteuer

	2009	2008	Veränderung ggü. Vorjahr
Körperschaftsteuer	in Mio. €		in%
Bruttoaufkommen	8 2 6 9	16 742	-50,6
Investitionszulage	-1096	- 873	25,5
Kassenaufkommen	7 173	15 868	-54,8

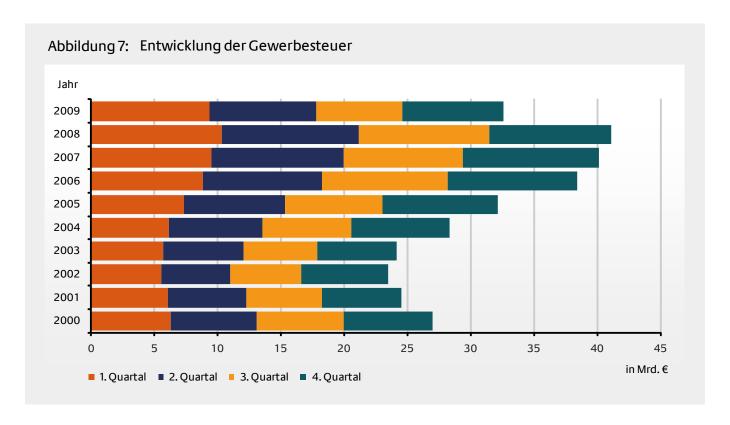
## Tabelle 10: Vorauszahlungen zur Körperschaftsteuer 2009 für die Zeiträume 2009 bis 2007

Vorauszahlungstermin	März	Juni	September	Dezember
Änd. ggü. Vorjahreszeitraum in %	-16,3	-32,0	-37,7	-23,1

### Tabelle 11: Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahr 2009

Gewerbesteuer	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Änderung ggü. Vorjahreszeitraum in %	-9,3	-22,3	-33,9	-16,5

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009



#### 2.6 Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Bei beiden Steuerarten ist das Kassenaufkommen 2009 nach drei Jahren kontinuierlichen Wachstums erstmals deutlich zurückgegangen (siehe Tabelle 12). Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag resultieren fast ausschließlich aus der Besteuerung von Dividenden. Die sehr guten Unternehmensgewinne des Jahres 2007 führten im Jahr 2008 nochmals zu einem erheblichen Anstieg der Gewinnausschüttungen.

Der mit + 66,3 % besonders hohe Anstieg des Aufkommens der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Dezember 2008 ist wesentlich auf einen Vorzieheffekt im Rahmen der Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 und der damit verbundenen Steuersatzerhöhung bei den Kapitalertragsteuern von 20 % auf 25 % zurückzuführen. Aufgrund einer im Vergleich zur Besteuerung nach dem

Tabelle 12: Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag

	nicht veranlagte S	euern vom Ertrag Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge		
Jahr	in Mio. €	Veränderung gegenüber Vohrjahr in %	in Mio. €	Veränderung gegenüber Vohrjahr in %
2004	9 9 1 9	10,2	6 773	-11,3
2005	9 952	0,3	6 990	3,2
2006	11 904	19,6	7 633	9,2
2007	13 791	15,9	11 178	46,4
2008	16 575	20,2	13 459	20,4
2009	12 474	-24,7	12 442	-7,6

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009

Halbeinkünfteverfahren auftretenden nachteiligen Steuersatzdifferenz bestand für die betroffenen Steuerpflichtigen ein starker Anreiz, im Jahr 2008 noch möglichst hohe Ausschüttungen vorzunehmen. Durch diesen Sondereffekt wurde der Rückgang im Jahr 2009 noch verstärkt.

Auch die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge musste im Jahr 2009 Einnahmeeinbußen melden (-7,6 %), die jedoch aufgrund des zum 1. Januar 2009 reduzierten Steuersatzes von 30 % auf 25 % nicht unerwartet kamen. Der in dieser Steuer enthaltene Zufluss an Quellensteuer aufgrund der EU-Zinsrichtlinie hatte auch im Jahr 2009 mit insgesamt 230,5 Mio. € einen geringen Anteil am Gesamtaufkommen.

#### 2.7 Solidaritätszuschlag

Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag fielen im Jahr 2009 um - 9,3 % unter den Vorjahreswert (siehe Tabelle 13). Ursache hierfür ist die negative Entwicklung bei allen Bemessungsgrundlagen des Solidaritätszuschlags (Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sowie Körperschaftsteuer).

#### 2.8 Energiesteuer

Die Einnahmen aus der Energiesteuer betrugen im Jahr 2009 rund 39,8 Mrd. € und lagen damit um + 1,5 % über dem Vorjahreswert. Etwa 88,8 % der Energiesteuereinnahmen stammten dabei aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Benzin, Diesel und Biokraftstoffen), 6,6 % aus der Besteuerung von Erdgas und 4,6 % aus der Besteuerung von Heizöl, Flüssiggas und Kohle.

Die Verbrauchsmengen haben sich beim Diesel trotz der Einschränkungen, die es angesichts der Verringerung der industriellen Produktion im Schwerlastverkehr gegeben hat, leicht erhöht (+2,3%). Das deutet darauf hin, dass die seit einigen Jahren zu beobachtende Substitution von Otto-Pkw zu Diesel-Pkw noch nicht zu einem Ende gekommen ist.

Gleichwohl blieb auch der Verbrauch von Benzin im Jahr 2009 in etwa stabil (+ 0,3 %). Das könnte mit der weltweiten Krise und dem von ihr verursachten Druck auf die Rohstoffpreise durchaus in Verbindung stehen: Zu besonderen mengenmäßigen Einsparungen haben sich die Autofahrer - anders als in Zeiten stark steigender Preise - offenbar nicht veranlasst gesehen.

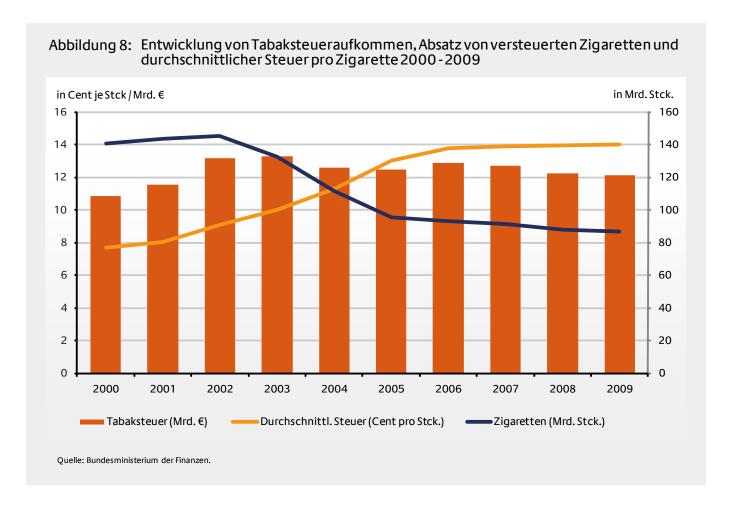
#### 2.9 Tabaksteuer

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer lagen im Jahr 2009 bei 13,4 Mrd. € und unterschritten somit ihr Vorjahresniveau um - 1,5 %. Der Anteil der Zigaretten belief sich auf circa 90 % des Steueraufkommens. Der Rest entfällt auf Feinschnitt (9 %) und sonstige Produkte (1 %).

Tabelle 13: Solidaritätszuschlag

	2009	2008	Veränderung ggü. Vorjahr
Solidaritätszuschlag	in Mio. €		in%
zur Lohnsteuer	8 603	8 699	-1,1
zur veranlagten Einkommensteuer	1 463	1 871	-21,8
zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag	643	838	-23,3
zur Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	670	728	-8,0
zur Körperschaftsteuer	548	1 009	-45,7
olidaritätszuschlag insgesamt	11 927	13 146	-9,3

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2009



Von 2000 bis zum Jahr 2009 stieg die durchschnittliche Steuer je Zigarette kontinuierlich von 7,7 Cent/Stück auf 14,0 Cent/ Stück um + 82% an (siehe Abbildung 8). Diese gestiegenen Steuerbelastungen für Zigaretten bewirkten eine Anpassung des Konsumverhaltens. Der Verbrauch von versteuerten Zigaretten sank im gleichen Zeitraum um - 38 %. Die im Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens (Nichtrauchergesetz) vom 1. September 2007 enthaltenen Einschränkungen haben dazu geführt, dass dieser Abwärtstrend sich zunächst weiter fortsetzte. Allerdings ist die Kurve nach unten inzwischen deutlich flacher geworden. Die Raucher scheinen sich im Laufe der Zeit angepasst und ihre Gewohnheiten auf die veränderten Modalitäten für den Konsum von Zigaretten eingestellt zu haben.

#### 3 Fazit

Die Entwicklung der Steuereinnahmen stand im Jahr 2009 ganz im Zeichen der Krise und der Maßnahmen, die zu ihrer Überwindung in Deutschland wie in vielen anderen Ländern der Welt ergriffen wurden. Selbst der leichte Zuwachs bei der Energiesteuer ist dazu kein Widerspruch, denn das Nachlassen der Rohstoffpreise infolge einer weltweit zurückgehenden Produktion dürfte Anstrengungen zur Reduzierung etwa des Kraftstoffverbrauchs gedämpft und damit deren Niveau stabilisiert haben.

Je mehr sich die staatlich gestützte Erholung zu einem sich selbsttragenden Aufschwung entwickelt, desto mehr dürften sich im Laufe der Zeit auch die Aussichten für die Steuereinnahmen wieder aufhellen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2009

# Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2009

1	Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	70
2	Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	71
	Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände	
2.2	Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten	71
2.3	Aufgliederung nach Rückstandsarten	72
	Entwicklung der Rückstandsfälle	
2.5	Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der	
	Steuereinnahmen	74
3	Einzelsteuern	74

- Zum 31. Dezember 2009 betrugen die Steuerrückstände 17,3 Mrd. €.
- Die Steuerrückstände stiegen damit um + 0,4 Mrd. € (+ 2,4 %).
- Die Rückstandsquote stieg von 3,72 % in 2008 auf 3,96 %.

### 1 Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer einen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum "Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2009 (Rückständestatistik)" dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit mehr als 75 % der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche des Staates an die Steuerpflichtigen, die im Sinne der Steuergesetze entstanden und bis zum

Stichtag 31. Dezember 2009 fällig geworden sind. Teilweise ist die Einziehung dieser Steuerschulden durch Verwaltungsakte der Finanzverwaltung wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Die Finanzverwaltung kann Steueransprüche stunden, wenn deren Einziehung eine erhebliche Härte für den Steuerschuldner bedeuten würde (§ 222 Abgabenordnung). Die Vollziehung eines mit Rechtsmitteln angefochtenen Steuerbescheides soll von der Finanzverwaltung ausgesetzt werden, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes bestehen oder die Vollziehung eine unbillige Härte für den Betroffenen zur Folge hätte (§ 361 Abgabenordnung). Die verbleibenden nicht gestundeten oder ausgesetzten Teile der Steuerrückstände werden als "echte Rückstände" bezeichnet. Die diesen Steueransprüchen zugrunde liegenden Steuerbescheide befinden sich in Vollstreckung.

Die Rückständestatistik zeigt lediglich eine Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses, bei dem laufend alte Rückstände aus unterschiedlichen Zeiträumen abgelöst

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2009

werden und neue hinzukommen. Die Finanzverwaltung ist bestrebt, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung die Steuerrückstände so gering wie möglich zu halten.

#### 2 Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

### 2.1 Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen (Sollstellungen) bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraumes festgestellten Rückständen das Kassensoll. Zum Jahresende 2009 lag das Kassensoll der Besitz- und Verkehrsteuern mit 436 438 Mio. € um - 3,9 % unter dem Wert des Vorjahresstichtages. Das kassenmäßige Aufkommen belief sich Ende 2009 auf 412 907 Mio. € und verringerte sich damit um - 4,6 % gegenüber dem Vorjahresaufkommen.

Der Erlass von Steuerbeträgen stieg vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise im Berichtszeitraum auf 623 Mio. € (um + 95,6%). Rund 83% dieser Steuerforderungen wurden im Rahmen von Insolvenzverfahren oder außergerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahren erlassen.
Die verwaltungsinternen Niederschlagungen von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung stiegen gegenüber dem Jahr 2008 um + 29,8 % auf 5 626 Mio. € (davon 3 400 Mio. € aufgrund von Insolvenzeröffnungen). Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 1,43 % am Kassensoll (Vorjahr: 1,02 %).

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle, ergeben sich Gesamtrückstände aller Besitz- und Verkehrsteuern am Erhebungstag 31. Dezember 2009 in Höhe von 17 282 Mio. €. Das bedeutet einen Anstieg um + 401 Mio. € beziehungsweise + 2,4% gegenüber dem Vorjahr.

#### 2.2 Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitzund Verkehrsteuern ergeben sich die in Tabelle 2 aufgeführten Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten.

Die Rückstandsquote stieg auf 3,96 % (Ende 2008: 3,72 %), die drittniedrigste Rückstandsquote in den vergangenen 20 Jahren. Dies ist ein Ergebnis der Erhöhung

Tabelle 1: Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

			Rückstände am				
Stand am 31.12.	Rückstände am 31.12. des Vorjahrs	Sollstellungen	Kassensoll (Sp. 2+3)	kassenmäßiges Aufkommen	Erlass	Niederschla- gungen	Erhebungs- stichtag (Sp. 4- (5+6+7))
				Mio.€			
1	2	3	4	5	6	7	8
2005	17319	350 859	368 178	345 653	387	5 201	16 937
2006	16 937	376 190	393 127	371 883	67	5 3 9 0	15 787
2007	15 787	419 695	435 482	414218	114	4 157	16 993
2008	16 993	437 155	454 148	432 616	318	4333	16 880
2009	16 880	419 558	436 438	412 907	623	5 626	17 282

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2009

Tabelle 2: Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Stand am 31.12.	Rückstandsquote (Rückstand/ Kassensoll)	Erlassquote (Erlass/Kassensoll)	Niederschlagungsquote (Niederschlagung/Kassensoll)
		in Prozent	
1	2	3	4
2005	4,60	0,10	1,41
2006	4,02	0,02	1,37
2007	3,90	0,03	0,95
2008	3,72	0,07	0,95
2009	3,96	0,14	1,29

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

der Rückstände um + 2,4% in Verbindung mit dem Rückgang des Kassensolls um - 3,9%. Die Erlassquote verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr, während die Niederschlagungsquote deutlich anstieg. Dies dürfte auch auf der Abwicklung von größeren Einzelfällen beruhen.

### 2.3 Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen sowie den echten Rückständen zusammen. Vor dem Hintergrund verschlechterter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen verzeichnete die bereits im Jahr 2008 festzustellende Erhöhung des Anteils der gestundeten Forderungen im Jahr 2009 einen nochmaligen Anstieg um

+631 Mio. € (+61,3 %) auf nunmehr 1660 Mio. € (9,6 % der Gesamtrückstände).

Die Aussetzungen erhöhten sich um +307 Mio. € (+3,5 %) auf 9119 Mio. € (52,8 % der Gesamtrückstände). Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgsaussichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend nicht mehr mit Zahlungen zu rechnen sein.

Die echten Rückstände, die trotz abgelaufener Zahlungsfristen am Erhebungsstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im Allgemeinen eine Beitreibung eingeleitet worden ist, sanken um - 537 Mio. € (-7,6 %) auf 6 502 Mio. € (37,6 % der Gesamtrückstände).

Tabelle 3: Aufgliederung nach Rückstandsarten

		davon					
Stand am 31.12.	Rückstände	gestundet		ausgesetzt		echte Rückstände	
	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio.€	Anteil in %
1	2	3	4 (= 3/2)	5	6 (= 5/2)	7	8 (= 7/2)
2005	16937	798	4,7	9 0 1 5	53,2	7 124	42,1
2006	15 787	804	5,1	8 473	53,7	6 509	41,2
2007	16 993	656	3,9	8 756	51,5	7 581	44,6
2008	16880	1 029	6,1	8 812	52,2	7 039	41,7
2009	17 282	1 660	9,6	9 1 1 9	52,8	6 502	37,6

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2009

#### 2.4 Entwicklung der Rückstandsfälle

Bei einem gestiegenen Rückständevolumen (+2,4%) sind die Fallzahlen gleichzeitig um 422 956 Rückstandsfälle (-12,0%) zurückgegangen. Bezogen auf die Anzahl der Rückstandsfälle ergaben sich die höchsten Verminderungsraten bei der Kraftfahrzeugsteuer (-87 126 Fälle; -13,5%) und der veranlagten Einkommensteuer (-259 002 Fälle; -18,9%). Aus dem Rückgang der Anzahl der Fälle und dem Anstieg des Rückständevolumens resultiert ein starker Anstieg des durchschnittlichen Rückstandsbetrages um +16,3% auf 5 558 €.

Bemerkenswert ist hier die große Variationsbreite, innerhalb derer sich die durchschnittliche Höhe des Forderungsbetrages der Rückstandsfälle bewegt. Diese reicht von 203 € pro Fall bei der Kraftfahrzeugsteuer bis zu 1135 363 € bei der Versicherungsteuer. Der größte Anteil an Rückstandsfällen entfiel mit 35,7% der Gesamtfälle auf die veranlagte Einkommensteuer, gefolgt von der Umsatzsteuer mit 21,4%, vom Solidaritätszuschlag mit 18,7% und der Kraftfahrzeugsteuer mit 18,0%.

Tabelle 4: Entwicklung der Rückstandsfälle

Stand am 31.12.	Rückstände	Veränderung Rückstand zum Vorjahr	Zahl der Rückstandsfälle	Veränderung Fälle zum Vorjahr	Durchschnitts- betrag je Rückstandsfall	Veränderung Durchschnitts- betrag zum Vorjahr
	in Mio. €	in%	in Tausend	in%	in€	in%
1	2	3	4	5	6	7
2005	16 937	-2,2	3 614	-2,5	4 686	0,4
2006	15 787	-6,8	3 410	-5,6	4 629	-1,2
2007	16 993	7,6	3 508	2,9	4844	4,6
2008	16 880	-0,7	3 532	0,7	4779	-1,3
2009	17 282	2,4	3 109	-12,0	5 558	16,3

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Tabelle 5: Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Erhebungsstichtag 31.12.	Rückstände- veränderung	Erlass	Niederschlagungen	Minderung des kassenmäßigen Aufkommens	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in % des Kassensolls
1	2	3	4	5 (=2+3+4)	6
2005	-381	387	5 201	5 207	1,4
2006	- 1 150	67	5 390	4 3 0 6	1,1
2007	1 206	114	4 157	5 477	1,3
2008	-112	318	4 3 3 3	4 5 3 9	1,0
2009	401	623	5 626	6 651	1,5

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2009

#### 2.5 Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Das kassenmäßige Aufkommen verminderte sich um - 6 651 Mio. € (-1,5 % des Kassensolls). Dies war auf ausgeweitete Erlasse und Niederschlagungen (+1598 Mio. €) sowie eine Erhöhung der Rückstände gegenüber dem Vorjahr um +401 Mio. € zurückzuführen.

#### 3 Einzelsteuern

Mit einem Anteil von 73,3 % bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten.

Beim Kassensoll der Umsatzsteuer war eine Zunahme um + 11 391 Mio. € beziehungsweise + 8,3 % zu verzeichnen. Diese Entwicklung wird relativiert durch den gleichzeitigen Rückgang der nicht in der Rückständestatistik erfassten Einfuhrumsatzsteuer, bei der verminderte Importe zu einem Rückgang des Steueraufkommens führten. Da die

Einfuhrumsatzsteuer bei der Umsatzsteuer als Vorsteuer abgezogen wird, wirkte dieser Umstand einnahmeerhöhend auf das Umsatzsteueraufkommen. Die Rückstände wiesen zwar mit 3,7 Mrd. € das zweithöchste Volumen auf, wegen des hohen Kassensolls verzeichneten sie jedoch lediglich eine Rückstandsquote von 2,49 %.

Bei den Rückständen dominieren neben der Umsatzsteuer die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer. Der Anteil dieser drei Steuerarten an den Rückständen aller Besitz- und Verkehrsteuern lag am 31. Dezember 2009 bei 82,0 %.

Die Rückstandsquote von 20,15% bei der veranlagten Einkommensteuer vermittelt ein verzerrtes Bild, da hier das Kassensoll bereits um verschiedene Abzüge (Eigenheimzulage, Investitionszulage, Arbeitnehmererstattungen) gemindert ist. Vor Abzug ergibt sich eine Rückstandsquote von unter 13%. Absolut weist die veranlagte Einkommensteuer mit circa 7,4 Mrd. € die höchsten Rückstände auf.

Tabelle 6: Übersicht der Rückstände nach Einzelsteuern

Rückstände der Einzelsteuern 31.12.2009	Kassen- soll in Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. in %	Anteil in%	Rück- stände in Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. in %	Anteil in%	Rück- stands- quote in %	Veränd. ggü. Vorj. in %
Lohnsteuer	170 877	-1,5	39,2	457	-7,2	2,6	0,27	-5,8
Umsatzsteuer	149 121	8,3	34,2	3 720	-9,4	21,5	2,49	-16,3
veranlagte Einkommensteuer	36 964	-13,7	8,5	7 448	7,4	43,1	20,15	24,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	14130	-29,2	3,2	311	-0,8	1,8	2,20	40,2
AbgSt a. Zins- und Veräußerungserträge	12 006	-8,8	2,8	9	-24,7	0,1	0,08	-17,4
Körperschaftsteuer	11 028	-43,6	2,5	2 999	-0,7	17,4	27,19	76,2
Solidaritätszuschlag	10957	-21,8	2,5	614	7,2	3,6	5,60	37,0
Versicherungsteuer	10 640	1,1	2,4	91	82,8	0,5	0,85	80,9
Kraftfahrzeugsteuer	7 725	-14,1	1,8	113	-16,6	0,7	1,47	-2,9
Erbschaftsteuer	5 640	1,8	1,3	1 072	41,5	6,2	19,00	38,9
Grunderwerbsteuer	5 221	-14,9	1,2	350	-10,3	2,0	6,71	5,5
übrige Besitz- und Verkehrsteuern	2 129	-4,2	0,5	98	2,5	0,6	4,58	7,0
Rückstände gesamt	436 438	-3,9	100	17 282	2,4	100	3,96	6,5

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2009

Das Kassensoll der Körperschaftsteuer ging erheblich um - 43,6 % zurück. Neben den teilweise erst in diesem Jahr eingetretenen aufkommensmindernden Wirkungen der Unternehmensteuerreform ist vor allem der Gewinneinbruch infolge der Finanzund Wirtschaftskrise ursächlich für diesen Rückgang. Bei absolut nahezu unveränderten Gesamtrückständen stieg die Rückstandsquote von 15,43 % auf 27,19 %. Die Aussetzungen, die die Gesamtrückstände dominieren, stiegen leicht an. Sie stehen in Verbindung mit der Anfechtung von Steuerbescheiden, deren Erledigung sich gegebenenfalls über mehrere Jahre erstrecken kann. Es ist daher zu vermuten, dass ein großer Teil der ausgesetzten Beträge aus früheren Jahren stammt. Stundungen und echte Rückstände gingen hingegen deutlich – allerdings im Verhältnis zum Kassensoll unterproportional – zurück.

Ein gesunkenes Kassensoll bei gleichzeitiger Erhöhung der Rückstandsquote war auch bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, zu denen im Wesentlichen die Kapitalertragsteuer auf Dividenden zählt, und beim Solidaritätszuschlag zu beobachten. Diese Entwicklung bei den gewinnabhängigen Steuern dürfte auch in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen begründet sein.

Die um + 38,9 % auf 19 % angewachsene Rückstandsquote bei der Erbschaftsteuer lässt eine Beeinflussung durch Einzelfälle vermuten.

Die Rückstände der Lohnsteuer weisen sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Kassensoll (Rückstandsquote) ein niedriges Niveau auf. Dies ist auf das von den Arbeitgebern durchgeführte Abzugsverfahren zurückzuführen.

Die Tabelle 7 zeigt die Ergebnisse der Rückständestatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 2005 bis 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STAND UND ENTWICKLUNG DER STEUERRÜCKSTÄNDE 2009

Tabelle 7: Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

			in de	n letzten 12 Mo	naten		Rück-	von de	n Rückstände	en sind:
Stand am 31.12.	Rück- stände im Vorjahr	Soll- stellungen	Kassen- soll Sp. 2+3	Kassen- einnahmen	Erlass	Nieder- schla- gungen	stände 31.12. Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7	gestundet	aus- gesetzt	echte Rück- stände
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
					in M	io.€				
1. Lohnsteue	r									
2005	827	149 772	150 600	149 523	1	235	840	91	459	290
2006	840	153 845	154 685	153 791	1	244	649	81	276	292
2007	649	163 581	164 230	163 587	3	166	474	3	201	271
2008	474	172 985	173 459	172 809	11	146	492	8	205	280
2009	492	170 385	170 877	170 160	22	238	457	6	218	233
2. Veranlagte	e Einkommer	nsteuer								
2005	6 9 3 9	14038	20 978	12 477	19	1 540	6 941	256	3 921	2 765
2006	6 941	21 688	28 630	20 213	31	1 497	6889	293	3 879	2 717
2007	6 889	28 884	35 773	27 289	51	1 256	7 178	302	3 820	3 056
2008	7 178	35 650	42 827	34 548	131	1214	6 935	468	3 696	2 770
2009	6 9 3 5	30 030	36 964	27 899	241	1 375	7 448	1168	3 605	2 676
3. Körpersch	aftsteuer									
2005	2 738	16723	19 461	16 493	3	339	2 626	47	2 145	434
2006	2 626	23 208	25 834	23 011	3	302	2 5 1 8	142	1 967	408
2007	2 5 1 8	23 363	25 881	22 995	7	303	2 5 7 6	54	1 858	664
2008	2 576	16990	19 566	16 299	8	240	3 019	127	2 385	507
2009	3 019	8 0 1 0	11 028	7366	6	657	2 999	108	2 560	331
4. Umsatzste	uer									
2005	4 645	110839	115 483	108 458	21	2 867	4138	255	1 162	2 721
2006	4138	113 962	118 099	111 328	29	3 132	3 611	125	1124	2 362
2007	3 611	130 631	134 241	127 566	41	2 257	4377	142	1 562	2 673
2008	4377	133 353	137 730	130 882	157	2 583	4108	236	1 235	2 636
2009	4 108	145 014	149 121	141 937	325	3 140	3 720	130	1 062	2 5 2 9
5. Erbschafts	teuer									
2005	697	4 156	4 853	4 0 9 7	0	23	733	89	527	116
2006	733	3 718	4 451	3 763	0	30	658	73	468	117
2007	658	4387	5 044	4198	0	22	824	62	587	176
2008	824	4714	5 538	4764	1	16	758	65	561	131
2009	758	4882	5 640	4548	1	19	1 072	109	852	111
6. Kraftfahrz	eugsteuer									
2005	196	8 757	8 953	8 675	0	42	236	5	3	228
2006	236	8 931	9 167	8 938	0	42	187	1	3	183
2007	187	8 9 1 9	9 106	8 879	0	32	194	2	4	189
2008	194	8 800	8 995	8 832	1	26	136	1	1	134
2009	136	7 589	7 725	7 586	1	24	113	1	1	112

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

### Wachstumsaspekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Rahmen einer gestaltenden Finanzpolitik<sup>1</sup>

1	Ausgangslage	77
2	Die Ergebnisse der bisherigen Studien	
3	Die RWI-Studie	80
4	Ergebnisse	81
4.1	Wie sind die wachstums- und beschäftigungspolitischen Wirkungen von	
	Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Deutschland generell einzuschätzen?	81
4.2	Wie hoch sind die kurz- und die langfristigen Effekte auf das BIP?	82
4.3	Welche Beschäftigungseffekte kann man erwarten?	87
4.4	Welche Bedingungen fördern beziehungsweise behindern die Entfaltung positiver Effekte?	87
4.5	Welche Rolle spielen Engpässe der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland?	88
5	Fazit	88

- Verkehrsinfrastrukturinvestitionen sind sowohl konjunktur- als auch wachstumspolitisch ein wirksames staatliches Instrument.
- Durch öffentliche Verkehrsinfrastrukturinvestitionen werden private Investitionen nicht verdrängt, sondern sogar angeregt.
- Die Beschäftigungseffekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen sind sehr gering.

#### 1 Ausgangslage

Die im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sehr stark gestiegene Staatsverschuldung hat die Konsolidierungserfordernisse bei

<sup>1</sup>Der vorliegende Artikel wurde von Dr. Lars-H. Siemers, unter Koautorenschaft von Prof. Dr. Christoph M. Schmidt und Dr. Torsten Schmidt, verfasst (alle RWI Essen). Für hilfreiche Hinweise sei dem BMF, Heinz Gebhardt, Joachim Schmidt und Sabine Weiler gedankt. Der Artikel fasst die wesentlichen Ergebnisse des gleichnamigen Forschungsprojekts zusammen, das im Auftrag des BMF vom RWI Essen durchgeführt wurde. Der Forschungsbericht kann unter http://www.rwiessen.de/forschung-und-beratung/oeffentlichefinanzen/projekte/68/ eingesehen werden. Rückfragen bitte an Dr. Lars-H. Siemers (siemers@rwi-essen.de).

allen Gebietskörperschaften noch einmal deutlich verstärkt. In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) lag das gesamtstaatliche Budgetdefizit bereits im Jahr 2009 mit 75,3 Mrd. € historisch hoch. Bezogen auf das BIP bedeutete dies eine Defizitquote von 3,1%.<sup>2</sup> Nur im Jahr 2003 lag das Defizit höher, sowohl absolut mit 87 Mrd. € als auch relativ mit 4 % Defizit quote. Allerdings stehen die größten Belastungen für die öffentlichen Haushalte noch bevor: Für das Jahr 2010 erwartet das RWI ein Defizit von 110 Mrd. € (4,5 % Defizitquote) und für das Jahr 2011 in Höhe von 94 Mrd. € (3,7%). Der Schuldenstand des Gesamtstaats lag im Jahr 2009 in Relation zum nominalen BIP bei 72,5 % und wird nach Einschätzung des BMF bis 2013

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Vgl. RWI: Wirtschaftliche Erholung verläuft unerwartet schwungvoll, RWI-Pressemitteilung vom 23.06.2010 (http://www.rwi-essen.de/presse/).

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

auf etwa 82 % steigen.³ Es ist somit zu erwarten, dass Deutschland in den kommenden zwei Jahren weder die laut Maastricht-Kriterien zulässige maximale Defizitquote von 3 % noch die maximal zulässige gesamtstaatliche Schuldenstandsquote von 60 % einhalten wird.

Angesichts dieses deutlichen Anstiegs der Verschuldung wollen Bund und Länder nach Überwindung der Rezession ihre Konsolidierungsanstrengungen wieder verstärken. Die neue Schuldenbremse des Bundes erhöht den Konsolidierungsbedarf weiter (Art. 115 GG). Es gilt daher eine Konsolidierungsstrategie zu wählen, bei der die knappen Haushaltsmittel möglichst effektiv eingesetzt werden. Das Ziel sollte sein, mit den gegebenen Haushaltsmitteln die höchsten Wachstums- und Beschäftigungswirkungen zu entfalten.

Die Bundesregierung hat angekündigt, die notwendigen Konsolidierungsschritte "im Einklang mit einer wachstumsfreundlichen Ausrichtung der öffentlichen Finanzen" zu unternehmen.<sup>4</sup> Wachstumsfördernde Ausgaben erbringen in der Zukunft in Form von höherem Volkseinkommen und höheren Steuereinnahmen soziale Renditen und stellen in diesem Sinne für die Gesellschaft und den Staat Investitionen dar.<sup>5</sup> Wie der Sachverständigenrat <sup>6</sup> sieht die Bundesregierung auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in einer wichtigen Rolle.

Voraussetzung ist allerdings, dass Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur die erhofften Wachstums- und Beschäftigungseffekte tatsächlich erzielen. Nicht alle Ausgaben im Verkehrsbereich lassen zukünftige Erträge erwarten und können als Investitionen angesehen werden.<sup>7</sup> Gerade für Deutschland sind bisher nur relativ wenige empirische Untersuchungen zu den gesamtwirtschaftlichen Effekten von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen durchgeführt worden, so dass auf Basis dieser wenigen Studien eine genaue Quantifizierung der Wachstums- und Beschäftigungseffekte bisher kaum möglich ist. Es mangelt somit an empirischer Evidenz für die Wirksamkeit von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Deutschland. Im hier vorgestellten Gutachten<sup>8</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Jahresgutachten 2008/09, Wiesbaden, Ziffer 22.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Im Rahmen der Finanzstatistik stellen nur die sogenannten Sachinvestitionen Investitionen dar. Der Investitionsbegriff der Finanzstatistik wird allerdings massiv kritisiert. Vgl. hierzu z. B. Deutsche Bundesbank (2005), Die Änderungen am Stabilitätsund Wachstumspakt, als auch defizitbegrenzende Haushaltsregeln und nationaler Stabilitätspakt in Deutschland, Monatsbericht 4, S. 15-38. Frankfurt am Main: Deutsche Bundesbank.

<sup>8</sup> RWI (Rheinisch-Westfälisches
Institut für Wirtschaftsforschung),
Verkehrsinfrastrukturinvestitionen –
Wachstumsaspekte einer gestaltenden
Finanzpolitik, Endbericht, Februar 2010.
Forschungsprojekt im Auftrag des BMF. Die Autoren
der Studie sind Dr. György Barabas (RWI), Prof.
Dr. Werner Brilon (Ruhr-Universität Bochum),
Tobias Kitlinski (RWI), Prof. Dr. Christoph M.
Schmidt (Präsident des RWI, Ruhr-Universität
Bochum und Mitglied des Sachverständigenrats
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen
Entwicklung), Dr. Torsten Schmidt (RWI) und Dr.
Lars-H. Siemers (Projektleiter, RWI).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2010), Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung Januar 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Vgl. Bundesministerium der Finanzen (2010), Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung Januar 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Für einen Überblick über mögliche Schritte einer wachstumsorientierten Finanzpolitik siehe z. B. Gebhardt/Siemers, Perspektiven und Optionen einer wachstumsorientierten Finanzpolitik, Wirtschaftsdienst 88, Heft 6, Juni 2008.

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

werden die bisherigen Befunde mit aktuellen Daten und modernen Methoden ergänzt, so dass die Finanzpolitik auf Basis einer speziell für Deutschland verbesserten empirischen Evidenz geplant werden kann. Dabei wurden nach unserem Wissen erstmals auch gesamtdeutsche Daten ausgewertet.

## 2 Die Ergebnisse der bisherigen Studien

Die empirischen Ergebnisse zu den Effekten von öffentlichen Investitionen auf die Produktivität oder das BIP eines Landes sind sehr widersprüchlich. Sie reichen von "kein signifikanter Effekt" bis zu recht hohen Effekten.<sup>9</sup> Entsprechend herrscht Uneinigkeit bei der Einschätzung der Sinnhaftigkeit von öffentlichen Verkehrsinvestitionen. Eine Auswertung von 76 Studien kam allerdings zu dem Ergebnis, dass im Durchschnitt über alle Studien eine positive Outputelastizität von 0,08 % unterstellt werden kann. 10 Dies besagt, dass - wenn man durch staatliche Investitionen den öffentlichen Kapitalstock (zu dem der Bestand der Verkehrsinfrastruktur nahezu vollständig gehört) um 1% erhöht – die Produktionsleistung um durchschnittlich 0,08 % steigt.

<sup>9</sup> Für einen Literaturüberblick siehe z. B.
Abschnitt 1.2 unserer Studie oder Romp/de
Haan (2007), Public Capital and Economic
Growth: A Critical Survey, Perspektiven der
Wirtschaftspolitik 8 (Sonderheft), S. 6-52, oder Bom/
Lighthart (2008), How Productive is Public Capital?
A Meta-Analysis, CentER Diskussionspapier 2008-10,
Universität Tilburg. Einen Überblick speziell zu der
Literatur über die Effekte von Investitionen in die
Verkehrsinfrastruktur geben z. B. Bhatta/Drennan
(2003), The Economic Benefits of Public Investment
in Transportation: A Review of Recent Literature,
Journal of Planning Education and Research 22,
S. 288-296.

Wendet man diese Elastizität auf das nominale BIP Deutschlands des Jahres 2008 an und berechnet den Effekt einer Investition in Höhe von 1 Mrd. € in den öffentlichen Kapitalstock, so steigt das BIP in Vorjahrespreisen jährlich um weniger als 120 Mio. €. Die ebenfalls gefundenen tieferen Schätzergebnisse legen dagegen nahe, dass der Effekt womöglich deutlich tiefer oder gar Null ist. Umgekehrt verweisen die Schätzungen, die höhere Elastizitäten fanden, aber auf deutlich größere Effekte. Ein weiteres Problem ist, dass sich die meisten Schätzungen auf Veränderungen des öffentlichen Kapitalstocks und nicht speziell auf Veränderungen der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur beziehen. Man bewegt sich also bei der Einschätzung der zu erwartenden Effekte von öffentlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf sehr unsicherem Terrain.

Die hohe Bandbreite an gefundenen Effekten hat mindestens drei wesentliche Ursachen. Zum einen verwenden die Studien oft Daten aus verschiedenen Zeiträumen der Vergangenheit. Bedenkt man das Gesetz der abnehmenden Grenzerträge, so könnte der Effekt einer Investition sinken, wenn der Bestand an Verkehrsinfrastruktur gestiegen ist. Die Auswertung verschiedener Zeitfenster führt somit zu unterschiedlichen geschätzten Effekten.

Zum zweiten wurden meist Querschnittsanalysen für eine bestimmte Zusammenstellung an Ländern durchgeführt. Die geschätzten Effekte stellen somit die durchschnittlich zu findenden Effekte über den betrachteten Zeitraum und die betrachteten Länder dar. Da jedes Land aber mehr oder weniger unterschiedlich von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen profitiert, ist der geschätzte Effekt für einzelne Länder nicht repräsentativ. Werden unterschiedliche Länder untersucht, ist es sehr wahrscheinlich, dass auch unterschiedliche Effekte gefunden werden. Aber auch rein nationale Untersuchungen können auf gesamtstaatlicher Ebene oder auf unterschiedlichen Unterebenen zu

<sup>10</sup> Vgl. Bom/Lighthart (2008) oben.

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

unterschiedlichen Ergebnissen führen.
Gerade zwischen Unterebenen ist mit
sogenannten Spill-over-Effekten zu
rechnen. Diese besagen, dass z. B. die
Verkehrsinfrastrukturinvestitionen eines
Landes wie Hessen nicht nur den Menschen
und Unternehmen in Hessen, sondern auch
all den Wirtschaftsakteuren in Hessens
Nachbarschaft nutzen. Man kann vermuten,
dass u. a. deshalb bei gesamtstaatlichen
Untersuchungen regelmäßig höhere Effekte
gefunden wurden als bei Untersuchungen auf
geringerem Aggregationsgrad.

Der dritte Grund für unterschiedliche Ergebnisse ist die verwendete Methode. Gesamtstaatliche Untersuchungen, die nur ein Land betrachten, ermöglichen "nur" Zeitreihenanalysen, bei denen statistisch "nur" die Veränderungen der Daten des Gesamtstaates ausgewertet werden. Werden in Deutschland dagegen die Daten der 16 Länder ausgewertet, so kann sehr viel mehr zusätzliche Information genutzt werden, nämlich die Variation der Daten von 16 Ländern über einen bestimmten Zeitraum (sogenannte Paneldaten). Statistisch existieren jeweils verschiedene alternative ökonometrische Schätzmethoden, die jeweils Vorteile und Nachteile haben. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Simulationsmodelle oder die sektoralen Informationen der Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamts zu nutzen. Je nach Methode kommt man zu unterschiedlichen Ergebnissen.<sup>11</sup>

#### 3 Die RWI-Studie

Für die Planung einer finanzpolitisch nachhaltigen und wachstumsorientierten

<sup>11</sup> Für eine vertiefte theoretische und methodische Erörterung siehe die RWI-Studie oder FiFo (2006), Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinvestitionen in Deutschland, FiFo-Berichte 7, Forschungsprojekt im Auftrag des BMF, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität Köln (FiFo Köln).

Finanz- und Wirtschaftspolitik ist eine möglichst belastbare und speziell für Deutschland aufbereitete empirische Analyse zu den Effekten der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen eine wichtige Basis. Um den drei genannten Gründen für unterschiedliche Ergebnisse Rechnung zu tragen, wurden drei verschiedene Methoden verwendet sowie unterschiedliche Aggregationsgrade und Zeiträume untersucht. So wird die speziell in Deutschland zu erwartende Bandbreite der Effekte beziffert, um eine möglichst hohe Robustheit der Ergebnisse zu erreichen. Darüber hinaus sollen die jeweiligen Vorteile einer Methode zum Tragen kommen, ohne dass die jeweiligen Nachteile die Validität der Ergebnisse der abschließenden zusammenfassenden Auswertung infrage stellen.

Es wurde zum einen eine sogenannte VAR-Schätzung auf gesamtstaatlicher Ebene durchgeführt, die eine hochentwickelte Zeitreihenanalyse darstellt. Des Weiteren wurden auf Länderebene unterschiedliche sogenannte Panelschätzungen durchgeführt, die die Unterschiedlichkeit der Länder und verschiedenste statistische Probleme berücksichtigten. Speziell wurde im Rahmen der Untersuchung zum ersten Mal die Existenz landesspezifischer Wachstumspfade beachtet. Diese Schätzungen wurden jeweils für verschiedene Zeitperioden vollzogen. Darüber hinaus wurden verschiedene Simulationsrechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell (inklusive des Mittelfristmoduls) durchgeführt, das um Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erweitert wurde.12

Während bei der Untersuchung auf Ebene der Länder Produktionsfunktionenansätze gewählt wurden, die vor allem für die

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Dabei wird in den Modellrechnungen unterstellt, dass der Staat die Mehrausgaben für die Erhöhung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen über Schulden am Kapitalmarkt finanziert.

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

Messung von sich mittel- bis langfristig einstellenden sogenannten angebotsseitigen Effekten geeignet sind, fokussiert sich das RWI-Konjunkturmodell hauptsächlich auf die sich kurz- bis mittelfristig einstellenden nachfrageseitigen Effekte. In der Studie können somit, unter der üblichen Berücksichtigung der methodischen Grenzen, sowohl die kurzfristigen als auch die mittel- bis langfristigen Effekte quantifiziert werden. Erstere sind vor allem für konjunkturpolitische Fragen relevant, z.B. die Frage, ob Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zur kurzfristigen Stabilisierung der Konjunktur geeignet sind. Die langfristigen Effekte informieren dagegen darüber, ob solche Investitionen nachhaltig positive Wachstumseffekte mit sich bringen. Speziell untersucht wurden die Effekte der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen auf das reale BIP, auf die Beschäftigung beziehungsweise das Arbeitsvolumen und auf die privaten Investitionen. Darüber hinaus wurde versucht, Informationen darüber zu gewinnen, welche Umstände die Entfaltung positiver Effekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen fördern und welche diese eher behindern.

Ergänzend beinhaltet die Studie eine kurze empirische Analyse der Frage nach einer möglichen Entkopplung von Verkehrs- und Wirtschaftsleistung sowie eine aktuelle Darstellung der Engpasssituation der Verkehrsnetze des Straßen-, Schienen-, Wasserund Luftverkehrs.

#### 4 Ergebnisse

Im Folgenden werden die aus unserer Sicht wesentlichen Ergebnisse der Studie dargestellt. Für weitere und vertiefende Ergebnisse sei auf die Studie verwiesen. 4.1 Wie sind die wachstums- und beschäftigungspolitischen Wirkungen von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Deutschland generell einzuschätzen?

Die statistischen Analysen belegen eine positive Beziehung zwischen Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsleistung in Deutschland. Verkehrsinfrastrukturinvestitionen haben in der Vergangenheit in Deutschland das Bruttoinlandprodukt (BIP) erhöht. Es wird somit empirische Evidenz für positive Wachstumswirkungen von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen gefunden. Sie haben positive Konjunktureffekte (kurze Frist) und führen auch langfristig zu Wirtschaftswachstum. Sie stellen somit grundsätzlich ein effektives Instrument sowohl für eine konjunktur- als auch für eine wachstumsorientierte Wirtschaftsund Finanzpolitik dar. Die VAR-Analysen und die Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell zeigen, dass staatliche Verkehrsinfrastrukturinvestitionen das Wachstum u. a. dadurch steigern, dass neue private Investitionen durch diese angeregt werden (sogennanntes Crowdingin). Des Weiteren fanden wir Hinweise für die Gültigkeit des Gesetzes abnehmender Grenzerträge. Die Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen scheint seit den 1970er Jahren bis Ende der 1980er Jahre im Durchschnitt über alle Projekte gesunken zu sein. Diese variiert also vermutlich mit der Qualität und dem Bestand an Verkehrsinfrastruktur: Mit zunehmender Qualität und Höhe des Bestands an Verkehrsinfrastruktur in Deutschland sank die Wirksamkeit von Investitionen von 1970 bis 1989. Aufgrund des maroden Verkehrsnetzes in der DDR hat sie nach der Wiedervereinigung zeitweise wieder zugenommen. Nach umfassenden Investitionen, die die Lücken in den neuen Ländern Stück für Stück abbauten, sank die Wirksamkeit wieder.

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

Es konnte dagegen keine empirische Evidenz für direkte Beschäftigungseffekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen gefunden werden. Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell deuten allenfalls auf relativ geringe Effekte hin. Der Grund dafür dürfte darin liegen, dass Verkehrsinvestitionen, vor allem Straßenbauinvestitionen, mit starkem Einsatz großer Maschinen mit geringem Arbeitsaufwand durchgeführt werden. Größere Beschäftigungseffekte können dann nur von den Multiplikatorund Akzeleratoreffekten der klassischen Art ausgehen. Dies würde im Einklang mit den Ergebnissen von bisherigen Studien stehen, welche für die Straßeninfrastruktur in Deutschland ein komplementäres (d. h. ergänzendes) Verhältnis zum privaten Kapitalstock, aber ein substitutives (d. h. ersetzendes) Verhältnis zum Faktor Arbeit fanden.<sup>13</sup> Daher sollten Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu mehr privaten Investitionen führen, aber letztlich nicht unbedingt zu bedeutend mehr Beschäftigung.

### 4.2 Wie hoch sind die kurz- und die langfristigen Effekte auf das BIP?

Für die praktische Wirtschafts- und
Finanzpolitik ist es wichtig, die zu erwartenden
Effekte von staatlichen Investitionen zu
quantifizieren. Dabei wird zwischen den
Jahreseffekten und den akkumulierten
Gegenwartswerten über die gesamte
Nutzungsdauer der Verkehrsinfrastruktur
unterschieden. Bei den Jahreseffekten ist
noch einmal zu unterscheiden zwischen
den Effekten, die sich im ersten bis zweiten
Jahr der Investition (Kurzfristeffekt), nach
etwa drei Jahren (Mittelfristeffekt) und
später (Langfristeffekt) auf das jährliche BIP
einstellen.

#### Jahreseffekte

Wir fanden erwartungsgemäß je nach Methode recht unterschiedliche Größenordnungen der Effekte. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 zusammengestellt. Auf der Basis einer gesamtstaatlichen VAR-Schätzung fanden wir Belege dafür, dass eine Erhöhung der gesamtstaatlichen Investitionen im ersten Jahr im Durchschnitt zu einem Anstieg des BIP führte. Für einen längerfristigen Effekt fanden wir keine statistisch belegbaren

Tabelle 1: Vergleich der kurz- und langfristigen realen Effekte einer Investition in Höhe von 1 Mrd. € in Preisen des Jahres 2008; Effekte in Mrd. €

	Kurzfristeffekt bzw. im 1. Jahr	Langfristeffekt bzw. nach 3 Jahren
VAR-Modell	(8,2)	-
Panelmodell	0,1	0,13-0,4
RWI-Konjunkturmodell	1,0	0-0,05

Eigene Berechnungen auf Basis des BIP von 2008. Nur statistisch signifikante Effekte sind aufgeführt. Die Vergleichbarkeit der Langfristeffekte des Panelmodells mit denen des Konjunkturmodells ist aufgrund unterschiedlicher Definitionen eingeschränkt: beim Konjunkturmodell bezeichnet der Langfristeffekt den Jahreseffekt nach drei Jahren (Mittelfristeffekt), bei der Panelanalyse den sich langfristig einstellenden jährlichen Effekt auf die Produktion. Obwohl im RWI-Konjunkturmodell eine dauerhafte Erhöhung der Investitionen simuliert wurde, ist hier der Effekt einer einmalig erhöhten Investition beziffert, um die Vergleichbarkeit zu wahren.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Vgl. Seitz (1993), A Dual Economic Analysis of the Benefits of the Public Road Network, The Annals of Regional Sciences 27, S. 223-239.

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

Hinweise. Ein wesentlicher Wirkungskanal von Verkehrsinvestitionen ist laut den VAR-Schätzungen die Generierung von zusätzlichen privaten Investitionen. Der geschätzte kurzfristige Effekt im ersten Jahr ist quantitativ unglaubwürdig hoch, so dass die VAR-Schätzungen lediglich qualitativ aussagekräftig sind. Die VAR-Schätzungen bereiten somit empirische Evidenz für die Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, sie erwiesen sich jedoch im vorliegenden Fall aufgrund einer zu geringen Anzahl an nutzbaren Jahresbeobachtungen für eine belastbare Quantifizierung der kausalen Effekte als ungeeignet.

Auf Basis der im Zentrum der Studie stehenden Länder-Panelanalyse fanden wir erwartungsgemäß geringere Effekte. Nach unseren Produktionsfunktionsschätzungen führt eine Erhöhung des  $Verkehrs in frastrukturbestandes\,um\,1\%\,im$ Durchschnitt der Jahre von 1993 bis 2006 über alle Länder zu einem kurzfristigen Anstieg des BIP um 0,03 %. Der Effekt wächst langfristig auf 0,04% bis maximal 0,12% des BIP. Eine Investition in Höhe von 1 Mrd. € führt somit zu einem kurzfristigen Anstieg des BIP um etwa 100 Mio. €, der langfristig auf 130 Mio. € bis maximal 400 Mio. € anwächst (vgl. Tabelle 1, zweite Zeile). Letztlich verdichten sich die empirischen Ergebnisse bei Elastizitäten für den Langfristeffekt in einem engen Bereich von 0,065 % bis 0,07 %, was bei einer Investition in Höhe von 1 Mrd. € mit einem jährlichen BIP-Anstieg von 230 Mio. € bis 250 Mio. € aleichzusetzen ist.

Darüber hinaus haben wir schwache
Evidenz für Spill-over-Effekte
zwischen den Ländern bezüglich der
Verkehrsinfrastrukturinvestitionen gefunden.
Es muss deshalb beachtet werden, dass
in der Panelanalyse über die Länder der
durchschnittliche Wachstumseffekt von
Verkehrsinfrastrukturinvestitionen vermutlich
unterschätzt wird. Die Spill-over-Effekte
belastbar zu quantifizieren, war im Rahmen
der Untersuchung nicht möglich.

Wir fanden auch Evidenz dafür, dass die Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in den ostdeutschen Bundesländern sehr viel höher war: Investitionen in Höhe von 1 Mrd. € riefen vermutlich jährliche Erträge von deutlich über 1 Mrd. € hervor. Aufgrund des maroden Zustands der Verkehrsinfrastruktur nach der Wiedervereinigung bestand dort also erwartungsgemäß eine Unterversorgung, was die Wachstumseffekte von Investitionen deutlich erhöhte.

Im RWI-Konjunkturmodell, das auch ein Mittelfristmodul umfasst, haben unsere Simulationen einer einmaligen Investition in Höhe von 1 Mrd. € einen kurzfristigen nominalen Effekt im ersten Jahr von knapp 1,3 Mrd. € ergeben. ¹⁴ Aufgrund der gestiegenen Nachfrage bei gegebenen Kapazitäten kommt es zu nennenswerten Preiserhöhungen. Deshalb sinkt dieser Effekt real auf etwa 1,1 Mrd. €. Diese Effekte wirken aber nur temporär: Nach drei Jahren verbleibt kein realer BIP-Effekt mehr. Auch im Konjunkturmodell wird

<sup>14</sup> Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass jedes Modell eine vereinfachte Abbildung der Realität darstellt. So wird in den Modellsimulationen unterstellt, dass die Kreditfinanzierung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen keine Auswirkungen auf das Zinsniveau hat. Sollte es durch die Ausweitung der Investitionen zu einem nennenswerten Anstieg des Zinsniveaus kommen, dürften die Nachfrageeffekte geringer ausfallen. Zudem werden internationale Rückwirkungen nur dadurch berücksichtigt, dass die Erhöhung der Investitionen zu einer Ausweitung der Importe führt. Falls es durch die Investitionen auch zu einer Aufwertung des Euro käme, würden auch die Exporte und damit das Wachstum gedämpft. Dies wird im Modell ebenfalls nicht berücksichtigt. Angesichts des relativ geringen Volumens der einmaligen zusätzlichen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erscheint dies aber eine vertretbare Vereinfachung zu sein.

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

der private Kapitalstock durch staatliche
Verkehrsinfrastrukturinvestitionen
geringfügig erhöht. Wir finden somit bei
staatlichen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen
keine Verdrängung, sondern
eine Stimulierung von privaten
Investitionen. Dies bedeutet, dass durch
Verkehrsinfrastrukturinvestitionen das
Wachstumspotenzial dauerhaft erhöht wird.
Aufgrund der mittelfristigen Angebotseffekte
kann auf Basis der Simulationen von einem
langfristigen Effekt von mindestens 0,05 Mrd. €
ausgegangen werden.

Es ist beim RWI-Konjunkturmodell zu beachten, dass es tendenziell ein nachfrageorientiertes Simulationsmodell ist, während bei der Panelanalyse die Angebotsseite betrachtet wird, ohne dass Nachfrageeffekte in stärkerem Maße erfasst würden. Die Ergebnisse der beiden Untersuchungen sind somit nicht ganz vergleichbar. Während beim Konjunkturmodell die kurzfristigen Nachfrage- und die mittelfristigen Angebotseffekte ermittelt werden, stehen beim Produktionsfunktionenansatz die langfristigen Angebotseffekte im Vordergrund. Die im Rahmen des Mittelfristmoduls des RWI-Konjunkturmodells geschätzten Angebotseffekte auf das Produktionspotenzial von circa 0,05 Mrd. € bei einer Investition in Höhe von 1 Mrd. € liegt etwas tiefer als das Ergebnis für den Kurzfristeffekt bei der Länderpaneluntersuchung (knapp 0,1 Mrd. €). Es kann also davon ausgegangen werden, dass der Angebotseffekt sich nach den im Konjunkturmodell betrachteten drei Jahren weiter erhöht. Die Studie leistet somit sowohl eine Quantifizierung der temporären konjunkturellen Nachfrageeffekte (kurze bis mittlere Frist) als auch der eher wachstumsfördernden Angebotseffekte (mittlere bis lange Frist).

#### Der Effekt einer

Verkehrsinfrastrukturinvestition in Höhe von 1 Mrd. € lässt sich innerhalb unserer Studie somit in einen kurz- bis mittelfristigen Nachfrage- und einen mittel- bis langfristigen Angebotseffekt aufteilen: (i) Nachfrageeffekte vor allem im ersten Jahr in Höhe von nominal 1,3 Mrd. € beziehungsweise real von etwa 1 Mrd. €, die im dritten Jahr nicht mehr wirken; (ii) ab dem zweiten Jahr jährliche reale Angebotseffekte in Höhe von etwa 0,05 Mrd. € bis 0,1 Mrd. €, die langfristig auf 0,13 Mrd. € bis maximal 0,4 Mrd. € pro Jahr steigen.

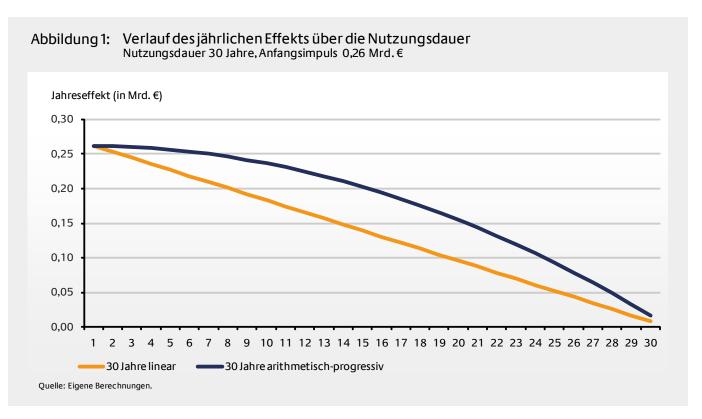
### Der über die Nutzungsdauer akkumulierte Wachstumseffekt

Für eine wachstumsorientierte Wirtschaftsund Finanzpolitik sind vor allem die Effekte auf das BIP relevant, die sich nicht nur temporär, sondern anhaltend einstellen. Dies sind die eigentlichen angebotsseitigen Wachstumseffekte. Da die Langfristeffekte der Paneluntersuchung lediglich den Effekt auf die jährliche gesamtwirtschaftliche Produktion angeben, muss ein akkumulierter Effekt als Summe aller zukünftigen Effekte der geschaffenen Verkehrsinfrastruktur bestimmt werden, wie es von van Suntum et al. (2008) vorgeschlagen wird. <sup>15</sup> Um diesen akkumulierten Effekt zu quantifizieren, muss die Lebensdauer der durch Investitionen netto geschaffenen Verkehrsinfrastruktur unter Berücksichtigung deren jährlicher Abnutzung beachtet werden. Des Weiteren sollte - abweichend von van Suntum et al. (2008) – für eine Vergleichbarkeit der Effekte der Gegenwartswert der Wirkung bestimmt werden, so dass auch die Opportunitätskosten der Finanzierung beachtet werden.

Gemäß van Suntum et al. (2008: 28) lässt sich eine durchschnittliche Lebensdauer des

<sup>15</sup> Vgl. van Suntum/Hartwig/Holznagel/Ströbele/ Armbrecht/Deckers/Uhde/Westermeier (2008), Bedeutung der Infrastrukturen im internationalen Standortwettbewerb und ihre Lage in Deutschland, Gutachten im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Schätzungen des akkumulierten Effekts auf Basis von dynamischen Panelmodellen lieferten innerhalb der RWI-Studie leider keine belastbaren Ergebnisse.

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK



deutschen Verkehrsinfrastrukturkapitalstocks von gut 30 Jahren berechnen. Je nach Investition kann diese aber auch bei 20 oder 40 und mehr Jahren liegen. Wir haben deshalb drei Szenarien mit 20, 30 und 40 Jahren durchschnittlicher Lebensdauer berechnet. Dabei haben wir zuerst wie van Suntum et al. (2008) eine lineare Abschreibung des durch Investitionen neu geschaffenen Bestandes unterstellt. Da man aber davon ausgehen muss, dass Verkehrsinfrastruktur anfangs nur wenig, dann aber immer stärker pro Jahr abgenutzt wird, haben wir auch eine arithmetischprogressive Abnutzung betrachtet. Dabei erhöht sich die Abschreibung jedes Jahr um einen festen Betrag (Progressionsbetrag), so dass am Ende der Nutzungsdauer der Kapitalbestand vollständig abgeschrieben beziehungsweise abgenutzt ist.

Wie sich der jährliche BIP-Effekt (nicht diskontiert) über die Nutzungsdauer von 30 Jahren bei einem jährlichen Anfangseffekt von 0,262 Mrd. € jeweils entwickelt, wird in Abbildung 1 dargestellt.

Bei der Bestimmung der Diskontrate orientieren wir uns am durchschnittlichen Schuldzinsniveau des Bundes. Dieses beläuft sich auf 4,2% pro Jahr.¹⁶ Als Anfangsimpuls haben wir zum einen auf Basis der kurzfristigen Angebotseffekte gemäß Mittelfristmodul des RWI-Konjunkturmodells und Panelanalyse einen Mindesteffekt im ersten Jahr von 100 Mio. € unterstellt. Alternativ haben wir als wahrscheinlichsten Effekt einen jährlichen Anfangsimpuls von 230 Mio. € und als Maximaleffekt von 262 Mio. € verwendet. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 zusammengefasst.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Der Schuldenstand des Bundes am Kreditmarkt belief sich Ende 2008 auf etwa 980 Mrd. € (BMF 2009a, 2009b). Im Bundeshaushalt sind im Soll für das Jahr 2009 Zinsausgaben in Höhe von 41,5 Mrd. € veranschlagt (BMF 2009a: 20). Daraus berechnet sich eine durchschnittliche Verzinsung der Bundesschuld am Kapitalmarkt von 4,2 %. Das BMF geht davon aus, dass aufgrund des gegenwärtig niedrigen Zinsniveaus aktuell eine Nettoneuverschuldung mit Zinsausgaben von nur 3 % einhergeht (BMF 2009a: 79).

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

Abbildung 2: Der diskontiert akkumulierte Wachstumseffekt einer Verkehrsinfrastrukturinvestition in Höhe von 1 Mrd. € bei einer Nutzungsdauer von 30 Jahren (arithmetisch-progressive Abnutzung)

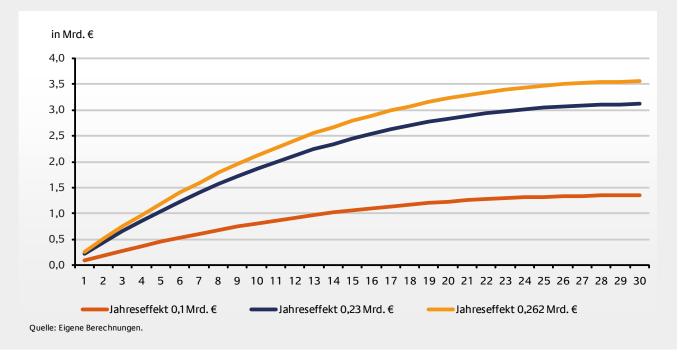


Tabelle 2: Bandbreite des diskontierten akkumulierten langfristigen realen Effekts einer Investition in Höhe von 1 Mrd. € auf das BIP
Lineare und arithmetisch-progressive Abnutzung über eine Nutzungsdauer von 20, 30 und 40 Jahren; Effekte in Mrd. € und in Preisen des Jahres 2008

		Nutzungsdauer in Jahren						
	20	30	40					
Jährlicher Anfangseffekt		Lineare Abnutzung						
0,1 Mrd. €	0,8	1,1	1,3					
0,23 Mrd. €	1,9	2,5	3,0					
0,262 Mrd. €	2,2	2,8	3,4					
		Arithmetisch-progressive Abnutzung						
0,1 Mrd. €	1,0	1,4	1,6					
0,23 Mrd. €	2,4	3,1	3,7					
0,262 Mrd. €	2,7	3,6	4,2					

Eigene Berechnungen. Ablesebeispiel: Durch eine Investition in die Verkehrsinfrastruktur in Höhe von 1 Mrd. € wird über eine unterstellte Nutzungsdauer von 30 Jahren ein zusätzliches BIP im Gegenwartswert von 3,1 Mrd. € bewirkt, wenn als Anfangsimpuls ein zusätzlicher jährlicher BIP-Effekt von 0,23 Mrd. € und eine arithmetisch-progressive Abnutzung unterstellt wird.

Je nach Nutzungsdauer und Abnutzungsmuster der durch Investitionen geschaffenen Verkehrsinfrastruktur liegt der diskontierte akkumulierte Effekt einer Verkehrsinfrastrukturinvestition in Höhe von 1 Mrd. € in einer Bandbreite von 0,8 Mrd. € bis 2,7 Mrd. € (Nutzungsdauer von 20 Jahren), 1,1 Mrd. € bis 3,6 Mrd. € (Nutzungsdauer von 30 Jahren) und 1,3 Mrd. € bis 4,2 Mrd. € (Nutzungsdauer

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

von 40 Jahren); ist die Nutzungsdauer der durch Investitionen geschaffenen Verkehrsinfrastruktur noch länger, so steigt der akkumulierte Effekt weiter. Die Bandbreite der zu erwartenden diskontierten akkumulierten Wachstumseffekte ist in Abbildung 2 noch einmal veranschaulicht. Es ist somit wahrscheinlich, dass der Gegenwartswert der Investitionserträge die Investitionskosten nicht unterschreitet und Verkehrsinfrastrukturinvestitionen effizient sind. Verwendet man die am häufigsten geschätzte Elastizität (jährlicher Anfangseffekt 0,23 Mrd. €), die durchschnittliche Nutzungsdauer von etwa 30 Jahren und das arithmetisch-progressive Abnutzungsmuster, so kann bei einer Investition in Höhe von 1 Mrd. € von einem Effekt von etwa 3 Mrd. € ausgegangen werden. Auch wenn man vorsichtig den niedrigen jährlichen Anfangseffekt von nur 0,1 Mrd. € unterstellt, werden die Investitionskosten selbst bei einer selten anzutreffenden Nutzungsdauer von nur 20 Jahren vermutlich knapp durch die Investitionserträge "finanziert". Eine solche Betrachtung vernachlässigt aber noch sämtliche dynamische Rückwirkungen der Finanzierung der Investition. So verteuern kreditfinanzierte staatliche Investitionen z.B. möglicherweise private Investitionen durch etwaige steigende reale Zinsen. Der tatsächliche akkumulierte Effekt könnte daher etwas kleiner sein.

### 4.3 Welche Beschäftigungseffekte kann man erwarten?

Wie oben ausgeführt, konnten signifikante Beschäftigungseffekte im Rahmen der VAR-Analyse nicht gefunden werden. Auch im Rahmen der Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell ergeben sich lediglich leicht positive Beschäftigungswirkungen: Demnach steigt die Beschäftigung bei einer einmaligen Verkehrsinfrastrukturinvestition in Höhe von 1 Mrd. € im ersten Jahr um etwa 2 500 Beschäftigte. Dieses Beschäftigungsplus wird im zweiten Jahr noch gehalten, aber im dritten Jahr kommt es wieder zu einem solchen Rückgang, dass die einmalige Investition

keinen zusätzlichen Beschäftigungseffekt mehr bewirkt.

Bei einer permanenten Investitionserhöhung um 1 Mrd. € steigt die Beschäftigung nach drei Jahren um 5 000 Erwerbstätige. Wir finden damit deutlich geringere Beschäftigungseffekte als Bach et al. (1994), Baum und Kurte (1999) oder Hartwig und Armbrecht (2008), die ihre Berechnungen auf Input-Output-Analysen stützten, wie sie auch bei den Wirtschaftlichkeitsrechnungen für die Erstellung der Bundesverkehrswegepläne verwendet werden. In diesen Studien liegt der Beschäftigungseffekt einer Investition von 1 Mrd. € in die Verkehrsinfrastruktur in einer Bandbreite von 15 000 bis 21 500 Beschäftigten.

## 4.4 Welche Bedingungen fördern beziehungsweise behindern die Entfaltung positiver Effekte?

Im Rahmen der Studie wurden verschiedene Aspekte der Fragestellung beleuchtet, welche Bedingungen die Entfaltung von positiven Effekten durch Verkehrsinfrastrukturinvestitionen fördern beziehungsweise behindern. Es fanden sich im Rahmen der Paneluntersuchung Belege für einen schwachen Effekt des Alterskoeffizienten: In Regionen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Ruheständlern scheint die Wachstumswirksamkeit von Verkehrsinvestitionen ein wenig geringer zu sein als in Regionen mit einem niedrigeren Alterskoeffizienten. Verkehrsinfrastrukturinvestitionen sind somit in Regionen, in denen das Durchschnittsalter im Vergleich zu anderen Regionen niedriger ist, noch ein wenig effektiver. Des Weiteren fanden wir Evidenz dafür, dass die Wirksamkeit von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Regionen mit höherer Bevölkerungsdichte ein wenig höher ist.

WACHSTUMSASPEKTE VON VERKEHRSINFRASTRUKTURINVESTITIONEN IM RAHMEN EINER GESTALTENDEN FINANZPOLITIK

## 4.5 Welche Rolle spielen Engpässe der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland?

Engpässe bestehen bei der deutschen Verkehrsinfrastruktur vor allem beim Straßenund Schienennetz. Aufgrund der Komplexität des Verkehrsgeschehens ist bei einer Planung von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen eine gesamtheitliche Sicht notwendig, die auch das Zusammenspiel von beobachtbaren und latent bestehenden Engpässen im Auge behält. So kann die Beseitigung eines Engpasses zur Entstehung eines neuen Engpasses führen, der zuvor latent vorhanden war. Die Folge wäre, dass eine Investition, die einen akuten Engpass beseitigt, letztlich die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur nicht wesentlich verbessern würde: Wachstumswirkungen würden von einer solchen Verkehrsinfrastrukturinvestition also nicht ausgehen. Bei einer regionalen Verlagerung des Engpasses würde vielleicht die enge Region, in welcher der Engpass beseitigt wurde, wirtschaftlich profitieren. Doch dies würde auf Kosten einer anderen Region geschehen, in der nun der neue Engpass entsteht. Es wäre sogar denkbar, dass eine solche Investition gesamtwirtschaftlich die Wirtschaftsleistung senkt.<sup>17</sup>

#### 5 Fazit

Die vorliegende Studie ist unseres Wissens nach die erste umfassende Studie zu den Wachstums- und Beschäftigungswirkungen der Verkehrsinfrastruktur, die gesamtdeutsche Daten auswertet. Zusammenfassend

ist die Bandbreite der in Deutschland zu erwartenden durchschnittlichen Wachstums- und Beschäftigungseffekte von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zwar immer noch relativ hoch. Im Vergleich zu den Ergebnissen der internationalen Studien konnte aber speziell für Deutschland die bestehende Unsicherheit und die damit einhergehende Bandbreite der möglichen Effekte deutlich reduziert werden. Zu einer Reihe an vertiefenden Fragestellungen wurde aktuelle empirische Evidenz geschaffen. So wird etwa die Bandbreite der sich kurzfristig, mittelfristig und langfristig einstellenden Jahreseffekte und der sich über eine bestimmte Nutzungsdauer einstellende Gesamteffekt einer Investition in die Verkehrsinfrastruktur quantifiziert.18

Ob eine bestimmte Investition effizient ist, sprich der Gegenwartswert der zukünftigen Erträge die Investitionskosten zumindest nicht unterschreitet, muss letztlich immer gemäß regionalen und den mit der Investition einhergehenden Besonderheiten (z. B. auch der zu erwartenden Nutzungsdauer) eingeschätzt werden. Die Studie belegt, dass die durchschnittlich von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu erwartenden Wachstumseffekte nicht unbedingt einem Vielfachen der Investitionskosten entsprechen. Aber auch die Gegenposition einer nicht vorhandenen Wirksamkeit wird durch die empirischen Ergebnisse nicht gestützt. Insgesamt waren Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in der Vergangenheit ein wirksames Instrument einer wachstumsorientierten Finanzpolitik.

<sup>18</sup> In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die in Fußnote 14 angesprochenen methodischen Grenzen des Konjunkturmodells bei der Bestimmung der kurz- bis mittelfristigen Effekte verwiesen.

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Vgl. Romp/de Haan (2007) oben, S. 12.

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

### Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen

#### Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen unter Einbeziehung der Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010

1	Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote	89
	Struktur des Steueraufkommens	
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften	94
4	Internationaler Kontext	96
5	Ausblick	97

- Die Steuereinnahmen 2010 von Bund, Ländern und Gemeinden liegen mit 510 Mrd. € unter dem Niveau der vergangenen drei Jahre. Das Einnahmenniveau von 2008 wird voraussichtlich erst 2013 wieder erreicht, die Steuerquote des Jahres 2008 deutlich später.
- Mittelfristig überwiegt der Anteil der indirekten Steuern wieder leicht.
- Die Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden ist relativ stabil.
- Deutschland hat im internationalen Vergleich weiterhin eine unterdurchschnittliche
   Steuerquote und eine mittlere Abgabenquote.

Vom 4. bis 6. Mai 2010 fand die 136. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Der Arbeitskreis schätzte die Steuereinnahmen von Bund. Ländern und Gemeinden für die Jahre 2010 bis 2014. Dabei wurden sowohl die gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Umstände infolge der gravierenden Krise am Finanzmarkt als auch die gegensteuernden Maßnahmen der Bundesregierung berücksichtigt. Der Schwerpunkt dieses Beitrages wird auf der Frage liegen, wie sich die Steuerstruktur und die Verteilung der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren voraussichtlich ändern werden und wie sich diese Veränderungen in die langfristige Entwicklung einfügen.

#### 1 Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote

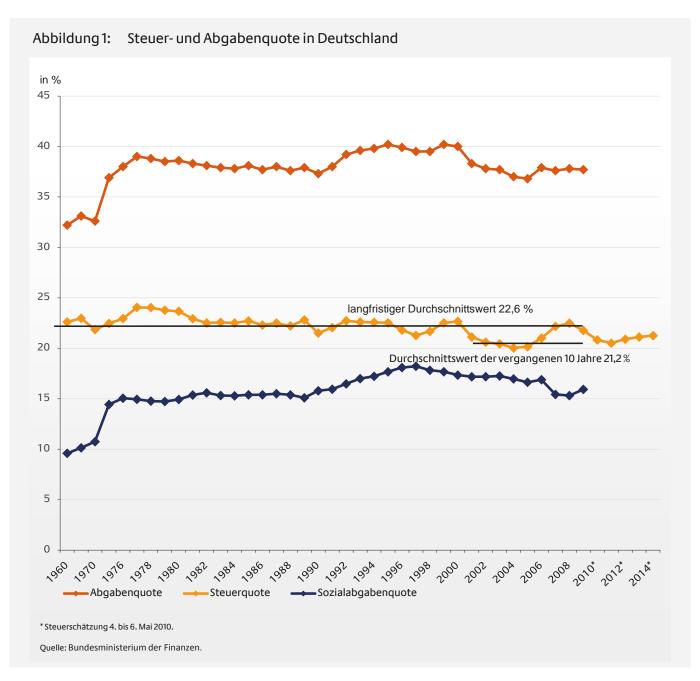
Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wird die deutsche Volkswirtschaft noch längere Zeit spüren. Das Niveau der Steuereinnahmen ist durch den 2009 erfolgten Rückgang um 35 Mrd. € auf 524 Mrd. € erheblich gesunken. Hierfür war im Wesentlichen der Rückgang der Wirtschaftsleistung um nominal 3,5 % ursächlich. Die Steuereinnahmen werden nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" für 2010 mit 510 Mrd. € nochmals zurückgehen. Bund, Länder und Gemeinden werden erst 2013 Steuereinnahmen auf dem Einnahmenniveau 2008 erzielen und dies bei zwischenzeitlich gestiegenen staatlichen Ausgaben zu verkraften haben.

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

Die volkswirtschaftliche Steuerquote als Verhältnis von Steuereinnahmen in der Abgrenzung der Finanzstatistik zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird sich von 21,8 % im Jahr 2009 auf voraussichtlich 20,8 % in 2010 und 20,5 % im Jahr 2011 und damit um über 1 Prozentpunkt verringern. Zwar wird bereits ab 2010 mit einer konjunkturellen Erholung gerechnet. Die steuerlichen Maßnahmen zur Stützung dieser

Entwicklung (z. B. Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung,

Wachstumsbeschleunigungsgesetz) und die mit zeitlicher Verzögerung eintretenden Auswirkungen der Krise auf das Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern senken das Steueraufkommen 2010 und dämpfen seine Erholung im Jahr 2011. Somit sinkt bei steigendem BIP die Steuerquote 2010 und 2011 erheblich. Danach wird sie wieder



STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

leicht ansteigen und bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2014 voraussichtlich bei 21,3 % liegen (vgl. Abbildung 1). Der langfristige Durchschnittswert beträgt 22,6 %. Der bisher niedrigste Wert war 20,0 % im Jahr 2004.

Die Aufkommenselastizität als Verhältnis von relativer Veränderung der Steuereinnahmen zu relativer Veränderung des Bruttoinlandsprodukts lag von 2005 bis 2009 erheblich über 1. Bis einschließlich 2008 bedeutete dies, dass das Steueraufkommen bei wachsendem BIP stärker als das BIP wuchs. Ursächlich hierfür sind zum einen Maßnahmen zur Erhöhung des Steueraufkommens (z. B. Anhebung des Umsatzsteuersatzes 2007). Zum anderen trugen das wesentlich über dem BIP-Wachstum liegende Ansteigen der Unternehmens- und Vermögenseinkommen und die Progressivität des Einkommensteuertarifs zu dieser Entwicklung bei. 2009 allerdings ließ das gleiche Ursachenbündel mit umgekehrten Vorzeichen das Steueraufkommen stärker sinken als das BIP.

2010 werden die Steuereinnahmen trotz unterstellter wirtschaftlicher Erholung (nominales BIP: +1,8 %) vor allem wegen der in Kraft tretenden Steuerentlastungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung, Wachstumsbeschleunigungsgesetz) um - 2,6 % sinken. Die Aufkommenselastizität wird also mit -1,5 negativ sein. Auch 2011 liegt die Aufkommenselastizität noch unter 1, d. h. das BIP steigt schneller als die Steuereinnahmen. Erst ab 2012 kehrt sich diese Entwicklung wieder um. Im langfristigen Durchschnitt liegt die Aufkommenselastizität etwa bei 1.

Die Einbeziehung der Beiträge zur Sozialversicherung führt zur Abgabenquote als Verhältnis von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zum nominalen BIP. Die Abgabenquote in der Abgrenzung der Finanzstatistik fiel seit 1999 von 40,2 % auf 36,8 % im Jahr 2005. Danach stieg die Abgabenquote um rund 1 Prozentpunkt und betrug 37,8 % für 2008 (vgl. Abbildung 1). Während sich die Steuerquote beträchtlich erhöhte, wirkten sich der erhöhte Bundeszuschuss zur Stabilisierung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung und die mehrmalige Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung bei der Sozialabgabenquote niveaumindernd aus. 2009 kehrte sich der Trend um: Bei sinkender Steuerquote stieg die Sozialabgabenquote erheblich an – per Saldo blieb die Abgabenquote allerdings mit 37,7 % nahezu konstant.

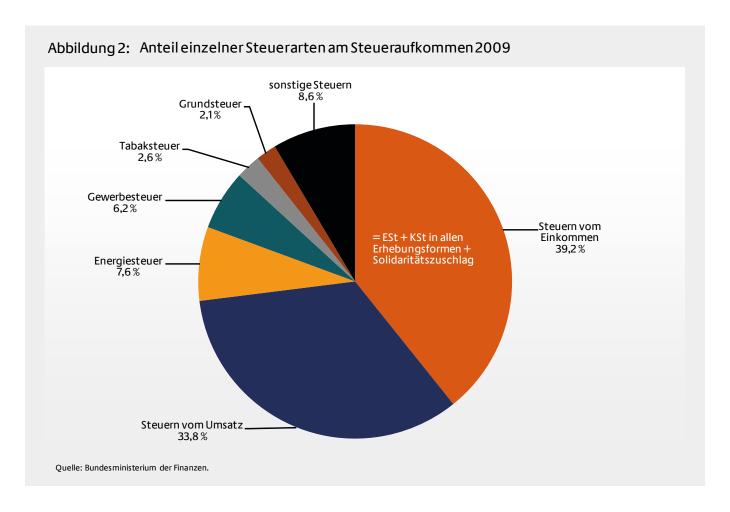
#### 2 Struktur des Steueraufkommens

Die Analyse von Steuer- und Abgabenquoten liefert noch keine Aufschlüsse über die Struktur unseres Steuersystems. Dazu sind Betrachtungen des Aufkommens und der Entwicklung einzelner Steuerarten nötig. So machen 2009 allein die Steuern vom Einkommen (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) und die Steuern vom Umsatz bereits 73% der gesamten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus. Zusammen mit der Energiesteuer und der Gewerbesteuer steigt dieser Anteil auf fast 87%. Werden noch die Tabaksteuer und die Grundsteuer hinzugezählt, dann entfallen über 91% der gesamten Steuereinnahmen auf die acht größten Steuern (vgl. Abbildung 2)1.

Der Anteil der Steuern vom Einkommen verringerte sich in den vergangenen zehn Jahren um gut 4 Prozentpunkte und in den zurückliegenden 20 Jahren sogar um gut 7 Prozentpunkte. Er wird 2010 voraussichtlich

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der Begriff "Einkommensteuer" umfasst dabei die Erhebungsformen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sowie nicht veranlagte Steuern vom Ertrag.

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

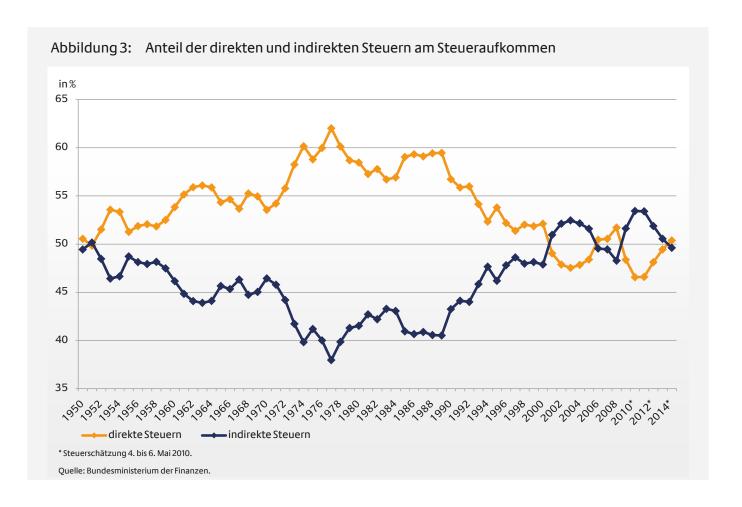


weiter sinken auf dann 37,4%. Hierzu gegenläufig erhöhte sich der Anteil der Steuern vom Umsatz in den vergangenen zehn Jahren um knapp 4 Prozentpunkte und in den zurückliegenden 20 Jahren sogar um knapp 7 Prozentpunkte. 2009 betrug dieser Anteil mit 33,8% erstmals gut ein Drittel der Steuereinnahmen, und für 2010 wird mit einem Anteil von 35,3% ein neuer Höchstwert prognostiziert. Die Ursachen hierfür sind in den Tarifsenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer und Regelsteuersatzerhöhungen bei der Umsatzsteuer zu sehen.

Dieser Trend wurde in Zeiten guter konjunktureller Entwicklung durchbrochen. So erhöhte sich der Anteil der Steuern vom Einkommen von 39,7 % im Jahr 2006 auf 41,6 % für 2008. Diese Entwicklung wurde angetrieben vom Anstieg der Bruttolohnsumme und der Unternehmensund Vermögenseinkommen und verstärkt durch den progressiven Tarif der Lohn- und Einkommensteuer. Bis 2007 nahm auch das Aufkommen der Körperschaftsteuer wieder stark zu, nachdem es 2001 im Zuge der Systemumstellung massiv eingebrochen war. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich negativ auf das Körperschaftsteueraufkommen aus: 2008 verringerte es sich um - 31% und 2009 um weitere - 55%. Auch das Einkommensteueraufkommen sank 2009 um - 9%. Bei der für die Gemeinden wichtigen Gewerbesteuer ist 2009 der größte Einnahmerückgang festzustellen: - 21%.

Dagegen weist das Aufkommen der Steuern vom Umsatz – ungeachtet der Rezession – keine Rückgänge auf. Dies kann auf die relativ stabile Entwicklung des inländischen Konsums zurückgeführt werden.

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN



Die beschriebenen Entwicklungen der Steuern vom Einkommen und der Steuern vom Umsatz prägen aufgrund ihrer Größe auch das Verhältnis der Anteile von direkten und indirekten Steuern. Während der Anteil der indirekten Steuern von 2001 bis 2005 bereits erstmalig über dem Anteil der direkten Steuern lag, sank er infolge des mit der konjunkturellen Entwicklung verbundenen Anstiegs des Aufkommens der Steuern vom Einkommen von 2006 bis 2008 unter den Anteil der direkten Steuern, 2009 ist der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen mit 51.6 % wieder größer und wird 2010 voraussichtlich sogar 53,4% betragen (vgl. Abbildung 3). Hierin spiegeln sich neben der aktuellen Krise sowohl die das Aufkommen erheblich mindernden Steuerrechtsänderungen bei der Einkommensund der Unternehmensbesteuerung als auch die Stabilität des Aufkommens bei den Steuern vom Umsatz und die Erholung

des Energiesteueraufkommens aufgrund gefallener Ölpreise wider.

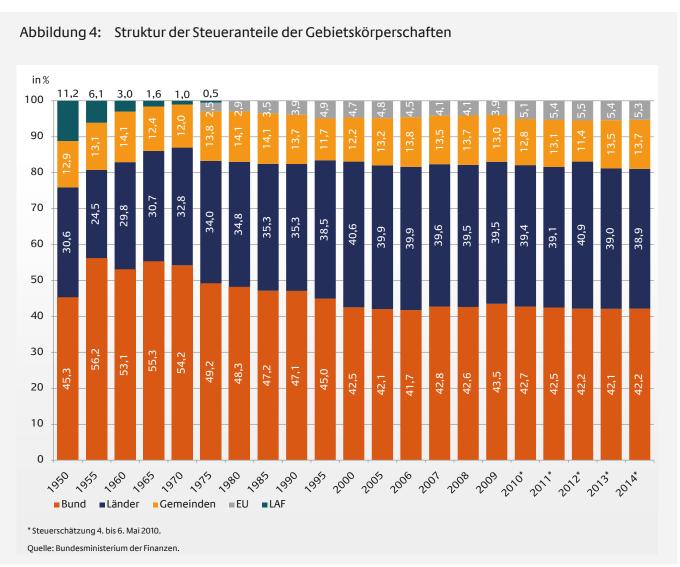
Die Aufkommenselastizität der direkten Steuern bezüglich des BIP wird im Zeitraum 2011 bis 2014 deutlich größer sein als die der indirekten Steuern. Dies ist auf den progressiven Einkommensteuertarif und die mittelfristig erwartete starke Entwicklung der Bemessungsgrundlagen der gewinnabhängigen Steuern zurückzuführen. Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen wird sich daher auf Basis des unterstellten Konjunkturverlaufs 2014 voraussichtlich auf 50,4% erhöhen.

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

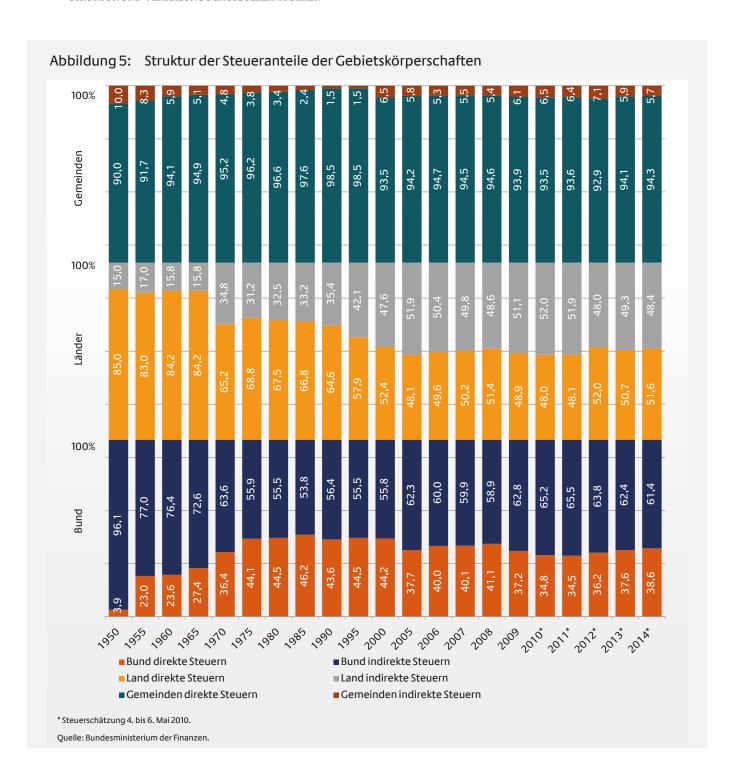
#### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Verglichen mit der Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften 2008 haben sich die Verhältnisse 2009 beim Bund und bei den Gemeinden verändert. Während die Länder weiterhin in Höhe von 39,5 % am Steueraufkommen partizipieren, stieg der Anteil des Bundes am Steueraufkommen um knapp 1 Prozentpunkt auf 43,5 % (vgl. Abbildung 4). Der Bund profitierte hierbei von der im Verhältnis zur Entwicklung

der gesamten Steuereinnahmen besseren Entwicklung der reinen Bundessteuern, deren Rückgang erheblich geringer ausfiel als bei den anderen Steuerarten. Der Bundesanteil hat sich im Vergleich zum Länderanteil nach 1970 erheblich verringert. Dies kann insbesondere auf zwei Ursachen zurückgeführt werden: Zum einen ging der Anteil des Bundes am Aufkommen der Steuern vom Umsatz erheblich zurück (von 70 % für 1970 auf 53,9 % im Jahr 2009) während der auf die Länder entfallende Anteil anstieg (von 30 % für 1970 auf 44,1% im Jahr 2009). Zum anderen mindern seit 1975 die EU-Eigenmittel den Anteil des Bundes am Steueraufkommen, da die Abführungen an die EU allein aus dem



STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN



Bundeshaushalt geleistet werden. Der Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen hat sich 2009 gegenüber dem Vorjahr von 13,7% auf 13,0% verringert. Die Europäische Union erhielt mit 3,9% des Steueraufkommens geringfügig weniger.

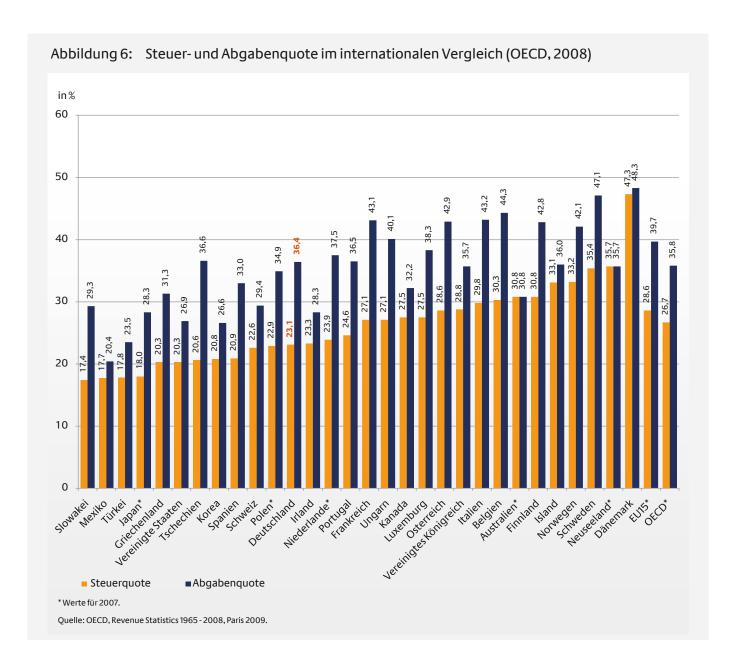
Die Struktur der Steueranteile bei Bund und Ländern hat sich im Laufe der Jahrzehnte erheblich verändert (vgl. Abbildung 5). Während beim Bund 2009 der Anteil der indirekten Steuern knapp 63% erreichte, haben die Länder ein nahezu ausgeglichenes

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

Verhältnis von direkten und indirekten Steuern. Der höhere Anteil der indirekten Steuern am Aufkommen des Bundes ist auf die erhebliche Bedeutung der Bundessteuern für das Aufkommen des Bundes zurückzuführen, die alle zu den indirekten Steuern gerechnet werden. Dagegen erhalten die Gemeinden ihren Anteil am Steueraufkommen zum weit überwiegenden Teil aus direkten Steuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer); 2009 waren es knapp 94%.

#### 4 Internationaler Kontext

Im internationalen Vergleich (nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD) hat Deutschland 2008 mit 23,1% eine unterdurchschnittliche Steuerquote. Von den EU-Staaten in der OECD belegt Deutschland Platz 6; die Slowakei mit 17,4%, Griechenland mit 20,3%, Tschechien mit 20,6%, Spanien mit 20,9% und Polen mit 22,9% weisen



STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

niedrigere Werte auf (vgl. Abbildung 6). Die deutsche Steuerquote liegt insbesondere deshalb international vergleichsweise niedriger, weil die Sozialsysteme in Deutschland vornehmlich über Beiträge finanziert werden. Weitere strukturelle Unterschiede (Kindergeld, steuerliche Behandlung von Transferleistungen) erschweren zusätzlich die internationale Vergleichbarkeit der "Steuerquote". Mit der addierten Steuer- und Abgabenquote ergibt sich ein anderes Bild. Mit einer Abgabenquote von 36,4% liegt Deutschland auch 2008 international weiterhin auf einem mittleren Niveau, knapp über dem Durchschnittswert der OECD-Staaten (35,8 %), aber unter dem Durchschnittswert der EU-Staaten (39,7%).

Sowohl die internationalen Vergleiche als auch die zeitliche Entwicklung von Steuerund Abgabenquoten machen deutlich, dass Deutschland - auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen - kein Steuerlastproblem, sondern eher ein Sozialabgabenproblem hat. Dies belegt auch der aktuelle internationale
Vergleich Taxing Wages der OECD für das Jahr
2009 (siehe den entsprechenden Beitrag "Die
Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern
und Sozialabgaben im internationalen
Vergleich" im Monatsbericht Juni 2010, S. 50).
Danach führt erst die Einbeziehung der
Sozialversicherungsbeiträge in den OECDVergleich zu einer überdurchschnittlich hohen
effektiven Belastung des Faktors Arbeit in
Deutschland.

#### 5 Ausblick

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Länder der EU zu einschneidenden Maßnahmen gezwungen. In Deutschland werden Bund, Länder und Gemeinden in den kommenden Jahren nur über sehr enge finanzielle Handlungsspielräume verfügen können. Die Folgen der Krise werden sich bei den staatlichen Einnahmen noch über einige Jahre spürbar auswirken.

G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto, Kanada

### G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto, Kanada

1	Einleitung	98
	Weltwirtschaftliche Lage und "G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth	
3	Finanzmarktregulierung	99
	Reformen der Internationalen Finanzinstitutionen und Entwicklungsthemen	
5	Weitere Themen	101
6	Schlussfolgerung	101

- Die zukünftige Ausrichtung der Finanzpolitik sowie die Reform der internationalen
   Finanzmarktarchitektur standen im Mittelpunkt des Treffens, wobei eine konkrete Festlegung zur Haushaltskonsolidierung in den Industrieländern getroffen werden konnte.
- Das Treffen stellte in vielerlei Hinsicht einen Zwischenschritt in Vorbereitung auf den fünften G20-Gipfel am 11. und 12. November 2010 in Seoul dar. Es gilt nun, bis dahin die anstehenden und äußerst wichtigen Entscheidungen im Bereich der Finanzmarktregulierung, bei den Reformen des Internationalen Währungsfonds und im Rahmen des "G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth" soweit vorzubereiten, dass die Einigung gelingen kann.

#### 1 Einleitung

Am 26. und 27. Juni 2010 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der in der G20 vertretenen Industrie- und Schwellenländer im kanadischen Toronto. Sie wurden dabei von ihren Finanzministern begleitet. Im Zentrum der Agenda des nach Pittsburgh, London und Washington vierten G20-Gipfels, an dem für Deutschland Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble teilnahmen, standen die zukünftige Ausrichtung der Finanzpolitik sowie die Reform der internationalen Finanzmarktarchitektur.

2 Weltwirtschaftliche Lage und "G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth"

Der weltwirtschaftliche Aufschwung stellt sich insgesamt kräftiger als noch vor kurzem gedacht dar, doch verläuft der Aufschwung von Weltregion zu Weltregion unterschiedlich stark, und es bestehen weiterhin Risiken fort, wie beispielsweise die Schuldenentwicklung in einigen Industrieländern, insbesondere in Europa. Vor diesem Hintergrund hat die G20 auch die Vereinbarungen und beschlossenen Maßnahmen der EU zur Stabilisierung des Euroraums positiv in der Abschlusserklärung gewürdigt.

Vor allem in den Industrieländern basiert die wirtschaftliche Erholung noch zu einem großen Teil auf den staatlichen Konjunkturprogrammen, wird aber gleichzeitig immer stärker zu einem selbsttragenden Aufschwung. Vor diesem Hintergrund ist ein Einstieg in die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte von zentraler Bedeutung, um die Risiken zu minimieren, die von einer übermäßigen Verschuldung ausgehen. In der Diskussion hatte sich die Bundesregierung nachdrücklich dafür eingesetzt, bei der Orientierung auf künftige Wachstumsstrategien die Stabilität der öffentlichen Finanzen als Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum zu betonen.

G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto, Kanada

Ein zentrales Ergebnis dieser Diskussion ist die Verpflichtung der Industrieländer in der G20, ihre Haushaltsdefizite bis 2013 zu halbieren und die öffentlichen Schuldenstandquoten bis 2016 mindestens zu stabilisieren. Allein Japan wird aufgrund seiner besonderen und im Vergleich zu den übrigen Industrieländern unterschiedlichen Ausgangssituation gesondert betrachtet. Die Bundesregierung reduziert ab 2011 die öffentlichen Defizite, um nachhaltiges Wachstum zu sichern. Eine glaubwürdige Konsolidierung ist eine wichtige Voraussetzung für selbsttragendes Wachstum.

In diesem Zusammenhang wurde auch die erste Stufe des "G20 Framework for Strong, Sustainable and Balanced Growth" abgeschlossen. Dieser gegenseitige Bewertungsprozess war auf dem dritten G20-Gipfel in Pittsburgh im September 2009 angestoßen worden, um zu einem starken, ausgewogenen und nachhaltigen weltwirtschaftlichen Wachstum beizutragen. Die Abschlusserklärung enthält insgesamt ausgewogene Aufforderungen sowohl an Länder mit Leistungsbilanzdefiziten als auch mit - überschüssen, geeignete Maßnahmen mit Blick auf die Erreichung dieser Ziele zu ergreifen. Defizitländer sollen die Sparrate und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Exportgeschäft erhöhen, die Überschussländer sollen Reformen auf den Weg bringen, die die Binnenwachstumskräfte stärken. Schwellenländer sollen ihre sozialen Sicherungssysteme stärken, die Entwicklung ihrer Finanzmärkte fördern, Infrastrukturausgaben erhöhen und die Wechselkursflexibilität steigern. Ein zentrales Element für alle G20-Staaten stellt schließlich die Steigerung des Wachstumspotenzials durch Strukturreformen dar: Industrieländer sollen sich dabei insbesondere auf Arbeitsmarktreformen sowie eine Stärkung des Wettbewerbs im Güterund Dienstleistungssektor konzentrieren. Basierend auf diesen Empfehlungen für die unterschiedlichen Ländergruppen sollen auf dem G20-Gipfel im November 2010 dann detaillierte Politikempfehlungen

verabschiedet werden, die sich auch an einzelne Länder richten sollen.

#### 3 Finanzmarktregulierung

Unter allen G20-Partnern herrschte in Toronto Übereinstimmung, dass die Reform der Finanzmarktregulierung und -aufsicht sowie die Umsetzung der bisherigen G20-Beschlüsse auf diesem Gebiet weiterhin eine zentrale Priorität der G20 darstellen. Im Hinblick auf Hedgefonds, Rating-Agenturen und außerbörsliche Derivategeschäfte hat sich die G20 auf eine stringente Umsetzung der Maßnahmen geeinigt, mit denen die Transparenz und Aufsicht verbessert werden. Wichtige Entscheidungen in vielen dieser Fragen werden auf dem G20-Gipfel in Seoul getroffen werden. Vor diesem Hintergrund stimmten die G20-Partner in Toronto darin überein, bis zum November-Gipfel die Arbeiten insbesondere in den folgenden vier Kernbereichen weiter voranzutreiben:

- (1) Stärkung der Eigenkapital- und
  Liquiditätsausstattung von Banken:
  Die Anhebung der Eigenkapital- und
  Liquiditätsstandards bleibt weiterhin
  zentrales Element der Reform der globalen
  Finanzmärkte. Die neuen Regeln sollen
  auf dem G20-Gipfeltreffen im November
  2010 in Seoul beschlossen werden mit
  dem Ziel, diese in den G20-Ländern bis
  Ende 2012 umzusetzen. Dabei werden
  Übergangsfristen zur Implementierung
  der neuen Regeln vorgesehen.
- (2) Umgang mit systemisch relevanten Finanzinstituten: Die Bundesregierung hat wesentliche Impulse gesetzt, die regulatorischen Anforderungen für systemisch relevante Finanzinstitute anzuheben. Die G20 hat sich auf die Einführung nationaler Rahmenbedingungen für die Abwicklung und Restrukturierung systemrelevanter Finanzinstitute in den Mitgliedstaaten geeinigt und wichtige

G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto, Kanada

Schlüsselprinzipien hierzu festgelegt. Zu diesen Rahmenbedingungen gehören auch eine spezielle Aufsicht sowie weitere Instrumente zur Förderung der Marktdisziplin. Der Financial Stability Board (FSB) wird im Oktober 2010 einen Schlussbericht mit Empfehlungen vorlegen, auf dessen Basis in Seoul entsprechende Reformen verabschiedet werden.

In diesem Zusammenhang hat auch die Diskussion zu der Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten eine wichtige Rolle gespielt. Dabei haben sich die G20 auf grundlegende Prinzipien geeinigt, die in Zukunft sicherstellen sollen, dass Finanzinstitute zu finanziellen Lasten von Finanzkrisen beitragen. Hierzu zählen u. a. der Schutz der Steuerzahler vor finanziellen Belastungen aus derartigen Krisen; die Reduzierung von Risiken im Finanzsektor; die Berücksichtigung von Länderbesonderheiten sowie die Wahrung fairer Wettbewerbsbedingungen, eines sogenannten "level playing field". Auch das Instrument einer Bankenabgabe zur Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten gehört explizit zu diesem Instrumentenkasten. Die Bundesregierung hatte sich im Vorfeld des Gipfels intensiv für eine möglichst weitreichende Einigung der G20 in dieser Frage eingesetzt: Vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Interessen und Ausgangsbedingungen der G20-Partner stellt die Einigung auf gemeinsame Prinzipien und die Bankenabgabe als ein mögliches Element ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis dar.

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen internationaler Beratungen aktiv für eine international abgestimmte Besteuerung der Finanzmärkte eingesetzt. Die Diskussionen auf dem Gipfel in Toronto haben allerdings deutlich gemacht, dass eine globale Einführung einer Finanztransaktionsteuer derzeit nicht umsetzbar ist.

Die Bundesregierung hält an Ihrer Auffassung fest, dass sich der Finanzsektor neben der bereits geplanten Bankenabgabe über die Einführung einer Steuer an den Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise beteiligen sollte.

Die Einführung und Ausgestaltung einer Finanztransaktionsteuer ist weiterhin Gegenstand der europäischen Abstimmungen. In Zusammenarbeit mit Frankreich wird Deutschland aktiv an der von beiden Ländern angestrebten Einführung einer Finanztransaktionsteuer im europäischen Raum werben.

- (3) Finanzmarktaufsicht: Zusammen mit den G20-Partnern hat die Bundesregierung den IWF und den FSB aufgefordert, bis Oktober 2010 Empfehlungen zur Intensivierung und Effizienzsteigerung der Aufsicht abzugeben, insbesondere zu Mandat, Ressourcenausstattung und besonderen Aufsichtsbefugnissen. Mit der G20-weiten Intensivierung und Koordinierung der Aufsicht wird ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der neuen regulatorischen Anforderungen und zur Vermeidung von verzerrten Wettbewerbsbedingungen aufgrund großer Unterschiede in den jeweiligen nationalen Aufsichtssystemen geleistet.
- (4) Überprüfung der Umsetzungserfolge: Die Bundesregierung hat intensiv für die international konsistente und vollständige Umsetzung der G20-Beschlüsse bis zu den vereinbarten Zeitpunkten geworben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die G20-Partner zu einer unabhängigen und transparenten Überprüfung der Erfolge bei der Umsetzung der Beschlüsse zur Finanzmarktreform durch den IWF und den FSB verpflichtet. Mit Blick auf die Reform der Vergütungspraktiken hat auch die Bundesregierung sich dafür eingesetzt, dass der FSB eine fortlaufende Überwachung in diesem Bereich durchführt, um noch bestehende Defizite

G20-Gipfeltreffen am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto, Kanada

bei der Umsetzung der Prinzipien zu beseitigen.

#### 4 Reformen der Internationalen Finanzinstitutionen und Entwicklungsthemen

Die G20 haben die Beiträge insbesondere des IWF, der Weltbank und der Regionalen Entwicklungsbanken zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise gewürdigt und die in diesem Zusammenhang erfolgten Reformen begrüßt. Die Abschlusserklärung heißt dabei Kapitalerhöhungen von 350 Mrd. US-Dollar und damit nahezu eine Verdoppelung des möglichen Ausleihvolumens der Multilateralen Entwicklungsbanken willkommen. Es wurde ferner eine ehrgeizige Auffüllung der Mittel, insbesondere der International Development Agency der Weltbank und des Afrikanischen Entwicklungsfonds vereinbart.

Im Hinblick auf die Reform des IWF bekräftigte die G20 den Willen, auf ihrem Gipfeltreffen in Seoul die Quoten- und Governance-Reform zu beschließen. Die Finanzminister und Notenbankgouverneure wurden zudem beauftragt, bis zum nächsten Gipfel Handlungsempfehlungen zur Stärkung globaler Finanz-Sicherheitsnetze (sogenannte "Financial Safety Nets") zu entwickeln.

Schließlich wurde die sogenannte "SME Finance Challenge", ein Ideenwettbewerb zur Mobilisierung privater Finanzierung für kleine und mittlere Unternehmen, gestartet. Im Rahmen eines Online-Wettbewerbs können Bewerber aus sechs Weltregionen ihre Projekte einreichen. Auf dem G20-Gipfel im November in Seoul sollen dann die Gewinner verkündet werden; das Preisgeld wird dabei durch private und öffentliche Geber bereitgestellt.

#### 5 Weitere Themen

Mit der Einrichtung erster Arbeitsgruppen wurden die G20-Strukturen weiterentwickelt. Basierend auf einem deutsch-koreanischen-Vorschlag ist eine Arbeitsgruppe zu Entwicklungsfragen eingerichtet worden. Dies ist ein richtiger Schritt, damit ein umfassender Entwicklungsansatz fest im G20-Prozess verankert wird. Eine Arbeitsgruppe zum Thema Korruption wurde ebenfalls vereinbart. Auch der maritime Umweltschutz soll – vor dem Hintergrund der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko - intensiver von den G20-Staaten diskutiert werden. Zum Thema Energiesubventionen wurde der Bericht der Internationalen Energieagentur zum Abbau ineffizienter Subventionen für fossile Energieträger sowie die Arbeit der Finanz- und Energieminister zu diesem Thema begrüßt und beschlossen, das Thema bei den kommenden Gipfeltreffen wieder aufzugreifen. Damit sind die ersten Schritte zur Entwicklung einer G20-Agenda für die Zeit nach der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise getan.

Parallel zum G20-Gipfeltreffen wurde erstmals ein sogenannter Business Summit ausgetragen, bei dem sich Wirtschaftsführer aus allen G20-Staaten untereinander sowie mit den G20-Finanzministern über Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie zur Sicherstellung eines nachhaltigen Wachstums austauschten. Unter anderem wurde dabei eine Sanierung der Staatshaushalte in den relevanten G20-Staaten als unbedingt erforderlich angesehen. Die koreanische G20-Präsidentschaft hat bereits angekündigt, am Rande des G20-Gipfels in Seoul erneut einen Business Summit austragen zu wollen.

#### 6 Schlussfolgerung

Der G20-Gipfel in Toronto ist aus Sicht der Bundesregierung sehr zufriedenstellend verlaufen, da es gelang, die zukünftige Ausrichtung der Finanzpolitik sowie die Reformen der Finanzmarktregulierung

G20-GIPFELTREFFEN AM 26. UND 27. JUNI 2010 IN TORONTO, KANADA

und -aufsicht im Vordergrund der Agenda zu halten. Es handelte sich insgesamt eher um einen "Arbeitsgipfel" auf dem Weg zum G20-Gipfel im November in Seoul, sodass nur wenige neue Beschlüsse erzielt wurden. Die Umsetzung der Finanzmarktagenda von Washington, London und Pittsburgh wurde eindeutig als Priorität anerkannt. Die Bundesregierung ist gleichzeitig der Auffassung, dass sich die G20 nach der Bewältigung der aktuellen Wirtschaftsund Finanzkrise einem breiten Spektrum wirtschaftlich relevanter Herausforderungen öffnen sollten. Dabei geht es unter anderem darum, die Schwellenländer in die gemeinsame Verantwortung für globale Herausforderungen einzubinden.

### Statistiken und Dokumentationen

Über	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	104
1	Kreditmarktmittel	104
2	Gewährleistungen	105
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	105
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2009 bis 2014	106
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen,	
	Entwurf 2011	108
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	112
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009	114
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	116
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	118
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	122
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	
Über	rsichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	129
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010	129
Abb.	1 Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2009/2010	129
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2010	130
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2010	
J	Die Emilanien, rauguben and Raubemage der Euraer bie Mar 2010 mmmmmmmmmm	102
Kenr	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	136
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	
2	Preisentwicklung	137
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	140
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	141
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	142
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	143
Abb.	1 Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
11	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	151

#### □ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:			
	30. April 2010			31. Mai 2010			
		in Mio. €					
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	32 000	0	0	32 000			
Anleihen <sup>1</sup>	618 204	6 000	0	624 204			
Bundes obligationen	178 000	7 000	0	185 000			
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	9 415	34	11	9 437			
Bundesschatzanweisungen	127 000	7 000	0	134 000			
Unverzinsliche Schatzanweisungen	90 706	8 980	14903	84782			
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	768	32	42	758			
Tagesanleihe	2 232	30	89	2 173			
Schuldscheindarlehen	12 374	0	0	12 374			
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51			
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	829	0	0	829			
Kreditmarktmittel insgesamt	1 071 579			1 085 609			

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	30. April 2010			31. Mai 2010
		in Mi	io.€	
kurzfristig (bis zu1Jahr)	238 248			232 294
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	334207			341 244
langfristig (mehr als 4 Jahre)	499 124			512 071
Kreditmarktmittel insgesamt	1 071 579			1 085 609

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Bundesschatzbriefe}\,\mathrm{der}\,\mathrm{Typen}\,\mathrm{A}\,\mathrm{und}\,\mathrm{B}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

#### ☐ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungstatbestände	Belegung am 30. Juni 2010	Belegung am 30. Juni 2009				
Ermächtigungstatbestände	in Mrd. €						
Ausfuhren	120,0	108,4	105,6				
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, ElB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	33,1	29,6				
Bilaterale FZ-Vorhaben	4,6	2,0	1,3				
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5				
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	106,3	135,8				
Internationale Finanzierungsinstitutionen	58,0	50,6	40,3				
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0				
Zinsausgleichsgarantien	6,0	4,0	4,0				
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-				
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	-	-				

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 - 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung		
Gegenstand der Nachweisung	Mrd. €						
1. Ausgaben	292,3	319,5	307,4	301,0	301,5	301,1	
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,5	9,3	-3,8	- 2,1	+0,2	- 0,1	
2. Einnahmen <sup>1</sup>	257,7	238,9	249,5	260,6	269,6	276,7	
Veränderung gegen Vorjahr in %	-4,7	-7,3	+4,4	+4,4	+3,5	+2,6	
darunter:							
Steuereinnahmen	227,8	211,9	221,8	232,8	241,8	250,3	
Veränderung gegen Vorjahr in %	-4,8	-7,0	+4,7	+5,0	+3,8	+3,5	
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-80,6	- 57,9	- 40,5	- 32,0	- 24,5	
in % der Ausgaben	11,8	25,2	18,8	13,4	10,6	8,1	
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos							
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	269,0	317,8	320,9	321,7	322,6	307,4	
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	-6,4	0,1	- 0,5	- 0,7	+ 0,0	- 0,2	
6. Tilgungen (+)	228,5	237,5	262,6	279,2	289,5	284,2	
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-80,2	- 57,5	- 40,1	- 31,6	- 24,1	
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	
Nachrichtlich:							
Investive Ausgaben	27,1	28,3	33,8	29,0	26,4	26,0	
Veränderung gegen Vorjahr in %	+11,5	+5,9	+19,6	- 14,2	-9,1	- 1,7	
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2010

 $<sup>^{1}\,\</sup>mbox{Gem.\,BHO}\,\S\,13\,\mbox{Absatz}\,4.2$  ohne Münzeinnahmen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

#### ☐ Statistiken und Dokumentationen

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014		
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung			
Ausgabeart	in Mio. €							
Ausgaben der laufenden Rechnung								
Personalausgaben	27 939	27 704	27 794	27 699	27 550	27 421		
Aktivitätsbezüge	20977	20 789	20741	20 611	20 454	20 313		
Ziviler Bereich	9 269	9 342	9 2 4 0	9 2 5 6	9 2 6 7	9 289		
Militärischer Bereich	11 708	11 447	11 501	11 355	11 187	11 024		
Versorgung	6 962	6915	7 053	7 088	7 096	7 108		
Ziviler Bereich	2 462	2 435	2 444	2 445	2 431	2 407		
Militärischer Bereich	4 500	4 481	4 609	4 643	4 665	4 701		
Laufender Sachaufwand	21 395	21 583	22 427	22 331	22 554	22 565		
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 466	1 357	1328	1311	1 3 1 3		
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 469	10 464	10305	10 497	10 453		
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 647	10 605	10 699	10 746	10 798		
Zinsausgaben	38 099	36 751	36 042	36 354	40 520	48 016		
an andere Bereiche	38 099	36 751	36 042	36354	40 520	48 016		
Sonstige	38 099	36751	36 042	36354	40 520	48 016		
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42		
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	36708	36 001	36313	40 479	47 975		
an Ausland	3	2	0	0	0	C		
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	205 272	187 513	186 508	186 052	185 558		
an Verwaltungen	14396	14 503	14563	14 563	14800	14 783		
Länder	8 754	8 682	8 8 3 1	8 729	8 972	8 982		
Gemeinden	18	21	10	9	8	8		
Sondervermögen	5 624	5 799	5 721	5 824	5 8 1 9	5 793		
Zweckverbände	1	0	1	1	1	1		
an andere Bereiche	162 892	190 769	172 950	171 945	171 252	170 775		
Unternehmen	22 951	25 316	24933	24762	24914	25 727		
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	31 274	27932	27 889	26350	23 828		
an Sozialversicherung	105 130	128 365	114362	113 755	114436	115 667		
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 529	1 574	1 572	1 596	1 604		
an Ausland	3 858	4284	4147	3 966	3 954	3 948		
an Sonstige	5	1	2	2	2	2		
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	291 310	273 776	272 892	276 676	283 561		
Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>								
Sachinvestitionen	8 504	8 113	7 545	7 505	7 366	7 307		
Baumaßnahmen	6 830	6 532	6 0 6 7	5 960	5 745	5 707		
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	1 035	907	898	882	895		
Grunderwerb	643	546	571	647	740	704		

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Ist	Soll	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in Mic	o. €		
Vermögensübertragungen	15 619	15 754	15 040	14 778	14 596	14 420
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	15 342	14644	14421	14239	14 064
an Verwaltungen	5 852	5 138	5 086	4927	4786	4 640
Länder	5 804	5 0 7 4	5 0 2 1	4848	4 693	4 547
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	60	62	77	91	91
Sondervermögen	0	4	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 338	10 204	9 5 5 8	9 494	9 454	9 424
Sonstige - Inland	6 462	6 9 4 5	6280	6415	6384	6 3 8 1
Ausland	2 876	3 259	3 2 7 8	3 079	3 069	3 043
Sonstige Vermögensübertragungen	429	413	397	358	356	356
an andere Bereiche	429	413	397	358	356	356
Sonstige - Inland	148	157	160	138	136	136
Ausland	282	256	237	220	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	4 838	11 660	7 120	4 798	4 582
Darlehensgewährung	2 490	4028	10 854	6 189	3 864	3 760
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 490	4027	10853	6188	3 863	3 760
Sozialversicherung	0	0	6 550	2 150	0	C
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	2 426	2 598	2 527	2 439	2 228
Ausland	1 618	1 601	1 705	1511	1 425	1 532
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822
Inland	13	13	1	1	1	1
Ausland	905	797	805	931	933	822
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung <sup>a</sup>	27 532	28 706	34 245	29 404	26 760	26 310
<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben	27 103	28 293	33 848	29 046	26 403	25 953
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	- 516	- 621	-1 296	-1 936	-8 771
Ausgaben zusammen	292 253	319 500	307 400	301 000	301 500	301 100

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Rechnung		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 471	48 873	25 098	17 934		5 842
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 287	6 033	3 794	1324	_	915
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 833	3 786	494	172	_	3 120
3	Verteidigung	32 212	31 914	16110	14816	_	988
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 608	3 260	2 085	982	_	193
5	Rechtsschutz	362	351	247	87	_	16
6	Finanzverwaltung	4167	3 529	2 3 6 7	553		609
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,	16 336	12 967	480	809	_	11 678
	kulturelle Angelegenheiten						
13	Hochschulen	3 423	2 428	10	9	-	2 409
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 185	2 185	-	-	-	2 185
15	Sonstiges Bildungswesen	541	477	9	67	-	401
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 496	7 3 7 5	461	727	-	6 187
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	690	501	1	5	-	495
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	158 826	151 368	224	201	-	150 943
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	114096	107 546	47	-	-	107 498
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 297	6 297	-	-	-	6 297
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 573	2 333	-	36	-	2 296
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	34122	33 993	49	94	-	33 851
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	232	232	-	-	-	232
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 507	968	128	71	-	769
3	Gesundheit und Sport	3 589	2 884	275	279	-	2 330
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	2 451	2 3 7 2	146	151	-	2 074
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	2 451	2372	146	151	-	2 074
32	Sport	132	110	-	5	-	105
33	Umwelt- und Naturschutz	412	225	81	68	-	75
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	594	177	47	54	-	76
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 087	779	-	16	-	763
41	Wohnungswesen	1 351	767	-	4	-	763
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	724	12	-	12	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 160	746	29	165	-	552
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	_	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	346	346	-	70	_	276
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	_
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	346	346	-	70	_	276
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	247	201	29	94		77

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter: Investive Ausgaben
0	Allgemeine Dienste	975	2 554	3 068	6 597	6 560
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	253	2	0	254	254
2	Auswärtige Angelegenheiten	106	2 432	2510	5 047	5 046
3	Verteidigung	217	81	_	297	261
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	308	40	_	348	348
5	Rechtsschutz	12	-	_	12	12
6	Finanzverwaltung	80	0	558	638	638
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	181	3 177	11	3 369	3 369
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	_	-	-	_	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	64	-	64	64
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	180	1 930	11	2 121	2 121
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	0	189	-	189	189
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	896	6 551	7 458	7 098
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	6 550	6 5 5 0	6 5 5 0
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.		-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	238	1	240	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	123	-	129	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	-	538	538
3	Gesundheit und Sport	472	234	-	705	705
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	62	17	-	80	80
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	62	17	-	80	80
32	Sport	-	22	-	22	22
33	Umwelt- und Naturschutz	7	180	-	187	187
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	15	-	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 305	3	1 308	1 308
41	Wohnungswesen		581	3	584	584
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen		-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	712	-	712	712
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	408	1	414	414
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	_	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	_	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	41	0	46	46

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüsse
Funktion	Ausgabengruppe				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 487	2 637	58	598	-	1 980
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	796	653	-	434	-	219
621	Kernenergie	282	202	-	-	-	202
622	Erneuerbare Energieformen	50	19	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	464	431	-	430	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 604	1 584	-	9	-	1 574
64	Handel	113	113	-	51	-	62
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	663	11	-	10	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2310	277	58	94	-	124
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 726	4 145	1 038	2 087	-	1 021
72	Straßen	7 254	965	-	880	-	85
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 721	839	510	289	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	343	11	-	-	-	11
75	Luftfahrt	206	194	46	20	-	129
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 201	2 136	482	898	-	757
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 068	12 142	-	7	-	12 135
81	Wirtschaftsunternehmen	10 785	6 859	-	7	-	6 852
832	Eisenbahnen	3 877	77	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 908	6 782	-	2	-	6 780
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
873	Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	36 651	37 234	592	330	36 042	270
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	308	270	-	-	-	270
92	Schulden	36 061	36 061	-	19	36 042	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	281	903	592	311	-	0
Summe a	ller Hauptfunktionen	307 400	273 776	27 794	22 427	36 042	187 513

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2011

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	81	743	2 026	2 850	2 850
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	80	64	-	144	144
621	Kernenergie	80	-	-	80	80
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	33	-	33	33
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	21	-	21	21
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	652	-	652	652
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	7	2 026	2 034	2 034
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 820	1 760	-	7 580	7 580
72	Straßen	4877	1 412	-	6 289	6 289
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	882	-	-	882	882
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	12	-	-	12	12
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	49	16	-	65	65
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 926	-	3 926	3 926
81	Wirtschaftsunternehmen	-	3 926	-	3 926	3 926
832	Eisenbahnen	-	3 801	-	3 801	3 801
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	125	-	125	125
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	aller Hauptfunktionen	7 545	15 040	11 660	34 245	33 848

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
,						11,4		
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>								
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
οπenti. Gesamtnausnaits* nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Gegenstand der Nachweisung			I	st-Ergebnisse			Soll	Entwurf
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	319,5	307,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	9,3	- 3,8
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	238,9	249,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	-7,3	4,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	-34,5	- 80,6	- 57,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	-80,2	- 57,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	-0,4	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-		-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	27,7	27,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	- 0,8	0,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	8,7	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,3	14,7	15,0	15,1	14,4	14,0	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>								
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	36,8	36,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 3,5	- 1,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	11,5	11,
Anteil an den Zinsausgaben des	%	58,3	57,9	58,6	59,8	61,3	60,1	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	28,3	33,8
_	wiid.e	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	4,4	19,
Veränderung gegenüber Vorjahr								
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,9	11,0
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,2	33,7	39,6	36,7	25,7	31,4	
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	211,9	221,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 7,0	4,
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	66,3	72,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	88,7	88,
Anteil am gesamten	0/	42.1	41.7	42.7	42.6	42.5	41.5	
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	42,1	41,7	42,7	42,6	43,5	41,5	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	-14,3	- 11,5	- 34,1	-80,2	- 57,
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	25,1	18,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	283,5	169,
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	58,6	59,7	99,3	59,0	37,8	105,7	
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 579,5	1694 1/2		
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1054		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Dezember 2009; 2009 u. 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	620,7	615,3	627,7	639,4	648,3	675,0	726,9
Einnahmen	552,9	549,9	575,1	599,0	647,4	667,7	637,8
Finanzierungssaldo	-67,9	-65,5	-52,5	-40,5	-0,7	-5,5	-87,3
darunter:							
Bund <sup>2</sup>							
Ausgaben	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3
Einnahmen	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7
Finanzierungssaldo	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5
Länder <sup>2</sup>							
Ausgaben	259,7	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	285,7
Einnahmen	229,2	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	259,8
Finanzierungssaldo	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-25,8
Gemeinden <sup>2</sup>							
Ausgaben	149,9	150,1	153,2	157,4	160,0	167,3	177,2
Einnahmen	141,5	146,2	150,9	160,1	168,1	174,9	170,0
Finanzierungssaldo	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,1	7,6	-7,2
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,4	4,1	7,7
Einnahmen	-0,6	-0,5	4,6	4,1	8,1	3,1	-4,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5
Einnahmen	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7
Länder							
Ausgaben	0,7	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	3,8
Einnahmen	0,3	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,5
Gemeinden							
Ausgaben	- 0,0	0,1	2,1	2,8	1,7	4,5	5,9
Einnahmen	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,0	4,0	-2,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2003 bis 2009

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	- 0,0	-0,2	-3,6
darunter:							
Bund	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4
Länder	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	- 0,0	-1,1
Gemeinden	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	-0,1	-0,8	-12,0
darunter:							
Bund	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8
Länder	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,0
Gemeinden	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,0	4,6	-4,0
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,0	30,2
darunter:							
Bund	11,9	11,4	11,6	11,2	11,1	11,3	12,1
Länder	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0	11,9
Gemeinden	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7	7,4
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	20,4	20,0	20,1	21,0	22,1	22,5	21,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bis einschließlich 2007 Rechnungsergebnisse.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen BIP. Stand: April 2010.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

			Steueraufkommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	esrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublik	Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

## noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen					
	insgesamt		dav	on				
	ilisgesailit	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr		in Mrd. €		in%				
		Bundesrepublil	k Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9			
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0			
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1			
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5			
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2			
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6			
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5			
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4			
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3			
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6			
2010 <sup>2</sup>	510,3	237,6	272,7	46,6	53,4			
2011 <sup>2</sup>	515,0	240,0	275,0	46,6	53,4			
2012 <sup>2</sup>	539,8	259,8	280,0	48,1	51,9			
2013 <sup>2</sup>	561,3	277,6	283,7	49,5	50,5			
2014 <sup>2</sup>	581,5	293,0	288,5	50,4	49,6			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 4. bis 6. Mai 2010.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	inanzstatistik²
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zur	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,
1965	23,5	34,1	23,1	32,
1970	23,0	34,8	22,4	33,
1975	22,8	38,1	23,1	37
1976	23,7	39,5	23,4	38
1977	24,6	40,4	24,5	39
1978	24,2	39,9	24,4	39
1979	23,9	39,6	24,3	39
1980	23,8	39,6	24,3	39
1981	22,8	39,1	23,7	39
1982	22,5	39,1	23,3	39
1983	22,5	38,7	23,2	39
1984	22,6	38,9	23,2	38
1985	22,8	39,1	23,4	39
1986	22,3	38,6	22,9	38
1987	22,5	39,0	22,9	38
1988	22,2	38,6	22,7	38
1989	22,7	38,8	23,4	39
1990	21,6	37,3	22,7	38
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,0	36
2005	22,0	39,7	20,1	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,2	22,2	37
2008	23,7	40,1	22,5	37
2009	23,4	40,4	21,8	37
2010	22 1/2	39	21	361

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010. 2010 Schätzung; Stand: Mai 2010.

 $<sup>^3</sup>$  Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: April 2010.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
	incoccent	darunt	er
	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Soziaversicherungen <sup>3</sup>
Jahr		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11
1965	37,1	25,4	11
1970	38,5	26,1	12
1975	48,8	31,2	17
1976	48,3	30,5	17
1977	47,9	30,1	17
1978	47,0	29,4	17
1979	46,5	29,3	17
1980	46,9	29,6	17
1981	47,5	29,7	17
1982	47,5	29,4	18
1983	46,5	28,8	17
1984	45,8	28,2	17
1985	45,2	27,8	17
1986	44,5	27,4	17
1987	45,0	27,6	17
1988	44,6	27,0	17
1989	43,1	26,4	16
1990	43,6	27,3	16
1991	46,3	28,2	18
1992	47,2	28,0	19
1993	48,2	28,3	19
1994	47,9	27,8	20
1995	48,1	27,6	20
1996	49,3	27,9	21
1997	48,4	27,1	21
1998	48,0	27,0	21
1999	48,1	26,9	21
2000	47,6	26,5	21
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21
2001	47,6	26,3	21
2002	48,1	26,4	21
2003	48,5	26,5	22
2004	47,1	25,9	21
2005	46,8	26,1	20
2006	45,4	25,4	19
2007	43,7	24,5	19
2008	43,7	24,7	19
2009	47,3	26,5	20
2010	48,0	-	

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).

<sup>2006</sup> bis 2008 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

<sup>2009</sup> vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010.

<sup>2010</sup> Schätzung; Stand: Mai 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Schulden	(Mio. €)¹			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 535	1 694 660
Bund	784615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 813
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	6 0 0 8	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 54
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	59210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484922	52674
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 572	505 34
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 392	503 00
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	-	986	1 124	1 325	2082
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	11410
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 33
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	10 670	15 964	19 936	23 882	27 664	28 776	29 801	3494
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 5 6 0	2 626	2 72
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 786	640 84
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 571 000	1 578 000	1 644 000	1 762 00
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	7 49

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Aı	nteil an den S	Schulden (in 9	6)		
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	62,2
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,8	58,5
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,7	31,1
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,6	37,8
			Ant	eil der Schuld	den am BIP (i	n %)		
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,3	70,3
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,5	43,7
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,5	41,1
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,4	21,9
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,4	4,7
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,8	26,6
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,1
				Schulden in	sgesamt (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17331	18 066	18 761	18 880	19 233	20 701
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 3 2 5, 1	2 428,2	2 495,8	2 409,1
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862

 $<sup>^1</sup> Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassen kredite.$ 

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzui	ng der Volkswirtscha	oftlichen Gesa	mtrechungen²		Abgrenzung der Finanzstatistik		
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³	
Jahr		in Mrd. €			in Relation zum BIF	Pin%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %	
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9			
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0	
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1	
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9	
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1	
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5	
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0	
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2	
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7	
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7	
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2	
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1	
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5	
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0	
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1	
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5	
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4	
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2	
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7	
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1	
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6	
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2	
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3	
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0	
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3	
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5	
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5	
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3	
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6	
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-	
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2	
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7	
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1	
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0	
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3	
2006	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,5	-1,7	
2007	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	-0,7	0,0	
2008	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-5,5	-0,2	
2009	-75,3	-62,0	-13,3	-3,1	-2,6	-0,6	87,3	-3,6	
2010		-	-	-5 1/2	-5 1/2	0	131 1/2	-5 1/2	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2008 vorläufiges Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: August 2009. 2009 vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2010. 2010 Schätzung; Stand: Mai 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. 2008 und 2009 Kassenergebnisse. 2010 Schätzung; Stand: April 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,0	-4,7
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-3,6	-5,1	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,0	4,8	1,6	3,0	0,1	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,0
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-6,1	-7,1	-7,7
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,4	3,6	2,9	-0,7	-3,5	-3,9
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-5,3	-6,3	-5,1
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-1,5	-0,4	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,4	-1,3	0,0	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,0	5,2	4,2	-2,2	-3,8	-2,9
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-3,9	-2,8	-2,2
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	5,2	4,8	3,4	-2,7	-5,5	-4,9
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	2,6	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0
Rumänien	-	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-0,5	-2,1	-1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,8	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0
EU	-	-	-	-5,2	-0,4	-2,5	-1,4	-0,8	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,1	-10,1	-9,9

 $<sup>^{1}\</sup>mbox{F\"{u}r}$  EU-Mitglied staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	66,0	73,2	78,8	81,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,9	92,1	88,1	84,2	89,8	96,7	99,0	100,9
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,0	97,8	95,7	99,2	115,1	124,9	133,9
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	39,6	36,2	39,7	53,2	64,9	72,5
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,5	77,6	83,6	88,6
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,6	24,9	25,0	43,9	64,0	77,3	87,3
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	106,1	115,8	118,2	118,9
Zypern	-	_	-	40,6	48,7	69,1	64,6	58,3	48,4	56,2	62,3	67,6
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,5	6,7	13,7	14,5	19,0	23,6
Malta	-	_	-	35,3	55,9	70,1	63,7	61,9	63,7	69,1	71,5	72,5
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	60,9	66,3	69,6
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	62,2	59,5	62,6	66,5	70,2	72,9
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,5	63,6	64,7	63,6	66,3	76,8	85,8	91,1
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	35,7	40,8	44,0
Slowenien	-	-	-	-	-	27,0	26,7	23,4	22,6	35,9	41,6	45,4
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	39,7	35,2	34,2	44,0	50,5	54,9
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,5	69,5	70,1	68,3	66,0	69,4	78,7	84,7	88,5
Bulgarien	-	_	-	_	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	14,8	17,4	18,8
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,5	37,1	32,1	27,4	34,2	41,6	46,0	49,5
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,2	9,6	12,4
Lettland	-	_	-	15,1	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	36,1	48,5	57,3
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,3	38,6	45,4
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,0	53,9	59,3
Rumänien	-	_	-	7,0	22,5	15,8	12,4	12,6	13,3	23,7	30,5	35,8
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,2	53,6	50,8	45,7	40,8	38,3	42,3	42,6	42,1
Tschechien	-	_	-	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	35,4	39,8	43,5
Ungarn	-	-	-	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	78,3	78,9	77,8
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,5	44,7	52,0	68,1	79,1	86,9
EU	-	_	-	69,6	63,2	62,7	61,4	58,8	61,6	73,6	79,6	83,8
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,8	172,0	189,2	193,5	194,9
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	84,5	94,1	103,0

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP												
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008					
Deutschland <sup>2,3</sup>	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	21,9	22,9	23,1					
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,0	30,3	30,3					
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	47,9	47,3					
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,3	31,1	30,8					
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,8	27,4	27,0					
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,4	20,3					
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	27,6	26,1	23,3					
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,6	30,4	29,8					
Japan	15,2	18,0	21,4	17,9	17,5	17,7	18,0	k.A.					
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,5	27,5					
Luxemburg	16,7	25,3	26,0	27,3	29,1	26,0	26,4	27,5					
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,1	24,0	k.A.					
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	35,2	34,6	33,2					
Österreich	25,2	26,8	26,6	26,5	28,5	27,3	28,0	28,6					
Polen	-	-	-	25,2	19,8	21,4	22,9	k.A.					
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	24,3	24,7	24,6					
Schweden	32,2	33,0	38,0	34,4	38,1	36,6	35,7	35,4					
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,7	22,2	22,6					
Slowakei	-	-	-	-	20,0	17,9	17,7	17,4					
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,3	24,4	25,1	20,9					
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	20,8	21,1	20,6					
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,2	26,6	26,9					
Vereinigtes Königreich	31,9	29,0	29,5	28,0	30,2	30,3	29,5	28,8					
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	21,3	21,7	20,3					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land			Steu	ern und Sozialab	gaben in % des B	IP		
	1970	1980	1990	1995	2000	2006	2007	2008
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	35,6	36,2	36,4
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,4	43,9	44,3
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,6	48,7	48,3
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,5	43,0	42,8
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	44,0	43,5	43,1
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,2	32,0	31,3
Irland	28,5	31,1	33,1	32,5	31,3	31,7	30,8	28,3
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	42,3	43,3	43,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	28,0	28,3	k.A.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,5	33,3	32,2
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	35,8	36,5	38,3
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,9	37,5	k.A.
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	44,0	43,6	42,1
Österreich	33,8	38,9	39,6	41,4	43,2	41,8	42,3	42,9
Polen	-	-	-	36,2	32,8	34,0	34,9	k.A.
Portugal	18,4	22,9	27,7	32,1	34,1	35,5	36,4	36,5
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,0	48,3	47,1
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,3	28,9	29,4
Slowakei	-	-	-	-	34,1	29,4	29,4	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	36,7	37,2	33,0
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,1	37,4	36,6
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,1	39,5	40,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	36,6	36,1	35,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,2	28,3	26,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2008, Paris 2009.

Stand: November 2009.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland <sup>1</sup>	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,7	43,7	48,0	48,3	47,5
Belgien	55,0	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,5	48,4	50,0	53,6	53,8	54,0
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,9	54,3	55,0	55,0
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,2	55,1	54,8
Griechenland	-	-	44,8	45,7	46,6	43,7	42,6	44,1	48,3	50,0	49,4	49,8
Irland	-	53,3	42,8	41,2	31,4	33,7	34,2	36,2	42,0	46,9	49,1	48,4
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,6	50,8	50,5
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,3	36,2	37,7	43,3	43,9	43,6
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,9	43,7	42,5	45,0	45,7	46,3	46,4
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,5	45,9	49,5	50,9	50,7
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	50,0	49,5	48,7	48,9	52,3	52,6	52,4
Portugal	33,3	38,6	39,7	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	51,6	51,5	52,0
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,2	44,5	42,4	44,2	49,5	50,2	49,9
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,1	45,2	45,6	45,3
Zypern	-	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,6	44,4	47,8	48,0
Euroraum	-	-	-	50,6	46,3	47,3	46,6	46,0	46,8	50,4	50,5	50,2
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,3	39,5	39,5	38,7
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,9	55,9	57,6	56,4
Estland	-	-	-	41,3	36,1	33,6	34,0	34,8	39,9	44,8	46,7	45,4
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,5	38,2	35,8	38,8	43,8	45,7	45,1
Litauen	-	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	45,9	46,0	46,0
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,3	44,0	46,1	45,9
Rumänien	-	-	-	35,9	38,5	33,5	35,3	36,0	38,4	39,4	38,6	37,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	55,9	55,6	54,6
Slowakei	-	-	-	48,6	52,2	38,0	36,9	34,4	34,8	37,5	37,5	36,9
Tschechien	-	-	-	-	41,8	45,0	43,8	42,6	43,0	46,9	46,5	46,6
Ungarn	-	-	-	56,2	46,8	50,1	51,9	49,8	49,3	50,0	49,4	49,0
Vereinigtes Königreich	47,6	44,6	41,1	43,9	36,8	44,1	44,0	44,0	47,3	51,2	52,1	50,7
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,4	50,6	50,1
USA	34,2	37,3	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,7	38,8	42,2	43,8	44,2
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,2	36,0	37,2	40,5	41,6	42,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: November 2009.

 $Quelle: \hbox{EU-Kommission\,,} Statistischer\, Anhang\, der\, \hbox{Europ\"{a}ischen\,Wirtschaft".}$ 

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	alt 2008 <sup>1</sup>			EU-Haus	halt 2009 <sup>2</sup>	
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflich	tungen	Zahlungen	
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	131 079,6	100,0	115 771,3	100,0	133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

 $<sup>^1\,\</sup>mbox{EU-Haushalt}\,2008$  (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differenz ir	۱%	Differenz ir	n Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisier ungsan passungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	- 0,3	- 1,2	-193,3	- 651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	-12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

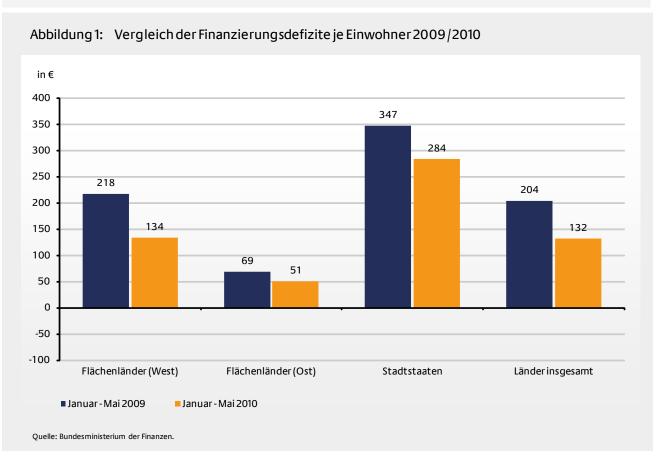
<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2010 im Vergleich zum Jahressoll 2010

	Flächenlän	der (West)	Flächenläi	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	io.€			
Bereinigte Einnahmen	177 513	72 717	49 985	19 119	32 801	13 215	254 579	102 56
darunter:								
Steuereinnahmen	134 010	55 468	25 519	10775	20 649	8 548	180 178	74 79
übrige Einnahmen	43 503	17 249	24 465	8 3 4 4	12 152	4668	74 400	27 77
Bereinigte Ausgaben	201 958	81 186	53 145	19 784	37 132	14 885	286 515	113 37
darunter:								
Personalausgaben	79 290	34112	13 009	5 0 6 1	11 525	4608	103 824	43 78
Ifd. Sachaufwand	13 272	5 1 1 6	3 827	1376	7732	3 033	24830	9 52
Zinsausgaben	14 147	7 071	3 187	1 469	4110	1 977	21 444	1051
Sachinvestitionen	4890	1 138	2 074	359	1 333	234	8 297	1 73
Zahlungen an Verwaltungen	54 205	18 676	18 942	7120	635	256	68 061	23 56
übrige Ausgaben	36 156	15 073	12 107	4 401	11797	4778	60 059	24 25
Finanzierungssaldo	-24 442	-8 469	-3 160	- 666	-4 323	-1 670	-31 925	-10 80



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2010

						in Mio. €				
			Mai 2009			April 2010			Mai 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
<b>1</b>	Seit dem 1. Januar gebuchte <b>Bereinigte Einnahmen</b> <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsiahr Einnahmen der laufenden	<b>102 330</b> 99 864	102 270	198 002	<b>75 732</b>	<b>79 713</b> 74 991	<b>149 447</b>	<b>94 005</b> 91 828	<b>102 566</b> 97 189	<b>190 323</b>
111	Rechung Steuereinnahmen	85 959	79 163	165 123	64 792	57 810	122 603	82 909	74 791	157 700
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	6 020	-	-	1019	13 340		1 040	17 865	18 905
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	-	-	605	605	-	605	605
1122 12	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup> Einnahmen der	- 2 466	-	-	- 2 115	- 4722	6 838	- 2 177	- 5377	7 554
121	Kapitalrechnung Veräußerungserlöse	1 759	-	_	1 081	162	1 243	1 100	140	1 240
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 558	-	-	826	96	922	826	56	882
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	182		-	255	3 272	3 5 2 7	245	3 686	3 931
2	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	120 470	118 955	232 828	119 057	93 519	206 578	129 243	113 370	236 366
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	111 553	-	-	111 236	86 221	197 457	121 071	104 131	225 202
211	Personalausgaben	12 150	42 289	54 439	10957	35 628	46 584	12 340	43 780	56 120
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 367	-	-	3 117	10 179	13 296	3 454	12 473	15 927
212	Laufender Sachaufwand	7 059	-	-	6744	7 687	14431	7 180	9 525	16705
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 205	-	-	3 059	5 005	8 064	3 295	6 2 7 5	9 570
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	16718	-	-	15 163	9 298	24 461	15 008	10516	25 524
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 495	-	-	5 100	17 444	22 544	5 308	20 235	25 543
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	13	13	-	- 273	- 273	-	-345	- 345
2142	Zuweisungen an Gemeinden	9	-	-	7	16 562	16 568	7	19 172	19 179
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	8 917	-	-	7 821	7 298	15 119	8 172	9 239	17 411
221	Sachinvestitionen	1 895	-	-	1 593	1 266	2 860	1 752	1 731	3 483
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung) nachrichtlich:	2 827	-	-	2 532	2 769	5 300	2 609	3 332	5 941
223	Investitionsausgaben	8 741	-	-	7 658	7 077	14735	7 998	9 0 1 0	17 008
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-18 112 <sup>2</sup>	-16 685	-34 797	-43 296 <sup>2</sup>	-13 806	-57 102	-35 209 <sup>2</sup>	-10 805	-46 013

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2010

						in Mio. €				
			Mai 2009			April 2010			Mai 2010	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	93 858	40 532	134390	101 410	27 149	128 559	129 064	29 537	158 60
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	83 836	41 160	124997	71 623	32 132	103 754	86 193	37 284	123 47
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	10 022	- 629	9 393	29 788	-4983	24805	42 870	-7 747	35 12
	Zum Ende des Monats bestehende <b>Schwebende</b>									
	Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-8 452	4 2 0 5	-4 248	-12 159	5 567	-6 592	-26 853	6 803	-20 05
	Geldbestände der									
52	Rücklagen und Sondervermögen	-	17 115	17 115	-	14 050	14 050	-	14279	1427
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	8 452	896	9 3 4 8	12 161	-7 529	4 632	26854	-8 516	18 33

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>^2\,</sup>Einschließlich\,Haushaltstechnische\,Verrechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte <b>Bereinigte Einnahmen</b> <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	12 998	16 382 °	3 436	7 211	2 415	8 688	19 018	4 599	1 042
11	Einnahmen der laufenden Rechung	12 426	15 764	3 228	6972	2 185	8 3 3 6	18 220	4393	1 027
111	Steuereinnahmen	9325	12 639	2 021	5 759	1 241	6 486	15 035	3 208	829
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 190	1 647	972	823	806	1 040	2 089	853	136
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	52	-	41	6	-	33	10
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	126	-	176	37	-	95	31
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	572	618	208	239	230	352	798	206	15
121	Veräußerungserlöse	5	0	3	2	1	4	8	0	(
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	-	5	-	-	3	1	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	439	446	121	231	100	291	604	120	1:
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	14 042	16 564 b	3 848	8 427	2 681	9 554	21 620	6 013	1 340
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	12 895	15 144	3 412	7 807	2 432	9 052	19891	5 464	1 218
211	Personalausgaben	6 575	7 736	985	3 170	659	3 858	<sup>2</sup> 8 172 <sup>2</sup>	2 427	640
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	2 030	2 282	66	1 032	38	1210	2 733	726	239
212	Laufender Sachaufwand	711	1 148	194	583	161	653	1 308	410	9:
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	621	946	160	488	145	539	1 013	353	9:
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 169	682	341	975	165	801	2 177	534	30
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2313	3 790	1 261	1 800	864	2 186	4014	1 336	1:
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	306	1 289		669	-	-	90	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 995	2 480	1 061	1 118	734	2 185	3 902	1 320	1
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 147	1 420	435	620	248	502	1 729	549	12
221	Sachinvestitionen	224	450	15	204	60	86	71	34	1
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	566	503	195	267	90	119	748	181	1.
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 110	1 384	435	601	248	502	1 658	537	11

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2010

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 045	- 182 °	- 412	-1 216	- 266	- 867	-2 602	-1 414	- 298
	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4 285	2984 <sup>d</sup>	4356	1 624	- 363	735	6 648	2 196	680
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	3 357	2 679	4357	3 493	302	2 830	6 5 6 6	2 953	310
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	927	305 <sup>d</sup>	4358	-1 869	- 665	-2 095	81	- 757	369
	Zum Ende des Monats bestehende <b>Schwebende</b> <b>Schulden und</b> <b>Kassenbestände</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	4351	1 569	-	734	692	1 474	- 123
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	916	3 154	4352	679	1 000	2 102	812	2	- 21
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-7	-	4 3 5 3	-2 407	279	-1 268	-96	-1 473	44

 $<sup>^{1}\,\</sup>mathrm{In}\,\mathrm{der}\,\mathrm{L\ddot{a}ndersumme}$  ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Juni-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: <sup>a</sup> 11,9 Mio. €, <sup>b</sup> 168,9 Mio. €, <sup>c</sup> - 157,0 Mrd. €, <sup>d</sup> 1539,2 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2010

					in N	Mio. €			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte <b>Bereinigte Einnahmen</b> <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	6 583	3 313	2 993	3 373	8 149	1 234	3 881	102 566
11	Einnahmen der laufenden Rechung	5 653	3 119	2 871	2 974	7 821	1 172	3 776	97 189
111	Steuereinnahmen	3 710	1 924	2 188	1 879	4 493	841	3 214	7479
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 658	1 083	469	943	2 671	209	277	17 865
1121	darunter: Allgemeine BEZ	80	46	26	45	232	35	-	605
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	324	190	50	177	1 462	79	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	930	193	122	399	328	62	105	537
121	Veräußerungserlöse	0	4	1	7	102	0	5	140
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	2	1	-	44	-	1	56
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	727	106	72	126	167	44	79	3 680
2	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b> für das laufende Haushaltsjahr	5 943	3 807	3 838	3 507	9 098	1 837	3 999	113 370
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	5 284	3 441	3 614	3 223	8 628	1 698	3 673	104 13
211	Personalausgaben	1 524	952	1 535	940	2 905	588	1114	43 780
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	74	62	525	54	732	199	472	12 473
212	Laufender Sachaufwand	371	404	204	247	1 869	271	892	9 52
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	302	147	176	161	843	103	187	6 27
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	165	441	428	357	1 226	296	454	1051
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 111	945	952	1 175	106	29	89	20 23!
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	48	- 34!
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 690	747	909	1 014	2	2	3	19 17
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	658	366	224	284	470	140	326	9 23
221	Sachinvestitionen	162	54	56	69	84	28	122	1 73
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	238	167	91	74	42	29	9	3 33
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	658	366	224	284	433	139	318	9 01

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2010

					in N	Mio.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo) Schuldenaufnahme und Schuldentilgung	640	- 495	- 845	- 134	- 948	- 603	- 118	-10 805
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	-3 102	2 209	1 359	1 225	5 9 1 9	1 709	26	29 537
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	350	1 925	1 581	758	5 472	2 155	-	37 284
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-3 452	283	- 223	468	447	- 446	26	-7 747
51	Zum Ende des Monats bestehende Schwebende Schulden und Kassenbestände Kassenkredit von Kreditinstituten	-	1 099	-	-	75	407	321	6 803
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 665	87	-	101	381	262	2 141	14279
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-110	-1 119	- 946	222	- 67	- 587	- 145	-8 516

 $<sup>^1 \</sup>operatorname{In} \operatorname{der} \operatorname{L\"{a}ndersumme} \operatorname{ohne} \operatorname{Zuweisungen} \operatorname{von} \operatorname{L\"{a}ndern} \operatorname{im} \operatorname{L\"{a}nderfinanzausgleich}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Juni-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: <sup>a</sup> 11,9 Mio. €, <sup>b</sup> 168,9 Mio. €, <sup>c</sup> - 157,0 Mrd. €, <sup>d</sup> 1539,2 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,9	-4,9	-2,2	17,8
2004/99	38,9	0,2	51,5	3,6	8,4	1,1	0,8	1,5	19,4
2009/04	39,5	0,7	52,6	3,8	8,8	0,5	-0,2	0,5	18,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Stand: Mai 2010.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose\,[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
Jahr			V	eränderung in % p.a	1.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2009	-3,5	1,5	3,8	0,3	0,1	0,4	5,5
2004/99	1,9	0,8	-0,5	1,0	1,3	1,5	0,4
2009/04	1,7	1,2	0,1	1,3	1,3	1,7	1,1

 $<sup>^{1}</sup> Ohne \, private \, Organisation en \, ohne \, Erwerbszweck.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept). Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2009	-17,0	-15,4	113,1	115,1	40,7	36,0	4,7	4,8
2004/99	7,5	5,1	60,6	24,3	34,6	31,8	2,8	1,1
2009/04	2,9	3,3	134,1	141,8	43,3	37,6	5,7	6,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Stand: Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	Ve	eränderung in % p.a	a.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2009	-4,2	-11,8	-0,1	67,7	69,1	-0,3	-0,7
2004/99	2,4	4,6	1,4	70,9	71,9	1,3	0,5
2009/04	1,6	1,7	1,5	66,0	67,5	1,0	-0,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Stand: Mai 2010.

 $<sup>^{2}\,\</sup>mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche\	Veränderun	ıgen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 3,1	1,3	1,6
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 2,0	- 3,0	- 0,5
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,6	-0,4	0,8
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,3	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	- 3,0	- 7,1	- 0,9	3,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,5	- 1,3	- 5,0	0,8	1,4
Zypern	-	-	9,9	5,0	3,9	4,1	5,1	3,6	- 1,7	-0,4	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,4	2,0	2,4
Malta	-	-	6,2	6,4	3,9	3,6	3,8	2,1	- 1,9	1,1	1,7
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,0	1,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,6	1,3	1,6
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,7	0,5	0,7
Slowakei	-	-	5,8	1,4	6,7	8,5	10,6	6,2	- 4,7	2,7	3,6
Slowenien	-	_	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,8	1,1	1,8
Finnland	3,3	0,5	4,0	5,3	2,9	4,4	4,9	1,2	- 7,8	1,4	2,1
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,1	0,9	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,0	0,0	2,7
Dänemark	4,0	1,6	3,1	3,5	2,4	3,4	1,7	- 0,9	- 4,9	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	10,0	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 14,1	0,9	3,8
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	- 3,5	3,3
Litauen	-	_	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 15,0	-0,6	3,2
Polen	-	-	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,7	2,7	3,3
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	7,3	- 7,1	0,8	3,5
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,5	- 0,2	- 4,9	1,8	2,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,2	1,6	2,4
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,3	0,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,5	- 4,9	1,2	2,1
EU	2,5	3,0	2,6	3,9	2,0	3,2	2,9	0,7	- 4,2	1,0	1,7
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,4	- 1,2	- 5,2	2,1	1,5
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,4	2,8	2,5

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,2	1,3	1,5
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,6	1,6
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,3	3,1	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	- 0,3	1,6	1,6
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,4	1,6
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,7	- 1,3	0,8
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,2	2,7	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	2,6	2,0
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	1,8	2,0	2,1
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,0	1,3	1,5
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,4	1,3	1,5
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	-0,9	1,0	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	0,9	1,3	2,8
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,8	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,6	1,7	1,9
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,5	1,7
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,5	2,3	2,7
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	2,3	1,5
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	1,3	2,0
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,3	-3,2	-0,7
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	4,2	-0,1	1,4
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	4,0	2,4	2,6
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,6	4,3	3,0
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,6
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,0	1,3
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,0	4,6	2,8
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,2	2,4	1,4
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,8	1,7
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	-1,4	- 0,5	- 0,4
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	-0,4	1,7	0,3

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,5	7,8	7,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	7,9	8,8	9,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,5	11,8	13,2
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	18,0	19,7	19,8
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,5	4,6	6,3	11,9	13,8	13,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,7	7,8	8,8	8,8
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,3	6,7	7,0
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	5,4	6,1	6,4
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	6,9	7,3	7,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	4,9	5,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	4,8	5,1	5,4
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,6	9,9	9,9
Slowakei	-	_	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,0	14,1	13,3
Slowenien	-	_	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	5,9	7,0	7,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,2	9,5	9,2
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,4	9,0	8,3	7,5	7,5	9,4	10,3	10,4
Bulgarien	-	_	12,0	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	6,8	7,9	7,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	6,0	6,9	6,5
Estland	-	_	9,7	13,6	7,9	5,9	4,7	5,5	13,8	15,8	14,6
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	17,1	20,6	18,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	13,7	16,7	16,3
Polen	-	_	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,2	9,2	9,4
Rumänien	-	_	6,0	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	6,9	8,5	7,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	7,0	6,1	6,2	8,3	9,2	8,8
Tschechien	-	_	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,7	8,3	8,0
Ungarn	-	-	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,0	10,8	10,1
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,6	7,8	7,4
EU	9,4	7,2	10,0	8,7	8,9	8,2	7,1	7,0	8,9	9,8	9,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,1	5,3	5,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,3	9,7	9,8

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2010. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2010.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Rea	les Brutto	inlandspro	dukt		Verbraud	cherpreise			Leistun	gsbilanz	
			Veränd	erung geg	enüber Vo	rjahr in %					nominalen ndprodukt	
	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011 <sup>1</sup>	2008	2009	2010 <sup>1</sup>	2011
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten darunter	5,5	-6,6	4,0	3,6	15,6	11,2	7,2	6,1	4,9	2,6	4,0	3,6
Russische Föderation	5,6	-7,9	4,0	3,3	14,1	11,7	7,0	5,7	6,2	3,9	5,1	4,6
Ukraine	2,1	-15,1	3,7	4,1	25,2	15,9	9,2	8,9	-7,1	-1,7	-2,3	-2,3
Asien	7,9	6,6	8,7	8,7	7,4	3,1	5,9	3,7	5,7	4,1	4,1	4,1
darunter												
China	9,6	8,7	10,0	9,9	5,9	-0,7	3,1	2,4	9,4	5,8	6,2	6,5
Indien	7,3	5,7	8,8	8,4	8,3	10,9	13,2	5,5	-2,2	-2,1	-2,2	-2,0
Indonesien	6,0	4,5	6,0	6,2	9,8	4,8	4,7	5,8	0,0	2,0	1,4	0,4
Korea	2,3	0,2	4,5	5,0	4,7	2,8	2,9	3,0	-0,6	5,1	1,6	2,2
Thailand	2,5	-2,3	5,5	5,5	5,5	-0,8	3,2	1,9	0,6	7,7	2,5	0,3
Lateinamerika	4,3	-1,8	4,0	4,0	7,9	6,0	6,2	5,9	-0,6	-0,5	-1,0	-1,2
darunter												
Argentinien	6,8	0,9	3,5	3,0	8,6	6,3	10,1	9,1	1,5	2,8	2,8	2,0
Brasilien	5,1	-0,2	5,5	4,1	5,7	4,9	5,1	4,6	-1,7	-1,5	-2,9	-2,9
Chile	3,7	-1,5	4,7	6,0	8,7	1,7	2,0	3,0	-1,5	2,2	-0,8	-2,1
Mexiko	1,5	-6,5	4,2	4,5	5,1	5,3	4,6	3,7	-1,5	-0,6	-1,1	-1,4
Sonstige												
Türkei	0,7	-4,7	5,2	3,4	10,4	6,3	9,7	5,7	-5,7	-2,3	-4,0	-4,4
Südafrika	3,7	-1,8	2,6	3,6	11,5	7,1	5,8	5,8	-7,1	-4,0	-5,0	-6,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

 $Quelle: IWF World \ Economic \ Outlook \ April \ 2010 \ in \ ver\"{o}ffent lichter \ Form.$ 

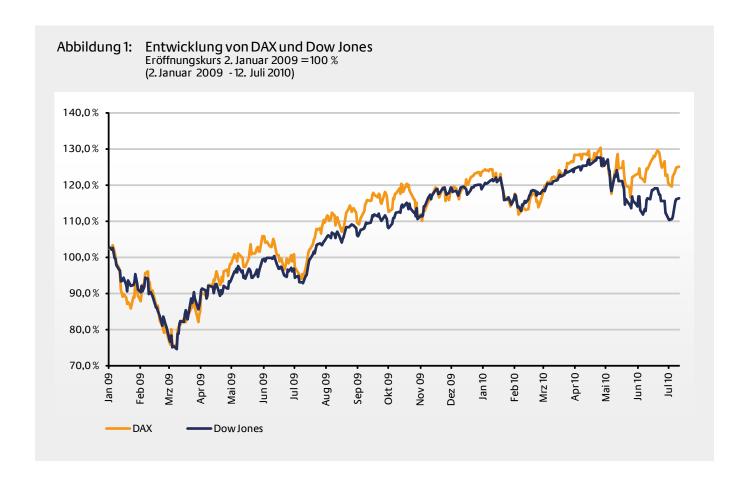


Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	07.07.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dow Jones	10018	10 428	-3,93	6 547	11 205
Eurostoxx 50	2 634	2 966	-11,19	1810	3 018
Dax	5 993	5 957	0,59	3 666	6 3 3 2
CAC 40	3 483	3 936	-11,51	2 5 1 9	4 0 6 6
Nikkei	9 280	10 546	-12,01	7 055	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	07.07.2010	2009	US-Bond	2009/2010	2009/2010
USA	3,01	3,88	-	2,22	4,03
Deutschland	2,57	3,40	-0,44	2,52	3,70
Japan	1,15	1,30	-1,86	1,07	1,57
Vereinigtes Königreich	3,36	4,08	0,35	2,99	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	07.07.2010	2009	zu Ende 2009	2009/2010	2009/2010
Dollar/Euro	1,26	1,44	-12,77	1,19	1,51
Yen/Dollar	87,79	92,40	-4,98	86,36	101,11
Yen/Euro	109,56	133,16	-17,72	108,14	138,09
Pfund/Euro	0,83	0,89	-6,33	0,81	0,96

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,6	2,8	0,2	1,3	1,5	7,3	7,5	7,8	7,8
OECD	1,0	-4,9	1,9	2,1	2,8	0,2	1,3	1,0	7,2	7,4	7,6	8,0
IWF	1,2	-4,9	1,4	1,6	2,8	0,1	0,9	1,0	7,2	7,4	8,6	9,3
USA												
EU-KOM	0,4	-2,4	2,8	2,5	3,8	-0,4	1,7	0,3	5,8	9,3	9,7	9,8
OECD	0,4	-2,4	3,2	3,2	3,8	-0,3	1,9	1,1	5,8	9,3	9,7	8,9
IWF	0,4	-2,4	3,3	2,9	3,8	-0,3	2,1	1,7	5,8	9,3	9,4	8,3
Japan												
EU-KOM	-1,2	-5,2	2,1	1,5	1,4	-1,4	-0,5	-0,4	4,0	5,1	5,3	5,3
OECD	-1,2	-5,2	3,0	2,0	1,4	-1,4	-0,7	-0,3	4,0	5,1	4,9	4,7
IWF	-1,2	-5,2	2,4	1,8	1,4	-1,4	-1,4	-0,5	4,0	5,1	5,1	4,9
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,3	1,5	3,2	0,1	1,4	1,6	7,8	9,5	10,2	10,1
OECD	0,3	-2,5	1,7	2,1	3,2	0,1	1,7	1,1	7,4	9,1	9,8	9,5
IWF	0,1	-2,5	1,4	1,6	3,2	0,1	1,2	1,5	7,9	9,4	10,0	9,9
Italien												
EU-KOM	-1,3	-5,0	0,8	1,4	3,5	0,8	1,8	2,0	6,7	7,8	8,8	8,8
OECD	-1,3	-5,1	1,1	1,5	3,5	0,8	1,2	1,0	6,8	7,8	8,7	8,8
IWF	-1,3	-5,0	0,9	1,1	3,5	0,8	1,4	1,7	6,8	7,8	8,7	8,6
Vereingtes												
Königreich	0,5	4.0	1,2	2,1	3,6	2,2	2.4	1.4	5,6	7.6	7,8	7,4
EU-KOM	0,5	-4,9	1,2	2,1		2,2	2,4	1,4	5,7	7,6		7,4 7,9
OECD	0,5	-4,9	1,3	2,5	3,6 3,6	2,2	3,0 2,7	1,5		7,6 7,5	8,1	
IWF	0,5	-4,9	1,2	۷,۱	3,0	2,2	2,7	1,6	5,6	7,5	8,3	7,9
<b>Kanada</b> EU-KOM												
OECD	0.4	-2,7	3,6	3,2	2,4	- 0.3	1,6	- 1,7	6,2	8,3	7,9	7,2
IWF	0,4 0,5	-2,7 -2,5	3,6	2,8	2,4	0,3 0,3	1,8	2,0	6,2	8,3	7,9	7,2
Euroraum	0,5	-2,5	3,0	۷,0	۷,4	0,3	1,0	2,0	0,2	0,3	7,9	7,0
EU-KOM	0,6	-4,1	0,9	1,5	3,3	0,3	1,5	1,7	7,5	9,4	10,3	10,4
						0,3	1,5	•		9,4	10,3	10,4
OECD IWF	0,5	-4,1	1,2	1,8	3,3			1,0	7,5			
	0,6	-4,1	1,0	1,3	3,3	0,3	1,1	1,3	7,6	9,4	10,5	10,5
EZB	-	-4,1	1,0	1,2	-	0,3	1,5	1,6	-	-	-	
EU-27	0.7	4.2	1.0	1 7	27	1.0	1.0	17	7.0	8.0	0.0	0.7
EU-KOM	0,7	-4,2	1,0	1,7	3,7	1,0	1,8	1,7	7,0	8,9	9,8	9,7
IWF	0,9	-4,1	1,0	1,6	-	-	-	-	-	-		

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010. WEO Update, Juli 2010 (nur für EU-27, Euroraum, G7-Staaten & Spanien und nur zum BIP).

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2010 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	1,0	-3,1	1,3	1,6	4,5	0,0	1,6	1,6	7,0	7,9	8,8	9,0
OECD	0,8	-3,0	1,4	1,9	4,5	0,0	1,8	1,4	7,0	7,9	8,2	8,3
IWF	0,8	-3,0	1,2	1,3	4,5	-0,2	1,6	1,5	7,0	8,0	9,3	9,4
Finnland												
EU-KOM	1,2	-7,8	1,4	2,1	3,9	1,6	1,7	1,9	6,4	8,2	9,5	9,2
OECD	1,2	-7,8	1,7	2,5	3,9	1,6	1,7	1,4	6,4	8,3	9,4	9,0
IWF	1,2	-7,8	1,2	2,2	3,9	1,6	1,1	1,4	6,4	8,3	9,8	9,6
Griechenland												
EU-KOM	2,0	-2,0	-3,0	-0,5	4,2	1,3	3,1	2,1	7,7	9,5	11,8	13,2
OECD	2,0	-2,0	-3,7	-2,5	4,2	1,3	3,0	0,3	7,7	9,5	12,1	14,3
IWF	2,0	-2,0	-2,0	-1,1	4,2	1,4	1,9	1,0	7,6	9,4	12,0	13,0
Irland												
EU-KOM	-3,0	-7,1	-0,9	3,0	3,1	-1,7	-1,3	0,8	6,3	11,9	13,8	13,4
OECD	-3,0	-7,1	-0,7	3,0	3,1	-1,7	-1,4	0,8	6,0	11,7	13,7	13,0
IWF	-3,0	-7,1	-1,5	1,9	3,1	-1,7	-2,0	-0,6	6,1	11,8	13,5	13,0
Luxemburg												
EU-KOM	0,0	-3,4	2,0	2,4	4,1	0,0	2,6	2,0	4,9	5,4	6,1	6,4
OECD	0,0	-3,4	2,7	3,1	4,1	0,0	3,0	1,9	4,4	5,7	6,0	5,8
IWF	0,0	-4,2	2,1	2,4	3,4	0,8	1,0	1,3	4,4	7,0	6,2	5,7
Malta												
EU-KOM	2,1	-1,9	1,1	1,7	4,7	1,8	2,0	2,1	5,9	6,9	7,3	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	2,1	-1,9	0,5	1,5	4,7	1,8	2,0	2,1	5,8	7,1	7,3	7,2
Niederlande												
EU-KOM	2,0	-4,0	1,3	1,8	2,2	1,0	1,3	1,5	2,8	3,4	4,9	5,2
OECD	2,0	-4,0	1,2	2,0	2,2	1,0	0,9	1,4	2,7	3,4	4,6	4,8
IWF	2,0	-4,0	1,3	1,3	2,2	1,0	1,1	1,3	2,8	3,5	4,9	4,7
Österreich												
EU-KOM	2,0	-3,6	1,3	1,6	3,2	0,4	1,3	1,5	3,8	4,8	5,1	5,4
OECD	1,8	-3,4	1,4	2,3	3,2	0,4	1,4	1,0	3,8	4,8	4,9	5,0
IWF	2,0	-3,6	1,3	1,7	3,2	0,4	1,3	1,5	3,9	5,0	5,4	5,5
Portugal												
EU-KOM	0,0	-2,7	0,5	0,7	2,7	-0,9	1,0	1,4	7,7	9,6	9,9	9,9
OECD	0,0	-2,7	1,0	0,8	2,7	-0,9	0,9	1,1	7,6	9,5	10,6	10,4
IWF	0,0	-2,7	0,3	0,7	2,7	-0,9	0,8	1,1	7,6	9,5	11,0	10,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	6,2	-4,7	2,7	3,6	3,9	0,9	1,3	2,8	9,5	12,0	14,1	13,3
OECD	6,2	-4,7	3,6	3,9	3,9	0,9	0,8	2,2	9,6	12,1	14,0	13,4
IWF	6,2	-4,7	4,1	4,5	3,9	0,9	0,8	2,0	9,6	12,1	11,6	10,7
Slowenien												
EU-KOM	3,5	-7,8	1,1	1,8	5,5	0,9	1,8	2,0	4,4	5,9	7,0	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,5	-7,3	1,1	2,0	5,7	0,8	1,5	2,3	4,4	6,2	7,4	6,8
Spanien												
EU-KOM	0,9	-3,6	-0,4	0,8	4,1	-0,3	1,6	1,6	11,3	18,0	19,7	19,8
OECD	0,9	-3,6	-0,2	0,9	4,1	-0,3	1,4	0,6	11,3	18,0	19,1	18,2
IWF	0,9	-3,6	-0,4	0,6	4,1	-0,3	1,2	1,0	11,3	18,0	19,4	18,7
Zypern												
EU-KOM	3,6	-1,7	-0,4	1,3	4,4	0,2	2,7	2,5	3,6	5,3	6,7	7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,6	-1,7	-0,7	1,9	4,4	0,2	2,7	2,3	3,6	5,3	6,1	6,4

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2010. WEO Update, Juli 2010 (nur für EU-27, Euroraum, G7-Staaten & Spanien und nur zum BIP).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	6,0	-5,0	0,0	2,7	12,0	2,5	2,3	2,7	5,6	6,8	7,9	7,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	-5,0	0,2	2,0	12,0	2,5	2,2	2,9	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	-0,9	-4,9	1,6	1,8	3,6	1,1	2,3	1,5	3,3	6,0	6,9	6,5
OECD	-0,9	-4,9	1,2	2,0	3,4	1,3	2,1	1,8	3,2	5,9	7,2	6,9
IWF	-0,9	-5,1	1,2	1,6	3,4	1,3	2,0	2,0	1,7	3,3	4,2	4,7
Estland												
EU-KOM	-3,6	-14,1	0,9	3,8	10,6	0,2	1,3	2,0	5,5	13,8	15,8	14,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-14,1	0,8	3,6	10,4	-0,1	0,8	1,1	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-3,5	3,3	15,3	3,3	-3,2	-0,7	7,5	17,1	20,6	18,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	2,7	15,3	3,3	-3,7	-2,5	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	2,8	-15,0	-0,6	3,2	11,1	4,2	-0,1	1,4	5,8	13,7	16,7	16,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	2,8	-15,0	-1,6	3,2	11,1	4,2	-1,2	-1,0	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,0	1,7	2,7	3,3	4,2	4,0	2,4	2,6	7,1	8,2	9,2	9,4
OECD	5,0	1,8	3,1	3,9	4,2	3,8	2,7	2,8	7,1	8,2	8,9	8,6
IWF	5,0	1,7	2,7	3,2	4,2	3,5	2,3	2,4	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	7,3	-7,1	0,8	3,5	7,9	5,6	4,3	3,0	5,8	6,9	8,5	7,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,3	-7,1	0,8	5,1	7,8	5,6	4,0	3,1	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,9	1,8	2,5	3,3	1,9	1,7	1,6	6,2	8,3	9,2	8,8
OECD	-0,6	-5,1	1,6	3,2	3,4	-0,3	1,4	2,0	6,2	8,3	8,8	8,7
IWF	-0,2	-4,4	1,2	2,5	3,3	2,2	2,4	2,1	6,2	8,5	8,2	7,7
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,2	1,6	2,4	6,3	0,6	1,0	1,3	4,4	6,7	8,3	8,0
OECD	2,3	-4,1	2,0	3,0	6,3	1,0	1,8	2,0	4,4	6,7	7,8	7,5
IWF	2,5	-4,3	1,7	2,6	6,3	1,0	1,6	2,0	4,4	6,7	8,8	8,5

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	0,6	-6,3	0,0	2,8	6,0	4,0	4,6	2,8	7,8	10,0	10,8	10,1
OECD	0,4	-5,7	1,2	3,1	6,0	4,2	4,5	2,3	7,9	10,1	11,0	10,5
IWF	0,6	-6,3	-0,2	3,2	6,1	4,2	4,3	2,5	-	-	-	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2010, vorläufige Ausgabe.

 $IWF: Weltwirt schafts ausblick, April\,2010.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	0,0	-3,3	-5,0	-4,7	66,0	73,2	78,8	81,6	6,6	5,0	4,8	4,8
OECD	0,0	-3,3	-5,4	-4,5	66,0	73,2	77,9	81,3	6,7	5,0	6,0	7,2
IWF	0,0	-3,3	-5,7	-5,1	65,9	72,5	76,7	79,6	6,7	4,8	5,5	5,6
USA												
EU-KOM	-6,4	-11,0	-10,0	-9,9	70,7	84,0	93,6	102,5	-4,9	-3,0	-3,7	-3,7
OECD	-6,5	-11,0	-10,7	-8,9	70,4	83,0	89,6	94,8	-4,9	-2,9	-3,8	-4,0
IWF	-6,6	-12,5	-11,0	-8,2	70,6	83,2	92,6	97,4	-4,9	-2,9	-3,3	-3,4
Japan												
EU-KOM	-2,0	-6,9	-6,7	-6,6	172,0	189,2	193,5	194,9	3,2	2,8	3,1	2,5
OECD	-2,1	-7,2	-7,6	-8,3	173,8	192,9	199,2	204,6	3,3	2,8	3,3	3,5
IWF	-4,2	-10,3	-9,8	-9,1	198,8	217,6	227,3	234,1	3,2	2,8	2,8	2,4
Frankreich												
EU-KOM	-3,3	-7,5	-8,0	-7,4	67,5	77,6	83,6	88,6	-3,3	-2,9	-3,3	-3,6
OECD	-3,3	-7,6	-7,8	-6,9	67,5	77,7	85,1	90,6	-2,3	-2,2	-1,9	-1,9
IWF	-3,4	-7,9	-8,2	-7,0	67,5	77,4	84,2	88,6	-2,3	-1,5	-1,9	-1,8
Italien												
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	5,0	106,1	115,8	118,2	118,9	-3,1	-3,2	-3,2	-2,9
OECD	-2,7	-5,2	-5,2	-5,0	106,1	115,9	119,0	121,7	-3,5	-3,1	-3,6	-3,5
IWF	-2,7	-5,3	-5,2	-4,9	106,0	115,8	118,6	120,5	-3,4	-3,4	-2,8	-2,7
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	-11,5	-12,0	-10,0	52,0	68,1	79,1	86,9	-1,5	-1,3	-1,8	-2,0
OECD	-4,9	-11,3	-11,5	-10,3	52,0	68,1	78,1	86,5	-1,5	-1,3	-1,6	-1,0
IWF	-4,8	-10,9	-11,4	-9,4	52,0	68,2	78,2	84,9	-1,5	-1,3	-1,7	-1,6
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	0,1	-5,1	-3,4	-2,1	69,7	82,5	81,7	80,7	0,5	-2,7	-1,6	-1,6
IWF	0,1	-5,0	-5,1	-2,8	70,4	81,6	82,3	80,9	0,5	-2,7	-2,6	-2,5
Euroraum												
EU-KOM	-2,0	-6,3	-6,6	-6,1	69,4	78,7	84,7	88,5	-0,9	-0,6	-0,4	-0,3
OECD	-2,0	-6,3	-6,6	-5,7	69,6	78,9	85,0	89,3	-0,8	-0,3	0,3	0,8
IWF	-2,0	-6,3	-6,8	-6,1	69,1	78,3	84,1	88,1	-0,8	-0,4	0,0	0,1
EU-27												
EU-KOM	-2,3	-6,8	-7,2	-6,5	61,6	73,6	79,6	83,8	-1,1	-0,5	-0,4	-0,4
IWF	-2,4	-6,9	-7,4	-	-	-	-	-	-1,6	-0,5	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April\,2010\,\&\,Regionaler\,Wirts chafts ausblick\,Europa, Mai\,2010.$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Belgien												
EU-KOM	-1,2	-6,0	-5,0	-5,0	89,8	96,7	99,0	100,9	0,2	2,0	3,0	3,3
OECD	-1,2	-6,1	-4,9	-4,2	90,0	97,0	99,6	101,1	-2,9	0,5	2,0	2,1
IWF	-1,2	-5,8	-5,1	-4,4	-	-	-	-	-2,5	-0,3	-0,5	-0,1
Finnland												
EU-KOM	4,2	-2,2	-3,8	-2,9	34,2	44,0	50,5	54,9	3,5	1,5	1,1	1,3
OECD	4,1	-2,4	-3,8	-3,8	34,2	43,9	52,3	60,1	3,0	1,3	2,4	3,1
IWF	4,2	-2,4	-4,1	-	-	-	-	-	3,0	1,4	2,0	1,8
Griechenland												
EU-KOM	-7,7	-13,6	-9,3	-9,9	99,2	115,1	124,9	133,9	-13,8	-13,1	-10,3	-8,6
OECD	-7,7	-13,5	-8,1	-7,1	99,2	115,1	125,3	134,8	-14,6	-11,2	-8,9	-6,7
IWF	-7,8	-12,9	-8,7	-8,8	-	-	-	-	-14,6	-11,2	-9,7	-8,1
Irland												
EU-KOM	-7,3	-14,3	-11,7	-12,1	43,9	64,0	77,3	87,3	-5,2	-2,9	-0,9	-0,6
OECD	-7,3	-14,3	-11,7	-10,8	43,9	64,0	76,3	85,8	-5,2	-2,9	-0,4	1,4
IWF	-7,2	-11,4	-12,2	-11,5	-	-	-	-	-5,2	-2,9	0,4	-0,1
Luxemburg												
EU-KOM	2,9	-0,7	-3,5	-3,9	13,7	14,5	19,0	23,6	5,3	-0,4	0,9	1,5
OECD	2,9	-0,7	-3,8	-4,9	13,7	14,5	20,0	27,3	5,3	5,6	6,3	6,0
IWF	2,5	-1,1	-3,8	-5,0	-	-	-	-	5,3	5,7	11,2	11,6
Malta												
EU-KOM	-4,5	-3,8	-4,3	-3,6	63,7	69,1	71,5	72,5	-5,4	-3,9	-4,9	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,7	-4,0	-4,8	-4,8	-	-	-	-	-5,4	-3,9	-5,1	-5,1
Niederlande												
EU-KOM	0,7	-5,3	-6,3	-5,1	58,2	60,9	66,3	69,6	4,2	3,9	5,9	6,4
OECD	0,7	-5,3	-6,4	-5,4	58,2	60,9	67,2	71,5	4,8	5,4	5,3	5,9
IWF	0,7	-4,9	-5,9	-5,1	-	-	-	-	4,8	5,2	5,0	5,3
Österreich												
EU-KOM	-0,4	-3,4	-4,7	-4,6	62,6	66,5	70,2	72,9	3,6	2,9	3,1	4,1
OECD	-0,5	-3,4	-4,7	-4,6	62,7	66,4	70,1	73,5	3,3	2,3	3,0	3,4
IWF	-0,5	-3,6	-4,8	-4,5	-	-	-	-	3,5	1,4	1,8	1,7
Portugal												
EU-KOM	-2,8	-9,4	-8,5	-7,9	66,3	76,8	85,8	91,1	-12,1	-10,5	-10,1	-10,0
OECD	-2,9	-9,4	-7,4	-5,6	66,3	76,8	84,9	88,5	-12,0	-10,3	-10,2	-10,3
IWF	-2,8	-9,4	-8,8	-7,5	-	-		-	-12,1	-10,1	-9,0	-10,2

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Slowakei												
EU-KOM	-2,3	-6,8	-6,0	-5,4	27,7	35,7	40,8	44,0	-6,7	-3,1	-4,5	-4,1
OECD	-2,3	-6,8	-6,4	-5,3	27,7	35,7	41,3	46,0	-6,5	-1,3	-0,9	-3,0
IWF	-5,0	-9,0	-7,3	-7,4	-	-	-	-	-6,5	-3,2	-1,8	-1,9
Slowenien												
EU-KOM	-1,7	-5,5	-6,1	-5,2	22,6	35,9	41,6	45,4	-6,2	-0,9	-1,4	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	-6,1	-6,1	-4,9	-	-	-	-	-6,2	-0,3	-1,5	-1,2
Spanien												
EU-KOM	-4,1	-11,2	-9,8	-8,8	39,7	53,2	64,9	72,5	-9,5	-5,1	-4,6	-4,5
OECD	-4,1	-11,2	-9,4	-7,0	39,7	53,2	63,4	69,0	-9,7	-5,4	-4,1	-3,3
IWF	-4,1	-11,4	-10,4	-9,6	-	-	-	-	-9,6	-5,1	-5,3	-5,1
Zypern												
EU-KOM	0,9	-6,1	-7,1	-7,7	48,4	56,2	62,3	67,6	-17,7	-8,5	-7,1	-7,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	0,9	-6,1	-7,5	-8,8	-	-	-	-	-17,7	-9,3	-11,4	-10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April\,2010\,\&\,Regionaler\,Wirts chafts ausblick\,Europa, Mai\,2010.$ 

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	е		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	1,8	-3,9	-2,8	-2,2	14,1	14,8	17,4	18,8	-22,9	-9,6	-6,0	-5,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-24,2	-9,5	-6,3	-5,8
Dänemark												
EU-KOM	3,4	-2,7	-5,5	-4,9	34,2	41,6	46,0	49,5	2,2	4,0	3,9	3,7
OECD	3,4	-2,8	-5,5	-4,8	34,2	41,5	44,6	46,7	2,2	4,0	3,2	2,7
IWF	4,5	-3,0	-5,4	-4,2	-	-	-	-	2,2	4,0	3,1	2,6
Estland												
EU-KOM	-2,7	-1,7	-2,4	-2,4	4,6	7,2	9,6	12,4	-9,4	4,6	4,9	3,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,3	-2,1	-2,4	-	-	-	-	-	-9,4	4,6	4,7	3,9
Lettland												
EU-KOM	-4,1	-9,0	-8,6	-9,9	19,5	36,1	48,5	57,3	-13,0	8,7	8,3	4,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,5	-7,7	-12,9	-	-	-	-	-	-13,0	9,4	7,0	6,3
Litauen												
EU-KOM	-3,3	-8,9	-8,4	-8,5	15,6	29,3	38,6	45,4	-11,9	2,6	2,8	2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,3	-8,9	-8,6	-	-	-	-	-	-11,9	3,8	2,7	2,6
Polen												
EU-KOM	-3,7	-7,1	-7,3	-7,0	47,2	51,0	53,9	59,3	-5,0	-1,6	-2,8	-3,3
OECD	-3,7	-7,1	-6,9	-6,5	47,2	51,0	56,9	61,9	-5,0	-1,6	-1,6	-2,7
IWF	-3,7	-7,2	-7,5	-	-	-	-	-	-5,1	-1,6	-2,8	-3,2
Rumänien												
EU-KOM	-5,4	-8,3	-8,0	-7,4	13,3	23,7	30,5	35,8	-12,7	-4,4	-4,4	-5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,8	-7,4	-6,5	-	-	-	-	-	-12,2	-4,4	-5,5	-5,5
Schweden												
EU-KOM	2,5	-0,5	-2,1	-1,6	38,3	42,3	42,6	42,1	9,5	7,1	6,1	6,1
OECD	2,2	-1,1	-2,9	-1,7	37,6	41,6	44,3	47,1	9,3	7,2	6,3	7,1
IWF	2,5	-2,2	-3,3	-2,1	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-2,7	-5,9	-5,7	-5,7	30,0	35,4	39,8	43,5	-3,4	-1,0	-0,3	-1,5
OECD	-2,7	-5,9	-5,4	-5,7	30,0	35,3	41,5	48,9	-0,6	-1,0	0,1	-0,4
IWF	-2,0	-6,0	-5,1	-5,3	_	-	-	-	-3,1	-1,0	-1,7	-2,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	e		Leistungs	bilanzsaldo	)
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Ungarn												
EU-KOM	-3,8	-4,0	-4,1	-4,0	72,9	78,3	78,9	77,8	-7,2	0,4	-0,2	-0,3
OECD	-3,8	-3,9	-4,5	-4,3	72,8	77,4	80,1	82,3	-7,1	0,2	0,8	-0,4
IWF	-3,7	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-7,2	0,4	-0,4	-1,0

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2010.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2010.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, April 2010\ \&\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa, Mai\ 2010.$ 

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Juli 2010

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X